

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 18.02.2005, Ausgabe Deutschland, S. 23 / Ressort: Wirtschaft

Bange Stunden bei AEG

Am Freitag könnte das Aus für die Hausgeräte-Werke in Nürnberg und Rothenburg kommen

Der neue Chef ist für die Presse nicht zu sprechen, noch nicht jedenfalls. Was sollte Martin Wolgschaft derzeit aber auch sagen? Noch nicht einmal drei Wochen ist er Vorsitzender der Geschäftsführung der AEG Hausgeräte GmbH in Nürnberg. Ein Betriebsfremder, der von Eastman Kodak in Stuttgart kam. "Er ist noch dabei, sich vom Unternehmen und dessen Organisation ein Bild zu verschaffen", sagt ein Firmensprecher. Im Übrigen sei der 48-jährige Manager für den Vertrieb der so genannten "Weißen Ware" zuständig und nicht für die einzelnen Werke.

Wie könnte Neuling Wolgschaft also seriös abschätzen, ob auch die AEG-Hausgeräte-Werke in Nürnberg und Rothenburg ob der Tauber gefährdet sind? Genau diese Befürchtung grassiert massiv in den beiden fränkischen Städten, nachdem die Spitze der schwedischen AEG-Konzernmutter Electrolux am Dienstag angekündigt hat, 13 oder 14 und damit etwa die Hälfte ihrer Werke in so genannten Hochlohnländern zu schließen. Die Produktion solle ins kostengünstigere Osteuropa oder nach Fernost verlagert werden. "Man kann es auch positiv sehen", übt sich der AEG-Sprecher in etwas verquerem Optimismus: "50 Prozent der Werke sind ungefährdet." Dass aber der eigene Betrieb zu den Überlebenden gehören wird, darauf mag keiner der 1800 Beschäftigten in Nürnberg oder der 1300 in Rothenburg wetten.

Wer bei der einstmals mächtigen und stolzen, inzwischen aber leidlich zusammengeschrumpften AEG arbeitet, ist Einiges gewöhnt. Dementsprechend ist von der in ersten Meldungen beschriebenen "Riesen-Unruhe" an den beiden fränkischen AEG-Standorten nichts zu spüren. Eher mit fatalistischem Gleichmut nahm man die Ankündigung aus Stockholm und die damit verbundene Nachricht vom Gewinneinbruch beim Electrolux-Konzern zur Kenntnis. Trotz 1,1-prozentigem Umsatzplus war der Vorsteuergewinn des weltweit größten Haushaltsgeräteherstellers im vierten Quartal um gut ein Drittel auf 115,93 Millionen Euro eingebrochen (SZ vom 16.2.). "Es ist eine gewisse Verunsicherung da", schilderte Gesamtbetriebsratsvorsitzender Rainer Kretschmar der SZ die Stimmung unter den Kollegen. "Wir sind in einer beschissen Situation." Gesicherte Informationen fehlten völlig.

Gut möglich, dass sich daran an diesem Freitag etwas ändert. Am späten Vormittag kommt in Amsterdam der europäische Konzernbetriebsrat zusammen. Kretschmar sagt, die Electrolux-Spitze habe den Arbeitnehmervertretern für die bis in den Abend hinein angesetzte Sitzung "konkrete Details angekündigt".

Womöglich findet das Bangen in Nürnberg, wo Waschmaschinen und Geschirrspüler hergestellt werden, sowie im Rothenburger Werk für Einbauherde und Kochfelder dann ein Ende. Oder es geht richtig los. Der AEG-Sprecher mag nicht schwarz sehen: "Das war doch eine ganz globale Ansage der Konzernspitze" - die auch Werke an anderen Standorten betreffen könne. Während Betriebsratschef Kretschmar Hinweise dafür zu erkennen glaubt, "dass auch unser deutsches Management von der Ankündigung eiskalt erwischt wurde", betont der Firmensprecher, man sei informiert gewesen. Nun hoffe man, dass die Electrolux-Mutter nicht nur Stundenlöhne und Lohnnebenkosten vergleiche, sondern "auch Aspekte wie Marktnähe und Qualität".

Expansion in Osteuropa

Seit geraumer Zeit baut Electrolux seine Fertigungskapazitäten in Osteuropa massiv aus. Außerdem gilt als offenes Geheimnis, dass Martin Wolgschafts Vorgänger Egon Minar nach nur zwei Jahren den Bettel hingeworfen hatte, weil er den anstehenden Personalabbau nicht mittragen wollte. Der Betriebsrat baut deshalb vor. Rainer Kretschmar sagt, es seien alle Vorkehrungen getroffen, damit nächste Woche die deutschen Arbeitnehmervertreter untereinander, aber auch mit Aufsichtsräten und Management zusammenkommen könnten. Zu Krisensitzungen.

Von Uwe Ritzer

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 08.06.2005, Ausgabe Deutschland, S. 23 / Ressort: Wirtschaft

AEG-Werk Nürnberg bedroht

Electrolux prüft Schließung / 1750 Arbeitsplätze betroffen

Nürnberg - Der massive Preisverfall vor allem bei Waschmaschinen droht dem Nürnberger Werk der AEG Hausgeräte GmbH zum Verhängnis zu werden. Der Aufsichtsrat des schwedischen Mutterkonzerns Electrolux hat das Management beauftragt, eine Schließung zu untersuchen. 1750 Arbeitsplätze sind in Gefahr.

Die Befürchtungen, die seit Mitte Februar kursieren, könnten nun wahr werden. Damals kündigte die Electrolux-Spitze an, 13 oder 14 und damit die Hälfte ihrer Standorte in Hochlohnländern zu schließen. Dass neben spanischen und italienischen Werken auch jenes der AEG in Nürnberg bedroht ist, war klar.

In dem - nach dem norditalienischen Porcia - zweitgrößten Electrolux-Produktionsstandort laufen jährlich gut 1,6 Millionen Waschmaschinen und Geschirrspüler der Marken AEG, Electrolux und Juno vom Band. Fast die Hälfte davon wird in Deutschland verkauft, wo in den vergangenen zwei Jahren die Preise für Waschmaschinen um durchschnittlich 15 Prozent eingebrochen sind.

Schwarze Zahlen

Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht. "Wir müssen feststellen, dass der Verbraucher nicht bereit ist, höhere Preise für den Umstand zu zahlen, dass ein Produkt in einem bestimmten Land hergestellt wurde", erklärte Johan Bygge, Europa-Manager von Electrolux.

Den mit 72 000 Beschäftigten und 13,2 Milliarden Euro Jahresumsatz weltweit größten Hersteller "weißer Ware" plagen zudem eigene Überkapazitäten. Ein Grund, weshalb die Arbeitszeit in dem Nürnberger AEG-Werk zuletzt auf 30 Wochenstunden reduziert wurde. Zuvor waren Verhandlungen gescheitert, sie ohne Lohnausgleich auf 40 Stunden auszudehnen. Betriebsrat und IG Metall hatten von den Schweden im Gegenzug eine Garantie zur Standort-Sicherung verlangt, wobei ihnen die angebotenen zwei Jahre zu wenig waren. Die schwarzen Zahlen, die das Werk nach wie vor schreibt, verdankt es vor allem dem Export. "Die Gewinne werden aber auch im Ausland immer kleiner und es ist abzusehen, wann die Profitabilität bei Null angelangt ist", sagte ein AEG-Sprecher der Süddeutschen Zeitung.

Die Mitarbeiter im Werk an der Muggenhofer Straße erfuhren Dienstag früh vom drohenden Aus. "Die meisten hatten nicht gedacht, dass es so weit kommen könnte", sagte Harald Dix, der örtliche Vorsitzende des Betriebsrates, der SZ. Denn trotz der Ankündigung vom Februar hätten "viele Beschäftigte nicht erwartet, dass die Schweden tatsächlich an das AEG-Stammwerk ran gehen würden", verwies Rainer Kretschmer, der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrat auf die 83-jährige Tradition des Nürnberger Werkes.

In verschiedenen Krisensitzungen stimmten die Arbeitnehmervertreter ihr weiteres Vorgehen ab. Am Freitag kommen im Wirtschaftsausschuss erstmals Vertreter von Geschäftsführung und Beschäftigten zusammen, um "die Optionen für das Werk zu prüfen", wie es von Seiten des Managements offiziell hieß. Solche Formulierungen nähren bei den Arbeitnehmervertretern die Hoffnung, den Abbau der 1750 Arbeitsplätze noch verhindern zu können.

Bayerns IG-Metall-Bezirksleiter Werner Neugebauer drohte mit "harten Auseinandersetzungen", falls Electrolux den Standort schließen wolle. Davon nicht betroffen wären weitere 840 Arbeitsplätze in anderen Bereichen am AEG-Standort Nürnberg, sowie das Werk in Rothenburg ob der Tauber, wo 1300 Mitarbeiter Herde und Kochfelder vorwiegend für Einbauküchen fertigen. (Firmen des Tages, Bayern)

Von Uwe Ritzer

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 09.06.2005, Ausgabe Deutschland, S. 23 / Ressort: Wirtschaft

Verhandlungen über AEG-Werk

Geschäftsleitung und Arbeitnehmervertreter beraten am Freitag

Nürnberg - In Nürnberg sind intensive Bemühungen angelaufen, um die Schließung des AEG-Hausgerätewerkes und den Verlust von 1750 Arbeitsplätzen zu verhindern. Aus Protest gegen entsprechende Überlegungen des schwedischen AEG-Mutterkonzerns Electrolux wollen die Beschäftigten des Waschmaschinen- und Geschirrspülerwerkes an diesem Donnerstag für mehrere Stunden die Arbeit niederlegen. Man werde einem Aufruf der IG Metall folgen und sowohl die Früh- als auch die Spätschicht vorzeitig beenden, um sich vor dem Gebäude zu Protestkundgebungen zu versammeln, kündigte der örtliche Betriebsratsvorsitzende Harald Dix an.

Damit wollen die Beschäftigten Druck machen in Hinblick auf eine Sitzung des AEG-Wirtschaftsausschusses, bei der Geschäftsleitung und Arbeitnehmervertreter am morgigen Freitag in Nürnberg erstmals über die Zukunft des AEG-Stammwerkes verhandeln. Dabei müsse ausgelotet werden, ob es sich bei der Entscheidung des Electrolux-Aufsichtsrates, die Schließung des Nürnberger Werkes konkret zu prüfen, "um einen weiteren Erpressungsversuch handelt oder tatsächlich darum geht, den Laden dichtzu- machen", sagte Nürnbergs IG-Metall-Chef Gerd Lobboda. Auch gehe es um die Frage, ob Kapazitäten aus Franken in ein italienisches Electrolux-Werk verlagert und Fertigung von dort in ein neues polnisches Werk verschoben werde.

Im Wirtschaftsausschuss werden dem Vernehmen nach keine Manager aus der schwedischen Konzernzentrale des weltgrößten Herstellers von Haushaltsgeräten am Tisch sitzen, sondern ausschließlich Vertreter der deutschen Electrolux-Spitze. Auf europäischer Ebene soll die Zukunft des seit 83 Jahren existierenden AEG-Stammwerkes erstmals am kommenden Mittwoch diskutiert werden. Betriebsratsvorsitzender Dix kündigte gegenüber der SZ ein eigenes Konzept der Arbeitnehmerseite an mit dem Ziel, den Standort dauerhaft zu erhalten und zugleich die Kosten zu senken. "Wenn es die Geschäftsleitung ehrlich meint mit langfristigen Garantien, dann werden wir mit uns über alles reden lassen", sagte er. Ausdrücklich bezog er dabei die Möglichkeit der Mehrarbeit ohne Lohnausgleich ein. Welche Möglichkeiten es im Einzelnen gebe, um die Produktionskosten zu senken, solle auch ein unabhängiger Gutachter klären.

Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) hat Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement in einem Gespräch um Unterstützung gebeten. Ein Ende des Werkes trüfe den fränkischen Ballungsraum schwer, der nach massivem Produktionsabbau im vergangenen Jahrzehnt zuletzt wieder Tritt zu fassen schien. Gewerkschaftsfunktionär Lobboda warf dem Electrolux-Konzern schwere Managementfehler vor. Man habe es versäumt, rechtzeitig in Produktinnovationen zu investieren. Umgekehrt werden in Nürnberg aber auch Stimmen laut, die den Arbeitnehmervertretern Mitverantwortung geben.

Noch bevor Electrolux im Februar ankündigte, die Hälfte seiner Werke in Hochlohnländern zu schließen, sei in Nürnberg intensiv verhandelt worden. Damals sei der Abbau von gut 200 Arbeitsplätzen im Gespräch gewesen, im Gegenzug aber eine bessere Auslastung des Werkes. Dafür hätten Betriebsrat und Gewerkschaft einer Anhebung der Wochenarbeitszeit von 35 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich zustimmen sollen. Dies lehnte man jedoch ab, da Electrolux keine längerfristige Standortgarantie abgeben wollte. OB Maly und sein Wirtschaftsreferent Roland Fleck (CSU) kritisierten nun indirekt die IG Metall. Diese habe bei einem von der Stadtspitze initiierten Vermittlungsgespräch mit dem Electrolux-Management "nur begrenztes Interesse" gezeigt.

Von Uwe Ritzer

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 10.06.2005, Ausgabe Deutschland, S. 47 / Ressort: Bayern

Warnstreik vor dem Nürnberger AEG-Werk

Die Beschäftigten machen mit Trillerpfeifen und Transparenten ihrer Wut über die drohende Schließung Luft

Nürnberg - Unter den Hunderten Demonstranten vor dem Nürnberger Werk der AEG Hausgeräte GmbH ist auch eine Berufsschulklasse. Nach der Kundgebung sprechen einige Schülerinnen mit Jürgen Wechsler, dem Zweiten Bevollmächtigten der örtlichen IG Metall. Als der sich für die Solidarität bedankt, antwortet ein junges Mädchen spontan: "Wissen Sie, da drin arbeiten unsere Eltern." Es hängt viel mehr dran als jene 1750 AEG-Arbeitsplätze, deren Abbau der schwedische AEG-Mutterkonzern Electrolux prüft. Gleich gegenüber des AEG-Waschmaschinen- und Geschirrspülerwerkes stehen Zulieferbetriebe die vor einigen Jahren aus der AEG ausgegliedert wurden, bis heute aber fast völlig von deren Aufträgen abhängig sind. "Da wären noch einmal ein paar hundert Stellen weg," rechnet IG-Metall-Sekretär Robert Schuh vor.

Einige Kilometer entfernt ringen Siemens-Manager und Arbeitnehmervertreter um die Zukunft von 850 Arbeitsplätzen in einem Trafowerk. Viele Hiobsbotschaften also auf einmal für den gerade erst zur europäischen Metropolregion gekürten fränkischen Ballungsraum. Dabei hatte der doch nach vielen Krisenjahren zuletzt Tritt gefasst. Zwar hat Nürnberg in knapp 30 Jahren 104 000 Industriearbeitsplätze verloren, insgesamt aber gibt es heute 48 000 Jobs mehr - Folge des Strukturwandels hin zur Dienstleistung. Dennoch verfolgt Oberbürgermeister Ulrich Maly die Entwicklung bei AEG mit großer Sorge. "Ich weiß wirklich nicht, wie es ausgehen wird", sagt das SPD-Stadtoberhaupt von einem Lastwagen herab zu den Frühschichtlern des AEG-Werkes. Sie sind in einen mehrstündigen Warnstreik getreten und blasen nun ihre Wut in Trillerpfeifen, halten Transparente hoch und schwenken rote Fahnen. Maly erklärt sich solidarisch, verspricht politische Unterstützung, beschwört Bekanntheit, Qualität und guten Ruf der Marke AEG. "Qualität auf deutschem Niveau zu Löhnen in Indien" könne nicht die Zukunft des Produktionsstandortes Deutschland sein, sagt der Rathauschef.

Dazu passt die Computergrafik, die AEG-Betriebsratschef Harald Dix seinen demonstrierenden Kollegen entgegenhält. Die längste Säule illustriert die 25 Euro Arbeitskosten pro Stunde in Nürnberg, die kleinste 1,6 Euro in einem rumänischen Electrolux-Werk. Dix rechnet dagegen, dass Electrolux, weltgrößter Hersteller von Haushaltsgeräten, voriges Jahr 667 Millionen Euro Gewinn gemacht hat. Auch Nürnberg schreibt schwarze Zahlen; von einem einstelligen Millionengewinn ist hinter vorgehaltener Hand die Rede. Das Management, das heute erstmals mit Arbeitnehmervertretern verhandeln wird, nennt das Werk angesichts von Preisverfall, Billigkonkurrenz und Überkapazitäten nicht wettbewerbsfähig. Gleichzeitig eröffnet man in Polen neue Produktionsstätten.

Erpressungsversuche wittert IG-Metall-Mann Wechsler dahinter. Man spiele mit der Angst der Beschäftigten, um deren tarifvertragliche Rechte zu zerschlagen. "Härtesten Widerstand" kündigt er an. Man wolle sich mit den Kollegen in Spanien, Italien, Frankreich und anderswo zusammentun, wo ebenfalls Electrolux-Werke bedroht sind.

Von Uwe Ritzer

Electrolux zerlegt die AEG Hausgeräte GmbH

Schicksal des Nürnberger Waschmaschinen- und Geschirrspülerwerks bleibt zunächst ungeklärt / „Keine Deadline für Beschluss“

Frankfurt – Der schwedische Electrolux-Konzern will die Firmenstruktur der AEG Hausgeräte GmbH ändern, um auf dem von Preiskämpfen geprägten deutschen Markt wettbewerbsfähiger zu werden. Ein Beschluss über die Zukunft des Nürnberger Waschmaschinen- und Geschirrspülerwerks ist damit aber nicht verbunden.

Von Harald Schwarz

Der Konzern plant, vom 1. September an alle Abteilungen der AEG Hausgeräte GmbH zu verselbstständigen, die nicht unmittelbar an der Herstellung von Produkten beteiligt sind. Im Kern läuft der Vorschlag des deutschen Managements auf Ausgründungen in fünf wirtschaftlich und rechtlich selbstständige Firmen hinaus. Betroffen von der geplanten Aufteilung sind insgesamt 4166 Beschäftigte der AEG Hausgeräte GmbH. Nach Angaben von Electrolux kann das Unternehmen „durch die optimierte interne Ablauforganisation“, durch die keine Arbeitsplätze entfallen würden, flexibler auf die sich rasch verändernden Marktbedingungen reagieren. Die gemeinsamen Interessen der neuen Gesellschaften wird die Electrolux Deutschland GmbH mit den Geschäftsführern Martin Wolgschaft und Eberhard Queissner wie bisher als Holding wahrnehmen.

Herzstück in der künftigen Struktur bleibt die AEG Hausgeräte GmbH mit den beiden Fabriken in Nürnberg – 1716 Mitarbeiter in der Produktion sowie 68 Beschäftigte in der Entwicklung und 39 weitere Arbeiter und Angestellte – und Rothenburg, wo insgesamt 867 Frauen und Männer ihr Geld verdienen. Mit Blick auf das ungeklärte Schicksal des Nürnberger Werks betonte Geschäftsführer Wolgschaft am Freitag: „Auf die derzeit laufende Untersuchung über eine mögliche Schließung des Werks Nürnberg unter der Leitung von Dieter Lange



hat dieser formale Schritt (*der Verselbstständigung*, Anm. d. Red.) keinen Einfluss und steht auch in keinem Zusammenhang damit.“

Mit dem drohenden Aus für die Fabrik ist momentan der Wirtschaftsausschuss des Unternehmens befasst, dem Vertreter des Managements und der Arbeitnehmerseite angehören. Nachdem ein erstes Treffen ohne konkretes Ergebnis geblieben war, ist für kommenden Montag eine zweite Sitzung anberaumt worden. Electrolux-Vorstandsmitglied Johann Bygge sagte, es müssten „unangenehme Entscheidungen“ getroffen werden, denn die Gruppe sei in einer „äußerst schwieri-

gen Situation“. Die Kosten müssten deutlich gesenkt werden. Um wie viel, sagte er aber nicht. Auf die Frage, bis wann ein Beschluss über das Nürnberger Werk herbeigeführt werden solle, antwortete er: „Wir nehmen uns die notwendige Zeit für die Untersuchung. Es gibt keine Deadline. „Bis zu einer Entscheidung dürfe es „aber nicht zu lange dauern“.

Der Umbau der Firma hierzulande betrifft neben Produktion und Entwicklung noch vier andere Sparten. So soll erstens aus der Abteilung Kundendienst die Electrolux Services GmbH mit 427 Beschäftigten entstehen. Die logistischen Aufgaben in Deutschland werden

Überschattet von der drohenden Schließung des Nürnberger AEG-Haushaltsgerätewerks ändert der schwedische Mutterkonzern Electrolux seine Unternehmensstruktur in Deutschland. Die AEG Hausgeräte GmbH mit 4166 Mitarbeitern – im Bild die Waschtrommelproduktion in Nürnberg – soll zum 1. September dieses Jahres in fünf wirtschaftlich selbstständige Firmen aufgeteilt werden. Derzeit wird geprüft, wie die Kosten gesenkt werden können.

Foto: AEG

zweitens in der Electrolux Logistics GmbH mit 181 Leuten gebündelt. Die Distribution der Ersatzteile in Zentraleuropa mit 212 Beschäftigten wird drittens in der Distriparts Deutschland GmbH zusammengefasst. Und viertens soll es die Electrolux Hausgeräte Vertriebs GmbH mit 636 Mitarbeitern geben, bei der Aufgaben wie Marketing, Vertrieb und Verwaltung angesiedelt sein werden. Die vier Firmen sind künftig nicht mehr tarifgebunden. Bisher gehörten sie zum Beirat der IG Metall. Wolgschaft zufolge kann es sein, dass die Beschäftigten künftig bei unveränderter Vergütung länger arbeiten müssen. (Firmen des Tages)

Hoffnung für AEG-Werk in Nürnberg

Gutachten des Info-Instituts schlägt Maßnahmen zur Rettung vor

urit Nürnberg – Das von der Schließung bedrohte Nürnberger AEG-Stammwerk kann gerettet werden. Zu diesem Schluss kommt das Gutachten des Saarbrücker Info-Institutes, das am Montag im Wirtschaftsausschuss und am 23. September im Aufsichtsrat des Unternehmens vorgestellt werden soll. Nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* enthält es diverse Vorschläge zum Kostenabbau, wobei der Reduzierung von Fixkosten besondere Bedeutung zukommt. Auch stellen die Gutachter geltende interne Verrechnungsmodalitäten im Zusammenspiel von AEG mit dem schwedischen Mutterkonzern Electrolux in Frage.

„Unterm Strich gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten, damit das Nürn-

berger Werk auch in Zukunft profitabel arbeiten kann“, sagte Heinz Bierbaum, Chef des an der saarländischen Hochschule für Technik und Wirtschaft angesiedelten Info-Instituts, zur SZ. Allerdings werde eine Rettung der bedrohten 1750 Arbeitsplätze „nicht einfach“. Zudem Electrolux-Chef Hans Straberg erst kürzlich wieder den Preisverfall und die Überkapazitäten auf dem Markt für Waschmaschinen und Geschirrspüler für die Situation verantwortlich gemacht hat. An der Misere ist das Electrolux-Management allerdings nicht schuldlos.

Bierbaum verweist auf ein mit jenem in Nürnberg vergleichbares Werk, das der Konzern zuletzt in Polen errichtet hat, im festen Vertrauen auf höhere Absatzmengen. Tatsächlich aber brachen diese ein, weshalb nun sowohl in Polen als auch in Nürnberg die Produktionskapazitäten nicht ausgelastet sind. Auch vermissen die Gutachter ein klares Konzept, wie die Traditionsmarke AEG positioniert werden soll. „Tatsache ist, dass AEG bei den Verbrauchern überall sehr bekannt ist, Electrolux hingegen nicht“, so Bierbaum.

Daraus könne viel stärker als bislang Kapital geschlagen werden, sagen die Experten und schlagen Bierbaum zufolge „eine ganz klare Wachstumsstrategie“ vor. AEG verfüge über genügend Potenzial, um zusätzliche Anteile auf dem Markt für Weiße Ware hinzugewinnen. Die Auswertung der dem Info-Institut überlassenen Unterlagen habe zudem ergeben, dass das Nürnberger Werk abgesehen von den Fixkosten „hochprofitabel arbeitet“, sagt Bierbaum. Auf die wiederholte Klage von Straberg, wonach allein in Deutschland in den vergangenen zwei Jahren die Preise für Waschmaschinen um durchschnittlich 15 Prozent gesunken seien, reagiert Bierbaum mit dem Hinweis, dass in Nürnberg nicht nur für den Inlandsmarkt, sondern auch für den Export produziert werde. Und im Ausland würden „deutlich bessere Margen erzielt.“ Einig sind sich beide in der Einschätzung, dass Mehrarbeit und Lohnverzicht der Beschäftigten allein das Nürnberger Werk nicht retten können. Die dabei mögliche Einsparung reiche nicht.



Dem AEG-Stammwerk in Nürnberg droht die Schließung.
Foto: ddp

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 24.09.2005, Ausgabe Deutschland, S. 24 / Ressort: Wirtschaft

Aufsichtsratssitzung zu Electrolux

Zukunft des AEG-Werks bleibt offen

IG Metall sieht auch 800 Jobs in Zulieferbetrieben bedroht / Analysten fordern Schließung

Nürnberg - Das Schicksal des AEG-Stammwerkes in Nürnberg bleibt vorerst weiter ungewiss. Der Aufsichtsrat des Unternehmens befasste sich am Freitag mit Vorschlägen zur Rettung der Fabrik, verhinderte jedoch jede Festlegung. Die endgültige Entscheidung über die 1750 Arbeitsplätze soll erst Ende Oktober fallen.

Die Spalte des AEG-Mutterkonzerns Electrolux kommt am 24. Oktober zu einer turnusmäßigen Sitzung voraussichtlich in Stockholm zusammen. Tags darauf wird der weltgrößte Hersteller von Haushaltsgeräten seine Quartalszahlen veröffentlichen. "Wir gehen davon aus, dass es vor dem 24. Oktober keine finale Entscheidung geben wird", sagte ein Unternehmenssprecher der SZ. Zugleich dementierte er Medienberichte, in denen bereits das Totenglöcklein für das Nürnberger Waschmaschinen- und Geschirrspülerwerk geläutet wurde. Die Lage sei sehr schwierig und angespannt, aber es sei "noch alles offen." Die Gespräche und Verhandlungen über das Werk würden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Grundlage sind dabei Vorschläge zur Rettung des Werkes, die das Saarbrücker Info-Institut im Auftrag des Nürnberger AEG-Betriebsrates und im Einvernehmen mit der Geschäftsleitung zusammengetragen hat (SZ v. 17.9.). Unter anderem sollen Fixkosten gesenkt sowie die Marke AEG klarer und mit verstärktem Marketing auf dem Markt positioniert werden. Schließlich sei AEG beim Verbraucher weit bekannter als Electrolux oder die Konzernmarken Zanussi, Frigidaire und Zanker, so die Gutachter. Dem Vernehmen nach ist die Arbeitnehmerseite zu weitgehenden Zugeständnissen in Sachen Arbeitszeiten und Löhnen bereit.

Das Gutachten wurde bei der AEG-Aufsichtsratssitzung am Freitag in Brüssel vorgestellt und diskutiert. Dem Vernehmen nach drängte die Arbeitnehmerseite auf ein klares Signal des Gremiums in Richtung Nürnberg. Dieses blieb aber mit der Begründung aus, dass die Entscheidungskompetenz allein bei Electrolux liege. Ein AEG-Sprecher sagte, die Aufsichtsratssitzung habe "nur den Charakter einer Info-Veranstaltung."

Bei Electrolux lässt man sich nach wie vor nicht in die Karten schauen und betont nur, die Prüfung des Standortes Nürnberg verlaufe "ergebnisoffen". Bis Freitag habe der Mutterkonzern die Vorschläge des Info-Instituts nicht gekannt. Konzernchef Hans Straberg hatte wiederholt die vorhandenen Überkapazitäten auf dem Markt für Weiße Ware und den Preisverfall speziell für Waschmaschinen in Deutschland beklagt. Straberg hatte dies mit dem Hinweis angereichert, selbst massiver Lohnverzicht der Beschäftigten werde nicht reichen, um das Nürnberger AEG-Werk zu halten, obgleich dies bislang keine negativen Zahlen schreibt.

Um bis 2008 insgesamt gut eine Milliarde Euro Kosten einzusparen, hatte Electrolux im Frühjahr angekündigt, die Hälfte seiner 43 Werke in Hochlohnländern zu schließen und die Produktionen in neue Werke vor allem im billigeren Osteuropa zu verlagern. Schwedische Analysten drängen die Electrolux-Manager unterdessen immer nachhaltiger, das Nürnberger Werk in jedem Fall dicht zu machen. So hält Anders Berg von der Stockholmer Evil Bank eine Schließung für einen "unausweichlichen Prozess".

Angesichts solcher Töne wächst in Nürnberg die Sorge. Die IG Metall warnte bereits, dass ein "Aus" für die Waschmaschinen- und Geschirrspülerproduktion weitere 800 Arbeitsplätze in von AEG abhängigen Zulieferbetrieben gefährde. In vielen Fällen handelt es sich bei den Betroffenen um angelernte Arbeitskräfte, für die es im fränkischen Ballungsraum kaum Arbeitsplätze gibt. Am Montag wollen Betriebsrat und IG Metall die AEG-Belegschaft und die Öffentlichkeit über den aktuellen Stand informieren.

Von Uwe Ritzer

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 27.09.2005, Ausgabe Deutschland, S. 36 / Ressort: München/Bayern

Krise beim Traditionssunternehmen AEG

Nürnberger Trauermarsch

Die Belegschaft muss ohnmächtig zusehen, wie die Konzernzentrale 1750 Arbeitsplätze streichen will

Nürnberg - Es gleicht einem Trauerzug, wie viele hundert Beschäftigte des Nürnberger AEG-Werkes über die Muggenhofer Straße von der Betriebsversammlung zurück an ihre Arbeitsplätze gehen. Gesprochen wird nur wenig, viele stieren mit versteinerten Mienen vor sich hin und in die Mikrophone der Journalisten will kaum einer etwas sagen. "Die Wut der Leute ist groß, die wollen endlich wissen, was Sache ist", brummt Werner Neugebauer, der bayerische IG Metall-Chef, der an der Versammlung teilgenommen hat. Vier Monate zieht sich die Hängepartie um das 90 Jahre alte Stammwerk der Traditionssmarke AEG schon hin. 1750 Arbeitsplätze in der Waschmaschinen- und Geschirrspülerfabrik sind hochgradig gefährdet, seit das Management des schwedischen Mutterkonzerns Electrolux sie als zu teuer qualifiziert hat. Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) sagt, ein Aus für das Werk wäre mit dem Niedergang von Grundig vergleichbar.

Behält Jürgen Wechsler Recht, dann ist die Entscheidung insgeheim schon gefallen. Sein "persönliches Gefühl", so der Nürnberger IG Metall-Vize und AEG-Aufsichtsrat, sei, dass "Herr Straberg und möglicherweise auch Herr Bygge eher auf dem Trip sind, dieses Werk zu schließen, egal, was die Zahlen aussagen." Herr Straberg heißt Hans und Herr Bygge Johan mit Vornamen, der eine ist der Chef und der andere der für das Europageschäft zuständige Manager des weltgrößten Herstellers von Hausgeräten. "Die Zahlen", die Wechsler meint, sind Einsparvorschläge mit einem Volumen von 15 Millionen Euro jährlich, welche er und der örtliche AEG-Betriebsratsvorsitzende Harald Dix am Freitag Bygge mit auf den Weg zurück gegeben haben. Da saß man bei einer Sitzung des deutschen AEG/Electrolux-Aufsichtsrates in Brüssel zusammen. Normalerweise tagt der in Nürnberg oder Frankfurt - "aus Sicherheitsgründen" wichen die Verantwortlichen diesmal in die belgische Hauptstadt aus. Sie fürchteten sich vor möglichen Protesten wütender Mitarbeiter. Schließlich stehen mit den 1750 Arbeitsplätzen auch einige hundert bei Zulieferbetrieben auf der Kippe. "Rechnet man die betroffenen Familien geht es im Endeffekt um 5000 Menschen", sagt Werner Neugebauer. Am 24. Oktober entscheidet die Electrolux-Spitze endgültig.

Bis dahin wollen sich die Manager nach Aussage Bygges mit dem Rettungskonzept befassen, welches das Saarbrücker Info-Institut im Auftrag des Betriebsrates und mit Segen und Zahlen der Geschäftsleitung erstellt hat. Auf den fast 100 Seiten geben die Gutachter dem Nürnberger Werk durchaus Zukunftschancen, wenn Arbeits-, Fix- und Lohnkosten gesenkt werden. Betriebsrat und Gewerkschaft leiteten daraus ihr 15 Millionen-Euro-Sparpaket ab. Um es zu realisieren, müsste Electrolux allerdings mitspielen und beispielsweise die für Nürnberg nachteilige weil zu hohe interne Fixkostenberechnung für EDV, Vertrieb oder Marketing korrigieren. Was die Arbeitnehmerseite angeht, sei dies "bis an die Schmerzgrenze gegangen", sagt Jürgen Wechsler. Von Mehrarbeit ohne Lohnausgleich, sowie Kappungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld und anderer tariflichen Leistungen ist die Rede. Im Gegenzug fordern Betriebsrat und IG Metall eine feste Bestands- und eine Stückzahlgarantie für das Werk bis Ende 2010. Ein solches Zugeständnis aber habe Electrolux noch nie für einen Standort abgegeben, dämpft Wechsler die Erwartungen. Ganz abgesehen davon, dass die Schweden in Nürnberg 48 Millionen Euro einsparen wollen. Den Standort ganz dicht zu machen, würde sie übrigens (ohne Abschreibungen) 145 Millionen Euro kosten.

Doch ungeachtet aller Rechenspiele lassen auch andere Entwicklungen in Nürnberg die Hoffnung auf eine Rettung schwinden. Derzeit richtet Electrolux in Polen zwei neue Werke ein, in denen ab 2006 jährlich eine Million Waschmaschinen und Geschirrspüler jährlich von den Bändern rollen sollen - just also die in Nürnberg gefertigten Geräte. An der Muggenhofer Straße werden heuer 1,4 Millionen Geräte produziert, womit die auf zwei Millionen ausgelegte Kapazität bei weitem nicht erreicht wird. Betriebsratschef Dix sagt, seit über sechs Jahren habe Electrolux in Nürnberg nicht mehr investiert. Zehn bis 20 Millionen Euro wären nötig, um etwa in der Waschmaschinenproduktion dieselben technischen Voraussetzungen zu schaffen wie künftig in Polen. Dort werden die Gehäuse künftig statt wie in Nürnberg aus vier, nur noch aus zwei Komponenten und damit schneller und kostengünstiger zusammengeschraubt. Die Gewerkschaft wirft den Electrolux-Bossen vor, für ihre eigenen schweren Managementfehler nun die Nürnberger Beschäftigten büßen zu lassen. Die Marke als solche hätten sie nicht vernünftig positioniert und die nunmehr beklagten Überkapazitäten auf dem Markt für "Weiße Ware" habe man schließlich nicht zuletzt mit den polnischen Werken selbst geschaffen.

ELEKTROLUX

Mit 72 000 Beschäftigten, zuletzt 11,2 Milliarden Euro Jahresumsatz und einem Jahresgewinn von zuletzt 347 Millionen Euro ist Electrolux der weltgrößte Hersteller von so genannter Weißer Ware. 1994 übernahm der schwedische Konzern von Daimler-Benz die Hausgerätesparte der AEG. Die globalen Markenrechte an den berühmten drei Buchstaben, die 1887 erstmals als Kürzel für "Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft" verwendet wurden, erwarb Electrolux erst im Juni 2004. Um bis 2008 eine Milliarde Euro Kosten jährlich einzusparen, kündigte Electrolux im Februar 2005 an, die Hälfte seiner 27 Werke in

Hochlohnländern schließen zu wollen.

urit

Von Uwe Ritzer

„Wir haben alles getan, was ging“

Oberbürgermeister Ulrich Maly zu den Hilfen für AEG und den möglichen Folgen einer Werksschließung in Nürnberg

Das Stammwerk der AEG Hausgeräte-technik mit mehr als 1700 Beschäftigten in Nürnberg kämpft ums Überleben. Über die Folgen einer möglichen Schließung sprachen wir mit Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD).

SZ: Herr Maly, wie bewerten Sie die Situation beim AEG-Hausgerätekwerk?

Maly: Ich bin kein Prophet. Wenn es aber einer Voraussetzung seitens der Arbeitnehmerseite bedurfte, um das Werk zu retten, dann ist diese nun geschafft. Es nötigt mir großen Respekt ab, welchen Beitrag Betriebsrat und Gewerkschaft bereit sind, zur Sicherung des Standortes und der Arbeitsplätze zu leisten. Mit ihren Angeboten und Zugeständnissen an das Electrolux-Management sind sie mehr als nur über ihren Schatten gesprungen. Das zeigt, dass man am Standort Deutschland sehr wohl flexibel genug ist, um auch künftig hier zu produzieren. Nun liegt der Ball in Stockholm. Electrolux muss seinerseits Voraussetzungen schaffen, sei es im Overheadbereich, technologisch, aber auch mit einer Bestandsgarantie für die Fabrik. Wenn die Konzernspitze auf das Angebot der Arbeitnehmerseite nicht eingeht, muss sie sich die Frage gefallen lassen, inwie weit eine Standortschließung von Anfang an ergebnisoffen geprüft wurde, wie immer behauptet wurde. Oder ob das nur Show war und man das Werk von Anfang an nicht machen wollte.

SZ: Sie waren mit Bundeswirtschafts-

minister Wolfgang Clement und Bayerns Wirtschafts-Staatssekretär Hans Spitzer bei Electrolux-Chef Hans Straberg in Stockholm ohne, dass dieses Gespräch einen erkennbaren Fortschritt brachte. Was kann Politik in solchen Fällen überhaupt noch erreichen?

Maly: Die Möglichkeiten sind sehr überschaubar. Das gilt umso mehr, wenn man es, wie in diesem Fall, mit einem vom Ausland aus gesteuerten internatio-nalen Konzern zu tun hat. Trotzdem haben wir gemeinsam alles getan, was mög-lich ist. Bei Electrolux liegen auch Ange-bote von Bund, Land und Stadt, mit de-nen wir die Rettungsversuche ganz kon-kret unterstützen. Über Details kann ich öffentlich nicht reden. Aber ich kann sa-gen, dass wir alles getan haben, was ging.

SZ: Was würde eine Schließung des AEG-Werkes für Nürnberg bedeuten?

Maly: Es gäbe zwei Schadensebenen. Da sind zuallererst die unmittelbar Be-troffenen und ihre Familien. Zu den 1750 Beschäftigten bei der AEG muss man mindestens noch einmal so viele bei Zu-lieferbetrieben hinzurechnen. Für all die-ze Menschen liegen die Ersatzarbeitsplätze nicht auf der Straße, zumal ein außer-ordentlich hoher Anteil un- und ange-lernte Kräfte sind. Man kann jemanden, der gut Waschmaschinen zusammenbau-en kann, nicht einfach zum Versiche- rungsmakler umschulen oder in ein Call-Center setzen. Zweitens würde mit AEG eine weitere große Traditionsmarke von



Nur zu 40 Prozent optimistisch: Oberbürgermeister Maly. Foto: Schmitt/Archiv

enormer Symbolkraft nach über 80 Jahren aus Nürnberg verschwinden. In der Dimension ist das mit dem Niedergang von Grundig vergleichbar.

SZ: Wie sehr dämpft der Überlebens-kampf der AEG die Zuversicht, die mit der Einstufung des fränkischen Ballungs-raumes als europäische Metropolregion im Frühjahr ausgebrochen ist?

Maly: Das Prädikat Metropolregion ist ja keine Schutzkappe gegen wirtschaftli-chen Wandel. Außerdem steckt AEG

nicht erst jetzt, sondern schon seit vielen Jahren immer wieder mal in Schwierig-keiten. Sollte das Werk geschlossen wer-den, wäre das zwar sehr schmerlich für die gesamte Region, aber sie würde das verkraften. Es gibt hier nach wie vor Pro-duk tionsbetriebe, in denen es gut läuft und die zulegen, zum Beispiel das MAN-Motorenwerk. Industrie wird es in Nürn-berg auch künftig geben.

SZ: Fürchten Sie, dass Nürnberg ein-mal mehr als Krisenregion abgestempelt wird und die vielen erfolgreichen Unter-nehmen dabei übersehen werden?

Maly: Diese Gefahr besteht, obwohl wir hier sehr viele sehr erfolgreiche Unter-nehmen haben. Man muss in der Ge-samtbetrachtung zur Kenntnis nehmen, dass vor allem Dienstleister und Handel die Arbeitsplatzverluste im industriellen Sektor in den vergangenen Jahren weit mehr als nur ausgeglichen haben. Nürn-berg hat heute mehr Arbeitsplätze als vor der Krise. Dieser Region geht es heu-te spürbar besser als noch vor einigen Jahren, das zeigt übrigens auch ein Blick auf unsere Gewerbesteuerstatistik.

SZ: Wie lautet Ihre Prognose zu AEG?

Maly: Leider nur 40:60. Die 40 Prozent Hoffnung gründen sich auf harte Fakten, die 60 Prozent Pessimismus auf mein Ge-fühl seit dem Besuch bei der Electrolux-Konzernspitze.

Interview: Uwe Ritter

Beschäftigte blockieren AEG-Werk

Gewerkschaft IG Metall will im Konflikt um geplante Schließung in Nürnberg ein Exempel statuieren

Von Uwe Ritzer

Nürnberg – Ausgerechnet der schwülstige Pop-Choral „Conquest of paradise“ ergießt sich aus den Lautsprechern über die vielen hundert Menschen, die im Morgengrauen ihre brennenden Fackeln hochhalten und zwischendurch in rote Trillerpfeifen blasen. Dabei wäre „The End“ von den *Doors* treffender. Schließlich suchen die Beschäftigten des AEG-Werkes in der Muggenhofer Straße kein Paradies zu erobern, sondern sie proben den Aufstand, um das Ende ihrer Fabrik abzuwehren. Wenngleich kaum einer von ihnen ernsthaft glaubt, dass sich der schwedische AEG-Mutterkonzern Electrolux doch noch davon abbringen lässt, das Waschmaschinen-, Geschirrspüler- und Trocknerwerk in Nürnberg zuzusperren.

Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu, Nürnberg's Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) und der städtische Wirtschaftsreferent Roland Fleck (CSU) haben noch einmal eindringliche Briefe nach Stockholm abgeschickt. Die betroffenen Arbeiter haben auf Geheiß ihres Betriebsrates und der IG Metall am Mittwoch um sechs Uhr früh zwei eigens angemietete Transporter schräg in der Werkseinfahrt geparkt, Transparente gespannt („Dieser Betrieb ist besetzt“) und die Fabrik abgeriegelt. Für einen Streik fehlt die tarifrechtliche Grundlage, weshalb sie ihren Ausstand als „Protestversammlung“ deklariert haben. Der bayerische Metallarbeiterverband, der den Schicksalskampf der AEG seit Monaten teilnahmslos verfolgt, wird sich im Tages-

verlauf noch heftig über die Unrechtmäßigkeit dieser Werksblockade erregen, was die Organisatoren kalt lässt. 24 Stunden gehe nichts und niemand mehr rein oder raus, stellt Jürgen Wechsler zufrieden fest, der Vize-Chef der Nürnberger IG Metall und des AEG-Aufsichtsrates.

Es soll nur das Vorspiel sein. „Eine Tarifauseinandersetzung, wie man sie in Nürnberg und vielleicht auch darüber hinaus noch nie erlebt hat,“ droht Wechsler der Electrolux-Spitze an, falls sie am 24. Oktober tatsächlich den Daumen für das aus ihrer Sicht zu teure Werk senkt. Das wäre „eine Kriegserklärung“, sagt Bayerns IG Metall-Bezirksleiter Werner Neugebauer. Als Reaktion würde in Nürnberg kein Gerät mehr vom Band laufen. Und ihre Hoffnung, dass die dann wegrationalisierten 1750 Menschen ihre Arbeitsplätze besenrein verlassen würden, könnten die Electrolux-Manager ohnehin begraben. Kreativ und vor allem heftig soll etwaiger Widerstand ausfallen; Nürnbergs DGB-Chef Stephan Doll denkt schon laut darüber nach, die Hauptverkehrsader zwischen Nürnberg und Fürth zum Zwecke des Protestes lahm zu legen. Weil das in Stockholm kaum Eindruck machen dürfte, will Berthold Huber, der stellvertretende Bundesvorsitzende der IG Metall, dem weltgrößten Haushaltsgerätekonzern lieber an die Einnahmen. „Wir werden einen Käuferboykott anzetteln,“ sagt er. Die Verbraucher sollten keine Geräte der Konzern-Marken Electrolux, Privileg, Juno und Zanussi mehr kaufen.

Das klingt eher hilflos als durchschlagend, auch wenn Huber den Kampf um

das Nürnberger AEG-Werk in doppelter Hinsicht für beispielhaft hält. Erstens um zu „zeigen, dass sich Arbeitnehmer nicht wie Opferlämmер zur Schlachtkbank führen lassen“. Und zweitens, weil das vereinte Europa kein arbeits- und sozialpolitischer Scherbenhaufen werden dürfe, wo Konzerne Arbeitsplätze aus Profitgier nach Belieben hin- und herschieben können. Bekanntlich will Elect-

rolux die Nürnberger Fertigung ins kostengünstigere Polen verlagern. Bayerns oberster Metallgewerkschafter Neugebauer sieht schon die Kurssprünge vor sich, mit denen die Börsianer den Electrolux-Marsch gen Osten feiern werden. „Das ist dann der ganz normale Wahnsinn“, belitt der massige Neugebauer vor dem AEG-Werkstor wütend ins Mikrofon, das auf einer Lastwagen-Ladefläche steht. 230 Millionen Euro werde Electrolux die Schließung in Nürnberg kosten, rechnet er vor und wirft in die fackelbeschienene Runde: „In welchem Land leben wir hier eigentlich?“

Die heftigen verbalen Prügel für ihre obersten Bosse im fernen Stockholm gefallen Rudolf Strömsdörfer (48) und seiner Frau Inge (45). Dass es tatsächlich Wirkungstreffer sind, glaubt das Ehepaar aber nicht. Händchenhaltend stehen die Frau mit den langen rotbraunen Haaren und ihr Mann mit dem roten IG Metall-Käppi über dem grauen Schopf etwas am Rande der Szenerie, angelehnt an ein Verkehrsschild. Sie montiert sonst Waschmaschinen am Fließband und ihr Mann ist Vorarbeiter in der Geräte-Endmontage. Sie bringt es auf 20, er auf 29 Jahre im Betrieb. Nun, nach so vielen Jahren, plagt sie wie viele ihrer Kollegen erstmals in ihrem Leben pure Existenzangst. „Wir fürchten das finanzielle Aus,“ sagt Rudolf Strömsdörfer. Wohnung, Urlaub, Auto – was alles im Detail an Einbußen und Belastungen auf sie zukommen könne, hätten sie noch gar nicht besprochen, sagt der Arbeiter. „Man will sich momentan noch gar nicht alles bis ins Kleinste ausmalen, da zerbricht man doch nur.“



Die Nürnberger AEG-Belegschaft startete am frühen Morgen vor dem Werkseingang ihre Protestaktion. Foto: dpa

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 07.10.2005, Ausgabe Deutschland, S. 3 / Ressort: Die Seite Drei

Angst vorm Schleudergang

Auch nach dem Streik bangen die AEG-ler um ihre Arbeitsplätze, denn der schwedische Mutterkonzern will das Schonprogramm abschaffen

Nürnberg , 6. Oktober - Auch Protestieren macht irgendwann müde. Also fuhr die letzte Hand voll Streikender gegen Mitternacht die beiden eigens zum Zwecke der Werksblockade angemieteten Transporter weg vom Fabriktor, räumte noch einige Spuren des zurückliegenden Tages von der Muggenhofer Straße und ging dann zum Schlafen nach Hause. So wurde es für ein paar Stunden sehr still vor dem Nürnberger AEG-Werk, in dem sonst rund um die Uhr Waschmaschinen, Geschirrspüler und Trockner montiert werden, 1,4 Millionen Geräte im Jahr. Das industrielle Leben kehrte erst zurück, als am Donnerstag früh kurz vor sechs Uhr Betriebsräte die Protesttransparente vom Zaun schnitten, die Pförtner das Werkstor aufsperrten und die Frühschicht die Bänder wieder anwarf.

Unspektakulär, als wäre nichts Besonderes geschehen, ging zu Ende, was großes Aufsehen erregt hatte. 24 Stunden lang hatten 2000 Beschäftigte die über 80 Jahre alte Fabrik hermetisch abgeriegelt, "um ein klares Signal zu setzen", wie Jürgen Wechsler sagt, der stellvertretende Chef der Nürnberger IG Metall und des AEG-Aufsichtsrates. Die Empfänger sitzen in Stockholm, im Hauptquartier des weltgrößten Haushaltgerätekonzerns Electrolux, und es ist nicht bekannt, ob sie das Signal aus Nürnberg beeindruckt oder kalt gelassen hat. Im Frühjahr hatte Konzernchef Hans Straberg angekündigt, die Hälfte der 27 Standorte in Hochlohnländern zu schließen. Weil sie zu teuer seien, was die Gewinne drücke, die Rentabilität gefährde.

Damals schlich die Angst in das Werk der Nürnberger Electrolux-Tochter AEG. Sie brach aus, als die Schweden im Juni begannen, die Schließung konkret zu überprüfen. Seither stehen dort 1750 der insgesamt 2500 AEG-Arbeitsplätze auf der Kippe. Konzernlenker Straberg erklärt ausgewählten Journalisten ein ums andere Mal, dass der Rohstoff Stahl immer teurer werde, während aggressive türkische und asiatische Billiganbieter mit ihren Waschmaschinen und Geschirrspülern die Preise kaputtgemacht haben. Und er beklagt Überkapazitäten auf dem Markt, die Electrolux allerdings selbst mit aufgebaut hat. Etwa in Gestalt zweier neuer Werke in Polen, wo von 2006 an jene Geräte vom Band rollen werden, wie man sie jetzt noch in Nürnberg zusammenschraubt. Wo die Geräte montiert würden, interessiere niemanden; entscheidend sei für den Verbraucher nur der Preis, sagen die Electrolux-Manager.

"Ein paar Hosenscheißer"

Einige dieser Manager hat Harald Dix gestern in Frankfurt getroffen und ihnen 2000 Unterschriften für den Erhalt des Standortes Nürnberg in die Hand gedrückt. Vermutlich hat der dortige Betriebsratschef noch einmal auf das 15-Millionen-Euro-Sparpaket verwiesen, in dem die Beschäftigten Verzicht anbieten, um ihre Arbeitsplätze zu retten. Im Gegenzug fordern sie von Electrolux eine Bestandsgarantie bis Ende 2010. Mit seiner randlosen Brille und dem streng zurückgekämmten Haar ähnelt Harald Dix äußerlich eher dem Klischeebild eines Gymnasiallehrers als dem eines Arbeiterführers. Wenn er öffentlich spricht, formuliert er nachdenklich, fast vorsichtig. Beim Protest vor dem Werk aber war ihm der Kragen geplatzt, und er hatte wütend ins Mikrofon gebrüllt, dass es unter den Vorgesetzten bei AEG "ein paar Hosenscheißer" gebe. Statt sich mit den Kollegen aus der bedrohten Produktion solidarisch auf die Straße zu stellen, hatten sie heimlich 20 Leute des firmeneigenen Call-Centers ins 20 Kilometer entfernte Erlangen ausquartiert.

Deshalb brachen der telefonische Kundendienst und Reklamationsservice von AEG auch nicht zusammen. Überhaupt hat am Tag danach die Diskussion darüber begonnen, was die Werksblockade gebracht hat. IG-Metaller Jürgen Wechsler nennt sie "einen Riesenerfolg, denn es gab keinen einzigen Streikbrecher". Die 20 Abtrünnigen in Erlangen zählt er nicht. Berthold Huber, der stellvertretende Bundesvorsitzende der IG Metall, sah von Nürnberg aus ein Zeichen "in die gesamte Republik ausgehen, dass die Arbeitnehmer sich nicht wie Opferlämmer zur Schlachtkbank führen lassen". Tatsächlich mischte sich aber kaum neue Hoffnung in die Resignation derer auf der Muggenhofer Straße, an deren Nerven die nun schon monatelange Hängepartie um ihre Zukunft zehrt und die eine Entscheidung herbeisehnen, egal wie diese aussieht. Hauptsache endlich Klarheit. Wobei kein Nürnberger AEG-ler noch ernsthaft daran zu glauben scheint, dass die Electrolux-Spitze frühestens am 24. Oktober etwas anderes beschließt, als das Werk zuzusperren. Für diesen Fall wollen die Beschäftigten sofort in einen dauerhaften Streik treten. Die IG Metall bereitet schon einen Arbeitskampf um einen Sozialtarifvertrag vor. Ihr bayerischer Bezirksleiter Werner Neugebauer droht, Electrolux werde am Ende mehr als die selbst veranschlagten 230 Millionen Euro für die Werksschließung auf den Tisch legen müssen.

20 Jahre Endmontage

"Früher wurde bei AEG weniger über Geld und mehr über Qualität geredet", sagt Rudolf Strömsdorfer. Seit 29 Jahren ist der Vorarbeiter in der Waschmaschinen-Endmontage beschäftigt, seine Frau Inge steht dort seit 20 Jahren am Band. Er klingt verbittert, wenn er erzählt, dass es zwei Klassen ein und derselben Waschmaschine gibt. Die eine, sagt er, verlasse als

AEG-Gerät, nicht sonderlich beworben, das Werk. Die nahezu identische Electrolux-Maschine würde mit einem lockenden Schildchen beklebt: "Bestes Preis-Leistungsverhältnis" steht darauf. Das Beispiel zeige, sagt Strömsdorfer, dass "den Obersten in Schweden" nichts an der deutschen Traditionsmarke liege und nichts an ihnen, den Menschen in diesem Werk, in das womöglich die Stille bald dauerhaft einziehen wird.

Von Uwe Ritzer

Hängepartie um Nürnberger AEG-Werk

Electrolux verhandelt am Montag mit den Arbeitnehmern / IG Metall plant europaweiten Protesttag

Nürnberg – Auf vorsichtige Hoffnung und Skepsis zugleich ist in Nürnberg die Ankündigung von Electrolux gestoßen, die Entscheidung über eine Schließung des AEG-Werkes zu vertagen. Die IG Metall begrüßte die vom Management angebotenen neuen Verhandlungen, plant zugleich aber europaweite Protestaktionen.

Von Uwe Ritter

Wenn sich beide Seiten bereits am kommenden Montag in Nürnberg treffen, soll vor allem über eine mögliche Kostenreduzierung in der Waschmaschinen-, Geschirrspüler- und Trocknerfabrik geredet werden. Das Management habe angekündigt, nicht über Kürzungen der Personalkosten sprechen zu wollen, die über das 15-Millionen-Euro-Sparpaket hinausgehen, das die Arbeitnehmerseite bereit angeboten hat, sagte Jürgen Wechsler, Vize-Chef der Nürnberger IG Metall und des AEG-Aufsichtsrates. Vielmehr soll es um straffere und günstigere Produktionsabläufe und damit verbundene Modernisierungen in der Fertigung in Nürnberg gehen.

„Scheinbar ist man jetzt bereit, über Zukunftsfragen und innovative Projekte mit uns zu sprechen“, sagte Wechsler und nannte dies „ein Novum“ angesichts der bisherigen Gespräche. Wenn es tatsächlich gelänge, das Nürnberger Werk zu erhalten, wäre dies „ein einmaliger Vorgang in der Electrolux-Geschichte“ (Wechsler). Unverrückbare Forderungen der Arbeitnehmerseite seien weiterhin eine Beschäftigungs- und Standortgarantie bis Ende 2010, eine Anhebung der produzierten Stückzahlen und damit eine bessere Auslastung des Werkes sowie Investitionen in die Technologie.

Die Arbeitnehmervertreter hoffen vor allem auf ein neues Produktionsverfahren, das die Herstellung von Waschmaschinen-Gehäusen drastisch vereinfachen, schneller und billiger machen würde. „So viel Weihnachts- und Urlaubs geld kann man uns gar nicht streichen, wie dieses neue Gehäuse an Einsparung bringen würde“, sagte der AEG-Betriebsratsvorsitzende Harald Dix. Auch eine Neuberechnung von internen Umlagekosten soll diskutiert werden. Damit bewegt sich Electrolux auf Forderungen zu, welche das Saarbrücker Info-Institut zur Rettung des Werkes vorgeschlagen hatte. „Wir werden alle diese Daten und Vorschläge ruhig, sachlich und detailliert untersuchen“, versicherte Electrolux-Konzernsprecher Anders Edholm der SZ.

„Starke Möglichkeit“

Man prüfe, zumindest Teile der Fertigung in Nürnberg zu halten, erklärte unterdessen der Europa-Chef des Konzerns, Johan Bygge. Auch er warnte jedoch vor zu großen Hoffnungen an die neuerlichen Verhandlungen. Nach wie vor sei die Schließung des Nürnberger Werkes „eine starke Möglichkeit.“ Das 15-Millionen-Euro-Sparpaket der Belegschaft decke nur knapp die Hälfte dessen ab, was tatsächlich eingespart werden



Die Proteste der von Arbeitslosigkeit bedrohten AEG-Mitarbeiter scheinen genutzt zu haben: Electrolux bietet nun Verhandlungen an. Foto: Karmann/dpa

müsste, um das Werk wettbewerbsfähig zu machen. Wie berichtet, beklagt Electrolux die hohen Stahlpreise sowie Überkapazitäten und Preisverfall auf dem Markt für Haushaltsgeräte und will daher Produktion aus Hochlohnländern vor allem nach Osteuropa verlagern.

Die Entscheidung der Schweden, entgegen den bisherigen Planungen nun doch nicht am 24. Oktober über das Schicksal des Nürnberger Werkes und seiner 1750 Arbeitsplätze zu entscheiden (die SZ berichtete), ist bei den Betroffenen in Nürnberg auf geteiltes Echo gestoßen. „Die Kuh ist damit noch nicht vom Eis“, warnte Roland Weiss, IG Metall-Vertrauenskörperleiter bei AEG. Viele Beschäftigte fürchten, dass Electrolux „nur noch beim Weihnachtsgeschäft einen schönen Reibach machen will und anschließend schauen wir mit dem Ofenrohr ins Gebirge“, sagte Wechsler. Weil man sich nicht hinhalten lasse, dränge die Arbeitnehmerseite darauf, dass die

endgültige Entscheidung über die Fabrik spätestens bei der übernächsten Sitzung des Electrolux-Aufsichtsrates am 12. Dezember fällt. Unternehmenssprecher Edholm sagte hingegen, es gebe überhaupt keine zeitliche Vorgabe.

Um den Druck aufrecht zu erhalten, will die IG Metall nun „zweigleisig fahren“, wie Wechsler sagte. Man treibe die Vorbereitungen für einen möglichen Arbeitskampf voran für den Fall, dass am Ende doch die Werkschließung stünde. Außerdem wollen Electrolux-Beschäftigte in Kürze an mehreren europäischen Standorten gleichzeitig demonstrieren, „dass sich die Arbeitnehmer nicht gegenseitig ausspielen lassen“, erläuterte Wechsler. Er sprach von einem „neuen Weg europäischer Gewerkschaftarbeit“, der beschritten werde. Ähnlich wie bei Opel müssten auch bei Electrolux künftig kontinentale statt nationale Lösungen das Ziel sein, forderte der Gewerkschafter. (Firmen des Tages)

Gemeinsam gegen Electrolux

Gewerkschaft spricht von Testfall / Tausend Beschäftigte blockieren das AEG-Werk in Nürnberg

Nürnberg – Mitarbeiter von Electrolux in sieben europäischen Staaten haben gegen Arbeitsplatzverlagerungen beim weltgrößten Hersteller elektronischer Haushaltsgeräte demonstriert. Der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) sieht darin einen gelungenen Testfall für verstärkte grenzübergreifende Proteste.

Von Uwe Ritzer

Der EMB hatte an Standorten von Electrolux in Deutschland, Italien, Ungarn, Spanien, Frankreich, Belgien und Schweden mehr als 20 000 Beschäftigte zu Protestaktionen aufgerufen. Anlass sind die Pläne des schwedischen Konzerns, elf seiner 17 westeuropäischen Fabriken zu schließen oder Arbeitsplätze abzubauen und in neue Werke im kostengünstigeren Osteuropa zu verlagern (SZ vom 21.10.). In Deutschland legten weit über tausend Beschäftigte der Electrolux-Tochter AEG Hausgeräte in Nürnberg und Rothenburg ob der Tauber für mehrere Stunden die Arbeit nieder.

Der Charakter des europaweiten Protestes fiel sehr unterschiedlich aus. „Je nach nationalen Gegebenheiten reichte die Palette von außerordentlichen Betriebsversammlungen über Informationsveranstaltungen während der Arbeitszeit oder nach Feierabend bis hin zu Demonstrationen und Streiks“, sagte EMB-Generalsekretär Peter Scherrer. Ziel sei es gewesen, „zu zeigen, dass sich die Arbeitnehmer in Europa nicht mehr gegenseitig ausspielen lassen“.

Scherrer bezeichnete den Aktionstag als „gelungene Nagelprobe“ für künftige gemeinsame grenzüberschreitende Aktionen nicht nur bei Electrolux. Als nächstes plane man Ähnliches beim maroden Automobilzulieferer Delphi. Der Nürnberger IG Metall-Vize Jürgen Wechsler sprach gar von einem „historischen Tag“. Man wolle „dem Europa der Konzerne und des Kapitals das Europa der Arbeitnehmer entgegensetzen“.

International organisierten Protest hatte es bereits bei der Krise von General Motors gegeben. Während sich daran vor allem große Werke beteiligt hätten, habe man bei Electrolux erstmals wesentlich kleinere Standorte zu gemeinsamem Handeln vereint, sagte EMB-Generalsekretär Scherrer. Der Electrolux-Kon-

zern sprach der Aktion den Erfolg ab. Ein Unternehmenssprecher sagte, lediglich in Deutschland und Italien sei es zu Streiks gekommen. Der für die europäischen Fabriken von Electrolux verantwortliche Horst Winkler bezeichnete die Aktionen als „ganz klar illegal“. Er habe aber ein „gewisses Verständnis dafür, dass die Mitarbeiter unter Spannung sind und kurzfristig Druck loslassen“.

Winkler sagte dies angesichts von schätzungsweise 1000 Demonstranten vor dem von Schließung bedrohten AEG-Werk für Waschmaschinen, Geschirrspüler und Wäschetrockner in Nürnberg. Dort war die Frühschicht um 6 Uhr in einen mehrstündigen Ausstand getreten. Man ließ jedoch Winkler und andere Electrolux-Manager passieren, als

sie begleitet von „Buh“-Rufen und einem gellenden Pfeifkonzert in das ansonsten von der Belegschaft abgeriegelte Werk gingen. Jürgen Wechsler nannte dies „eine Provokation der Beschäftigten“.

Die Arbeitnehmervertreter in Nürnberg werten es als Erfolg, dass die Electrolux-Spitze am Montag entgegen ihrer ursprünglichen Planung nicht über die Schließung des Nürnberger AEG-Werkes und damit das Schicksal von 1750 Arbeitsplätzen entscheiden wird. 500 davon werden im kommenden Jahr wohl in jedem Fall abgebaut, denn die Restfertigung von Trocknern läuft in dem Werk aus. IG Metall und Gewerkschaft kündigten an, die Gespräche über diese Entlassungen mit jenen über die Zukunft des Werkes insgesamt zu verknüpfen.

Am kommenden Dienstag verhandeln beide Seiten wieder über mögliche Kostensenkungen in der Fabrik. Electrolux-Fertigungschef Horst Winkler sagte der SZ, man analysiere „dabei alles und wir drehen jeden Stein um“. Ein von der Belegschaft angebotenes 15-Millionen-Euro-Sparpaket sei nicht ausreichend, um die nötige Kosteneinsparung zu erzielen. Winkler bekannte sich zu AEG als der Premium-Marke von Electrolux. Die Geräte müssten aber günstiger produziert werden, denn die Verbraucher greifen häufiger zu Billig-Produkten aus der Türkei oder Asien. Dies habe die Preise für Waschmaschinen binnen zwei Jahren um 15 Prozent absacken lassen.

Wann sich das Schicksal des Nürnberger Werkes entscheidet, ist völlig offen. Die Arbeitnehmerseite drückt auf's Tempo. Sie fürchtet, Electrolux halte die Beschäftigten hin, bis das Weihnachtsgeschäft vorüber ist und Anfang 2006 zwei neue Werke in Polen die Arbeit aufnehmen. AEG-Betriebsratschef Harald Dix prophezeite, ein Ende der Fabrik würde ein baldiges Aus für weitere 800 Angestellte in den angeschlossenen Zentralen von AEG und Electrolux-Deutschland nach sich ziehen.

Harald Dix kündigte dagegen härtesten Widerstand an. Der sollte allerdings nicht so weit gehen, wie vor einigen Wochen an anderen von Arbeitsplatzabbau betroffenen Electrolux-Standorten. In Florenz blockierten Beschäftigte die Autobahn, in Spanien schlugen sie ihren Werksleiter krankenhausreif.



Wie hier in Deutschland protestierten Mitarbeiter von Electrolux in Italien, Schweden, Frankreich, Spanien, Belgien und Ungarn.

Foto: AP

„Wir können nicht unsere Existenz gefährden“

Der Vorstandschef von Electrolux über den Markt für Haushaltsgeräte und die Zukunft des AEG-Werks Nürnberg

Stockholm – Seit Monaten bangen die 1750 Beschäftigten des AEG-Werkes in Nürnberg um ihre Arbeitsplätze. Der Chef des Mutterkonzerns Electrolux, Hans Stråberg, 48, sagt im SZ-Interview zu, bis Jahresende eine Entscheidung zu treffen. Es werde „sehr schwer werden, die benötigten Kosteneinsparungen zu schaffen“.

SZ: Herr Stråberg, wird das AEG-Werk Nürnberg geschlossen oder nicht?

Hans Stråberg: Das AEG-Werk Nürnberg spielt eine sehr wichtige Rolle im Electrolux-Konzern. Auch wenn es in den Medien oft anders dargestellt wird: Wir setzen uns sehr für den Standort Nürnberg ein, und wir haben das immer getan. Anfang der neunziger Jahre hatte AEG große Probleme. Hätten wir das Werk 1994 nicht gekauft, würde es vermutlich nicht mehr existieren. Und dann haben wir über die Jahre hinweg in das AEG-Werk investiert – jährlich etwa 15 Millionen Euro.

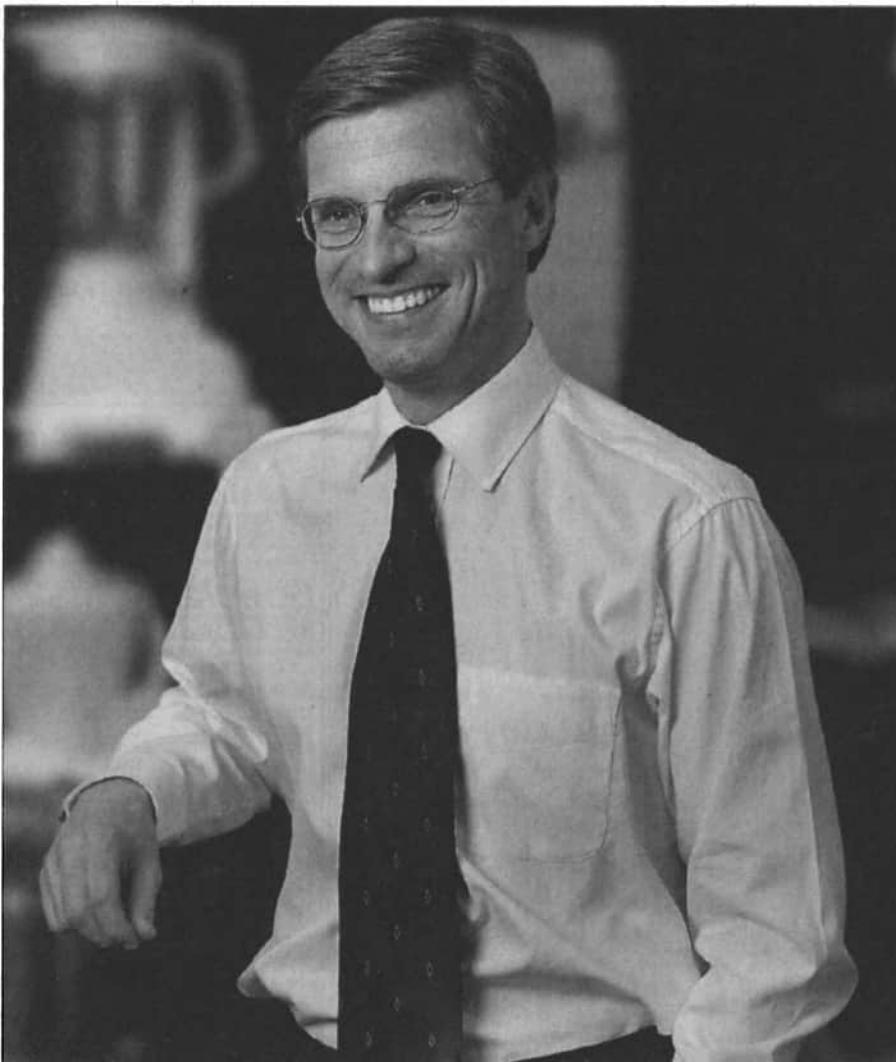
SZ: Aber ...

Stråberg: ... aber jetzt hat sich der Markt für die so genannten Weißwaren sehr gewandelt. Der Preis für die Waschmaschinen ging in den vergangenen fünf Jahren in Europa um 30 Prozent nach unten. Das hat mit der Öffnung nach Osteuropa zu tun und damit, dass die asiatische Wirtschaft stark gewachsen ist. Westeuropa ist früher hinausgezogen in die Welt, jetzt hat es Westeuropa schwer, dass andere Länder hereinkommen. Von außen kommen nun billige Waren, und deshalb hat sich das Kundenverhalten fundamental verändert. Das Internet spielt auch eine Rolle. Der Kunde kann dort die Preise vergleichen. Und er nimmt natürlich die billigere Ware, die in Ländern produziert wurde, wo die Löhne niedriger sind als zum Beispiel in Deutschland. Es ist nicht so, dass die Manager gierig sind, immer mehr Gewinne wollen und deswegen ihre Produktion in Billiglohnländer auslagern. Der Kunde bestimmt das.

Electrolux ist nicht der erste Konzern, der seine Produktion auslagert. Andere in unserer Branche haben damit viel früher angefangen – 60 Prozent der Weißwaren, die in Deutschland gekauft werden, werden außerhalb von Deutschland gefertigt. Bosch-Siemens fertigt in der Türkei und in Polen. Wir haben den deutschen Standorten Rothenburg und Nürnberg lange die Stange gehalten.

SZ: Und werden Sie das weiter tun?

Stråberg: Wir versuchen es. Rothenburg wird sicher erhalten bleiben, denn dort werden Premiumprodukte hergestellt, nämlich Elektroherde und Kochmulden; dafür bezahlen die Kunden mehr. Das tun sie nicht bei freistehenden



Electrolux-Chef Hans Stråberg hält sich noch bedeckt, was die Zukunft des AEG-Werkes in Nürnberg betrifft.

Foto: Bloomberg

Produkten wie Waschmaschinen und Geschirrspülern, die in Nürnberg gefertigt werden. Unser Konkurrent Whirlpool hat seine Produktion zu 50 Prozent außerhalb Westeuropas. Wir produzieren immer noch zu 75 Prozent in Westeuropa.

SZ: Aber Sie haben angekündigt, künftig 13 oder 14 von 27 Fabriken in Westeuropa und Ländern wie den USA und Australien zu schließen.

Stråberg: Das ist richtig. Aber andersherum heißt dies auch: Die Hälfte der Werke werden erhalten bleiben.

SZ: Wird Nürnberg darunter sein?

Stråberg: Wir werden vermutlich bis zum Ende des Jahres einen Beschluss fassen. Momentan wird diskutiert und beraten, wie man Einsparungen vornehmen kann. Eine Schließung ist das Letzte, was wir tun wollen. Das würde viele Menschen und ihre Familien negativ beeinflussen. Außerdem haben wir viel in das AEG-Werk investiert. Eine Schließung würde also auch viel Kapital zerstören.

SZ: Aber dem Konzern geht es doch sehr gut. Im dritten Quartal sind sowohl Gewinn als auch Umsatz gestiegen.

Stråberg: Ja, Electrolux ist ein gesundes Unternehmen. Wir sind Marktführer in Europa und in der Welt. Unsere Grundstrategie steht auf drei Säulen: Produktentwicklung, Marketing – und Kostenreduzierung. Wir haben sehr viel in die Produktentwicklung investiert: 2002 waren es noch 1,1 Prozent des gesamten Umsatzes, 2005 werden es 1,75 Prozent sein. 2002 hatten wir 190 neue Produkte entwickelt, 2005 werden es 370 sein. Die Ausgaben für das Marketing haben wir von 2002 bis 2005 um 30 Prozent gesteigert. Zu den Kosteneinsparungen gehört unter anderem die Verlagerung der Produktion in Länder, in denen die Löhnen niedriger sind. Wenn wir das alles erfüllen, bleiben wir ein gesundes Unternehmen. Wir und Bosch-Siemens sind zwei europäische Firmen, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten könnten – wir können glücklich darüber sein. Wir haben deshalb viele Arbeitsplätze ...

SZ: ... Electrolux beschäftigt etwas mehr als 70 000 Menschen, aber es waren schon einmal mehr als 100 000.

Stråberg: Ja, und ich verstehe auch, dass viele Menschen sehr unruhig sind.

SZ: Wenn das Werk in Nürnberg nicht geschlossen wird – wie soll es dort weitergehen?

Stråberg: Wir befinden uns derzeit in einer offenen und konstruktiven Diskussion.

SZ: Zuletzt brachte der Produktionsvorstand von Electrolux Europa, Horst Winkler, die Möglichkeit ins Spiel, dass das Werk in Nürnberg vielleicht nur teilweise geschlossen wird.

Stråberg: Es gibt mehrere Optionen für das Werk in Nürnberg. Eine Verkleinerung ist eine dieser Optionen.

SZ: Sie haben zwei Werke in Südpolen gebaut, die 2006 geöffnet werden sollen. Nun gibt es angeblich Überkapazitäten. Bezahlten die Nürnberger für eine frühere Fehleinschätzung von Electrolux?

Stråberg: Nein. Die Werke in Polen wurden zwar auch gebaut, um Deutschland, Frankreich oder Spanien zu beliefern, aber vor allem, um den wachsenden Markt in Osteuropa zu befriedigen.

SZ: Hätte man das nicht auch von Nürnberg aus machen können?

Stråberg: Als wir 2004 den Beschluss für die Werke in Polen fassten, waren die Gewerkschafter in Nürnberg nicht bereit, die Arbeitszeit von 35 auf 40 Stunden zu erhöhen. Außerdem sind die Werke in Polen sehr klein, man müsste sie erst ausbauen, wenn man Nürnberg schließen würde. Man könnte das Werk in Nürnberg also auch gar nicht über Nacht schließen.

Interview: Gerhard Fischer

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 12.11.2005, Ausgabe Deutschland, S. 27 / Ressort: Wirtschaft

SZ-Interview mit Hans Stråberg

"Wir können nicht unsere Existenz gefährden"

Der Vorstandschef von Electrolux über den Markt für Haushaltsgeräte und die Zukunft des AEG-Werks Nürnberg

Stockholm - Seit Monaten bangen die 1750 Beschäftigten des AEG-Werkes in Nürnberg um ihre Arbeitsplätze. Der Chef des Mutterkonzerns Electrolux, Hans Stråberg, 48, sagt im SZ-Interview zu, bis Jahresende eine Entscheidung zu treffen. Es werde "sehr schwer werden, die benötigten Kosteneinsparungen zu schaffen".

SZ: Herr Stråberg, wird das AEG-Werk Nürnberg geschlossen oder nicht?

Hans Stråberg: Das AEG-Werk Nürnberg spielt eine sehr wichtige Rolle im Electrolux-Konzern. Auch wenn es in den Medien oft anders dargestellt wird: Wir setzen uns sehr für den Standort Nürnberg ein, und wir haben das immer getan. Anfang der neunziger Jahre hatte AEG große Probleme. Hätten wir das Werk 1994 nicht gekauft, würde es vermutlich nicht mehr existieren. Und dann haben wir über die Jahre hinweg in das AEG-Werk investiert - jährlich etwa 15 Millionen Euro.

SZ: Aber ...

Stråberg: ... aber jetzt hat sich der Markt für die so genannten Weißwaren sehr gewandelt. Der Preis für die Waschmaschinen ging in den vergangenen fünf Jahren in Europa um 30 Prozent nach unten. Das hat mit der Öffnung nach Osteuropa zu tun und damit, dass die asiatische Wirtschaft stark gewachsen ist. Westeuropa ist früher hinausgezogen in die Welt, jetzt hat es Westeuropa schwer, dass andere Länder hereinkommen. Von außen kommen nun billige Waren, und deshalb hat sich das Kundenverhalten fundamental verändert. Das Internet spielt auch eine Rolle. Der Kunde kann dort die Preise vergleichen. Und er nimmt natürlich die billigere Ware, die in Ländern produziert wurde, wo die Löhne niedriger sind als zum Beispiel in Deutschland. Es ist nicht so, dass die Manager gierig sind, immer mehr Gewinne wollen und deswegen ihre Produktion in Billiglohnländer auslagern. Der Kunde bestimmt das.

Electrolux ist nicht der erste Konzern, der seine Produktion auslagert. Andere in unserer Branche haben damit viel früher angefangen - 60 Prozent der Weißwaren, die in Deutschland gekauft werden, werden außerhalb von Deutschland gefertigt. Bosch-Siemens fertigt in der Türkei und in Polen. Wir haben den deutschen Standorten Rothenburg und Nürnberg lange die Stange gehalten.

SZ: Und werden Sie das weiter tun?

Stråberg: Wir versuchen es. Rothenburg wird sicher erhalten bleiben, denn dort werden Premiumprodukte hergestellt, nämlich Elektroherde und Kochmulden; dafür bezahlen die Kunden mehr. Das tun sie nicht bei freistehenden Produkten wie Waschmaschinen und Geschirrspülern, die in Nürnberg gefertigt werden. Unser Konkurrent Whirlpool hat seine Produktion zu 50 Prozent außerhalb Westeuropas. Wir produzieren immer noch zu 75 Prozent in Westeuropa.

SZ: Aber Sie haben angekündigt, künftig 13 oder 14 von 27 Fabriken in Westeuropa und Ländern wie den USA und Australien zu schließen.

Stråberg: Das ist richtig. Aber andersherum heißt dies auch: Die Hälfte der Werke wird erhalten bleiben.

SZ: Wird Nürnberg darunter sein?

Stråberg: Wir werden vermutlich bis zum Ende des Jahres einen Beschluss fassen. Momentan wird diskutiert und beraten, wie man Einsparungen vornehmen kann. Eine Schließung ist das Letzte, was wir wollen. Das würde viele Menschen und ihre Familien negativ beeinflussen. Außerdem haben wir viel in das AEG-Werk investiert. Eine Schließung würde also auch viel Kapital zerstören.

SZ: Wie viel müsste denn gespart werden?

Stråberg: Einer unserer Konkurrenten hat ein mit Nürnberg vergleichbares Werk in Polen. Dort liegen die jährlichen Kosten um 48 Millionen Euro niedriger. Wir haben bisher Pläne dafür, wie wir in Nürnberg 15 Millionen jährlich einsparen können - es bleibt also immer noch eine Lücke von 33 Millionen Euro.

SZ: Wie wollen Sie das schaffen?

Stråberg: Wir werden sehen, was die Gespräche bis zum Ende des Jahres bringen werden. Vielleicht ist es möglich, die Wochenarbeitszeit von derzeit 35 auf 40 Stunden zu erhöhen.

SZ: Zum gleichen Lohn?

Stråberg: Ja. Wir müssen in Nürnberg einfach effektiver werden. Der Unterschied zu diesem Werk in Polen ist mit 33 Millionen Euro momentan sehr groß. Wir haben immer auf Deutschland gesetzt, aber wir wollen nicht unsere Existenz riskieren.

SZ : Aber dem Konzern geht es doch sehr gut. Im dritten Quartal sind sowohl Gewinn als auch Umsatz gestiegen.

Stråberg: Ja, Electrolux ist ein gesundes Unternehmen. Wir sind Marktführer in Europa und in der Welt. Unsere Grundstrategie steht auf drei Säulen: Produktentwicklung, Marketing - und Kostenreduzierung. Wir haben sehr viel in die Produktentwicklung investiert: 2002 waren es noch 1,1 Prozent des gesamten Umsatzes, 2005 werden es 1,75 Prozent sein. 2002 hatten wir 190 neue Produkte entwickelt, 2005 werden es 370 sein. Die Ausgaben für das Marketing haben wir von 2002 bis 2005 um 30 Prozent gesteigert. Zu den Kosteneinsparungen gehört unter anderem die Verlagerung der Produktion in Länder, in denen die Löhnen niedriger sind. Wenn wir das alles erfüllen, bleiben wir ein gesundes Unternehmen. Wir und Bosch-Siemens sind zwei europäische Firmen, die sich im internationalen Wettbewerb behaupten konnten - wir können glücklich darüber sein. Wir haben deshalb viele Arbeitsplätze . . .

SZ: . . . Electrolux beschäftigt etwas mehr als 70 000 Menschen, aber es waren schon einmal mehr als 100 000.

Stråberg: Ja, und ich verstehe auch, dass viele Menschen sehr unruhig sind.

SZ: Wenn das Werk in Nürnberg nicht geschlossen wird - wie soll es dort weitergehen?

Stråberg: Wir befinden uns derzeit in einer offenen und konstruktiven Diskussion.

SZ: Zuletzt brachte der Produktionsvorstand von Electrolux Europa, Horst Winkler, die Möglichkeit ins Spiel, dass das Werk in Nürnberg vielleicht nur teilweise geschlossen wird.

Stråberg: Es gibt mehrere Optionen für das Werk in Nürnberg. Eine Verkleinerung ist eine dieser Optionen.

SZ: Sie haben zwei Werke in Südpolen gebaut, die 2006 geöffnet werden sollen. Nun gibt es angeblich Überkapazitäten. Bezahlen die Nürnberger für eine frühere Fehleinschätzung von Electrolux?

Stråberg: Nein. Die Werke in Polen wurden zwar auch gebaut, um Deutschland, Frankreich oder Spanien zu beliefern, aber vor allem, um den wachsenden Markt in Osteuropa zu befriedigen.

SZ: Hätte man das nicht auch von Nürnberg aus machen können?

Stråberg: Als wir 2004 den Beschluss für die Werke in Polen fassten, waren die Gewerkschafter in Nürnberg nicht bereit, die Arbeitszeit von 35 auf 40 Stunden zu erhöhen. Außerdem sind die Werke in Polen sehr klein, man müsste sie erst ausbauen, wenn man Nürnberg schließen würde. Man könnte das Werk in Nürnberg also auch gar nicht über Nacht schließen.

Interview: Gerhard Fischer

AEG-Mitarbeiter entwickeln Zukunftskonzept

Deutsches Management befürwortet Bestandsgarantie bis 2010 / Entscheidung im Dezember

urit Nürnberg – Massiver Personalabbau, Mehrarbeit und Lohnverzicht der verbleibenden Beschäftigten, Investitionen in die Fertigungstechnik und eine garantierte Mindestauslastung sollen das von Schließung bedrohte AEG-Hausgerätewerk in Nürnberg retten. Auf ein entsprechendes Konzept verständigte sich das deutsche Management des schwedischen Mutterkonzerns Electrolux mit dem örtlichen Betriebsrat und der IG Metall. Ob die Waschmaschinen- und Geschirrspülerfabrik damit tatsächlich eine Zukunft hat, bleibt allerdings weiter offen. Das ultimativ letzte Wort hat nun der Electrolux-Aufsichtsrat, der am 12. Dezember zu seiner nächsten Sitzung zusammenkommen wird. Gewerkschaftsvertreter gehen davon aus, dass an diesem Tag die endgültige Entscheidung fallen wird.

Das „Zukunftskonzept für Nürnberg“, das die nationalen Electrolux-Manager und die Nürnberger Arbeitnehmervertreter ausgehandelt haben, sieht als Grundlage eine Bestandsgarantie für die Fabrik bis Ende 2010 und eine Mindestproduktion von 800 000 Geräten pro Jahr vor. Bis Ende 2007 sollen sogar jährlich 1,2 Millionen Stück produziert werden. Wenn die Trocknerfertigung – wie bereits länger geplant – Mitte 2006 ausläuft, sollen 220 Arbeitsplätze wegfallen. Gleichzeitig würden weitere 250 gestrichen, die aufgrund einer Anhebung der Arbeitszeit von derzeit 30 auf 35 Wochenstunden ab 1. Juli 2006 überflüssig werden. Für diese Mehrarbeit soll es keinen Lohnausgleich geben, was nach Aussage des AEG-Betriebsratsvorsitzenden Harald Dix einem Lohnverzicht von 16,7 Prozent entspricht. Um diesen Anteil sollen zudem die Gehälter aller Angestellten gekappt werden.

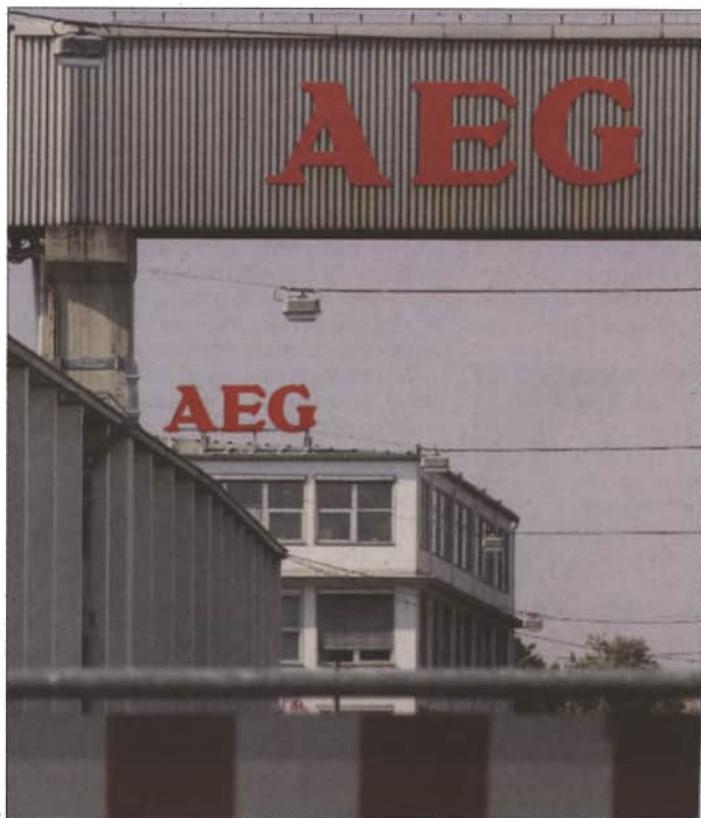
Im Gegenzug soll in neue Fertigungs-technologien investiert werden, mit denen Waschmaschinen und Geschirrspüler künftig kostengünstiger produziert werden können. Fix- und Sachkosten will man neu berechnen und die Beschäftigung von Werk- und Leiharbeitern erschweren. Mit dem Gesamtpaket würde

das Nürnberger AEG-Werk konkurrenzfähig mit einer entsprechenden Fabrik in Italien, sagte Dix und berief sich auf entsprechende Aussagen der Manager.

Unverrückbare Knackpunkte für die Arbeitnehmerseite sind die Bestandsgarantie bis Ende 2010 und die Untergrenze von 800 000 Geräten pro Jahr. Weniger würde ein schleichendes Ende der Fabrik bedeuten, hieß es. Und selbst wenn die Produktion bei 800 000 Stück gehalten würde, bedeutet dies nach Schätzung von Dix den Verlust weiterer 300 Arbeitsplätze. Dann wären von den derzeit 1750 Beschäftigten in dem Werk unter den nun skizzierten Bedingungen in fünf Jahren womöglich nur noch etwa 1000 übrig. Dementsprechend hält sich die Euphorie bei Betriebsräten und Gewerk-

schaftern in Grenzen, genauso wie ihr Optimismus. „Der Ball liegt nun wieder auf dem Spielfeld von Electrolux“, sagte der Vize-Chef der Nürnberger IG Metall und des AEG-Aufsichtsrates, Jürgen Wechsler. Er glaubt allerdings, dass Electrolux-Konzernchef Hans Stråberg das Werk unter allen Umständen schließen will, „um von eigenen Managementfehlern abzulenken.“

Deshalb treibt die IG Metall die Vorbereitungen auf einen Arbeitskampf voran, mit dem sie im Falle eines Schließungsbeschlusses am 12. Dezember einen Sozialtarifvertrag erstreiten will. Angeblich trifft auch Electrolux bereits Vorbereitungen, damit es im Falle von Streiks in Nürnberg nicht zu Engpässen bei der Kundenbelieferung kommt.



Zukunft weiter ungewiss: Ob das gemeinsame Konzept von deutschen Managern und Arbeitnehmervertretern das Nürnberger AEG-Werk rettet, wird die Electrolux-Konzernspitze erst im Dezember entscheiden. Foto: Falk Heller/Argum

Die Globalisierungsfalle am Beispiel des Nürnberger Traditionssunternehmens: „Die Käufer schauen nur auf den Preis“

AEG – aus Erfahrung gewarnt

Wie es zum Überlebenskampf einer Marke kam, über deren Schicksal die Manager des Mutterkonzerns Electrolux jetzt entscheiden werden

Von Uwe Ritzer

Nürnberg, im Dezember – Er will nicht einfach nur so vorbeischauen, er will dabei sein, und zwar mittendrin. Gut, er ist etwas später gekommen, aber als Rennert muss man auch nicht unbedingt schon um sechs Uhr früh hier stehen, wie die Frühschichtler, die an diesem Morgen ihre Arbeit verweigern in der Hoffnung, sie damit zu retten. Die aufgebrachten Männer und Frauen vor dem Werkstor tragen knallrote Käppis und Plastik-Überziehwesten aus dem Arbeitskampf-Requisitenfundus der IG Metall und blasen ihre Wut in Trillerpfeifen. Dazwischen wirkt Manfred Lehmeier in seiner blauen Windjacke, mit dem weißen Haar und dem braunen Teint wie ein Zivilist unter lauter Uniformierten. Sein Kommen sei Ehrensache gewesen, sagt er. Man dürfe die Kollegen im Kampf um ihre Arbeitsplätze nicht alleine lassen, nicht nach allem, was war in den vergangenen 83 Jahren im Hausgeräte-Stammwerk der AEG in der Muggenhofer Straße in Nürnberg.

„Man konnte sich in dieser Stadt immer darauf verlassen, dass genügend Arbeit da ist“, sagt Lehmeier. AEG, Grundig, Triumph Adler, Hercules, Metrawatt, Trafouion, MAN, ABB-Alstom, Siemens – das industrielle Herz Süddeutschlands schlug jahrzehntelang in Nürnberg und Fürth. Damals war hier auch das Versandhaus Quelle noch groß und stark. Lauter Jobmaschinen, und Manfred Lehmeier erzählt, manche Arbeiter hätten fast jährlich die Firma gewechselt, „um von Stelle zu Stelle ihren Stundenlohn hochzutreiben“. Keiner habe sich vorstellen können, dass dieses Wirtschaftswunder einmal vorbei sein könnte.

Vermutlich auch Manfred Lehmeier nicht, dieser hochgewachsene Mann von heute 65 Jahren. Er hat Klempner gelernt, ehe er 1959 als Gerätprüfer zur AEG ging.

Synonym für Qualität

Später baute er mit Kollegen Prototypen von Waschmaschinen und vertrat ihrer aller Interessen als Betriebsrat, die letzten Jahre bis 1998 sogar als Betriebsratsvorsitzender und Aufsichtsratsmitglied. „Als Arbeiter fühlte man sich bei der AEG gut aufgehoben“, sagt Lehmeier. So lange jedenfalls, bis die „Manager auf Durchreise kamen“, wie er sie nennt.

Horst Winkler ist tatsächlich nur ein paar Tage in Nürnberg. Der adrette Brillenträger ist aus den Brüsseler Europa-Zentrale der schwedischen AEG-Muttergesellschaft Electrolux gekommen, um mit Betriebsräten und Gewerkschaftern über die Zukunft des Nürnberger Waschmaschinen-, Geschirrspüler- und Wäschetrocknerwerkes mit seinen 1750 Arbeitsplätzen zu verhandeln. Mit anderen Managern steht Winkler im Morgengrauen vor dem Werk, die Hände tief in den Manteltaschen vergraben, und wartet darauf, live fürs Fernsehen interviewt zu werden. Er ist für die europäischen Werke des weltweit größten Haushaltgeräteherstellers Electrolux zuständig.

Horst Winkler sagt, es führe kein Weg vorbei an den harten Fakten: Die Preise für elektronische Haushaltgeräte sind im Sturzflug. Die durchschnittliche Waschmaschine kostet heute 15 Prozent weniger als vor zwei Jahren. „Die Käufer schauen nur auf den Preis“, sagt der Manager. Weil viele auf Schnäppchenjagd sind, ließen sich die in Nürnberg produzierten, und verglichen mit Konkurrenzmaschinen aus Fernost oder der Türkei, doppelt so teuren AEG-Geräte nicht mehr profitabel verkaufen. Am allerwenigsten in Deutschland selbst. Ob es nicht ein Ausweg wäre, AEG gezielt als traditionsreiches Synonym für höchste



Das Symbol deutscher industrieller Macht läuft Gefahr zu verschwinden: Ex-Betriebsratschef Manfred Lehmeier vor dem Nürnberger AEG-Werk. Foto: Thomas Langer

Qualität und sprichwörtliche deutsche Wertarbeit auf dem Markt zu positionieren? Schließlich leiste sich der Verbraucher doch auch teure deutsche Autos und nicht nur billige asiatische Kleinwagen. „Eine Waschmaschine fährt man aber nicht spazieren, man stellt sie auch nicht in den Flur oder ins Wohnzimmer, sondern einfach nur in den Keller“, antwortet Horst Winkler. Dann muss er vor die Fernsehkamera.

So fokussiert sich seit Monaten an der Muggenhofer Straße in Nürnberg wie durch ein Brennglas der große Globalisierungskonflikt. Manuelle Arbeit sei in Deutschland zu teuer geworden, sagen die Experten. Deutsche Wertarbeit werde vom Käufer nicht mehr bezahlt, und Konsumpatriotismus gäbe es hierzulande nicht.

Tatsache ist: In Osteuropa und Fernost werden menschliche Hände für viel weniger Lohn. Deswegen lässt auch die Reifenfirma Conti nach mehr als 130 Jahren künftig keine Pneus mehr in Deutschland herstellen, und Infineon schließt mit ähnlichen Argumenten das Werk in München-Perlach. In Leverkusen liegt Agfa im Sterben, die große, alte deutsche Fotomarke. Man hätte auch den Todeskampf eines von zigtausenden mittelständischen Betrieben beschreiben können, die zu klein sind, als dass ihr Untergang große Schlagzeilen machen würde. Die AEG aber als Symbol deutscher industrieller Macht und Herrlichkeit schlechthin im vergangenen Jahrhundert, sie droht zu verschwinden.

Emil Rathenau gründete 1887 in Berlin die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft. Sie brachte das Land zum Leuchten, denn Rathenau hatte kurz zuvor die vom Amerikaner Thomas Alva Edison erfundene Glühbirne über den Atlantik ge-

holt. Fortan jagte die AEG im übertragenen Sinne einen gigantischen Stromstoß durch Deutschland und startete mit der freigesetzten Energie selbst zum Höhenflug. AEG baute Flugzeuge und Lichtschalter, Bügeleisen und Turbinen, Lokomotiven und Lampen, Staubsauger und Tatkessel, Kraftwerke und mit ihrer Tochter Telefunken auch Sendeanlagen, Rundfunk- und Tonbandgeräte. Aus dem größten nationalen Industriekonzern wurde zu Weltkriegszeiten eine Rüstungsschmiede, weshalb die Produktionsanlagen nach 1945 dann demontiert und enteignet wurden. Die AEG aber war nicht totzukriegen. Schließlich brauchte das zerbombte Land Maschinen für den Wiederaufbau, und die Haushalte brauchten elektrische Geräte.

1950 verließen in Kassel die ersten AEG-Kühlschränke das Werk. In Nürnberg bauten bis zu 6000 Menschen Nachspeicheröfen, Bügeleisen, Föhne, Bügelmassen, Heizkörper und natürlich Waschmaschinen. 1958 lief die erste „Lavamat“ vom Band. „Wir fühlten uns gut aufgehoben und waren stolz, AEG-ler zu sein“, sagt Manfred Lehmeier. Befeuert wurde dieser Stolz von Prämien und Zuschlägen und einer großzügigen Betriebsrente. „AEG stand auch für eine Kultur im wirtschaftlichen Leben, die heute verlorengangen ist“, sagt Lehmeier. Die Arbeiter seien als Mitglieder einer zeitweise mehr als 130 000-köpfigen Firmenfamilie nicht nur anerkannt, sondern geschätzt gewesen und galten nicht als lästige Kostenstellen auf zwei Beinen.

Manfred Lehmeier hat inzwischen die Demonstration verlassen und ist von der Muggenhofer Straße abgekommen in ein Gelände, das früher auch zum AEG-Werk gehörte. Hier die Kunststoffspritzerei, dort der Versand, da drüben die Ka-

belbinderei, das Ersatzteillager, die Heizstabfertigung – der ansonsten in seinen Gesten sparsame Mann deutet hierhin und dorthin. Was einst AEG-ler in den Hallen erledigten, machen heute Zulieferer. „Die werden preislich gedrückt, bis ihnen das Wasser aus den Augen läuft“, sagt Lehmeier. Andere Tätigkeiten hat der Konzern ins Ausland verlagert oder ganz verkauft. Putzfrauen, Pförtner, die Werksfeuerwehr – was ging, wurde outsourced. Das Schneidezentrum für rostfreien Stahl – weg. Heute werden die Platten in Nordrhein-Westfalen gewalzt, in Italien zugeschnitten und in Nürnberg in die Geräte eingebaut. Lagerhaltung auf der Straße, zu Lasten der Allgemeinheit.

Als in den frühen neunziger Jahren die Entwicklungsabteilung nach Italien verlagert und der Musterbau ganz geschlossen wurde, habe er zum ersten Mal richtig Angst um den AEG-Standort Nürnberg bekommen, erinnert sich Lehmeier und sagt: „Unser Niedergang setzt sich wie ein Mosaik zusammen.“

Vor einem weißgrauen Hochhaus bleibt der frühere Betriebsratschef stehen. Da oben, im siebten Stock, da haben sie immer verhandelt. Er und die anderen Arbeitnehmervertreter mit Managern, die sich tatsächlich noch als Arbeitgeber im Sinne dieses Begriffs verstanden hätten. Handschlagqualität hätten die Vereinbarungen gehabt, sagt Lehmeier. Betriebsräte hatten es gut in den sechziger und siebzig Jahren. Da konnten sie noch Wohltaten erkämpfen. Heute stehen sie mit dem Rücken zur Wand und sind schon froh, wenn sie die schlimmsten Grausamkeiten abwehren können.

Das Bürogebäude, vor dem Manfred Lehmeier stehen bleibt, beherbergt mittlerweile Abteilungen der GfK AG und ist

damit gleichsam ein Symbol für den Strukturwandel Nürnbergs. Die Gesellschaft für Konsumforschung, die täglich die TV-Einschaltquoten ermittelt und monatlich das Konsumklima misst, ist in den vergangenen Jahren zu den weltgrößten Marktforschern aufgestiegen. Insgesamt gibt es heute in Nürnberg sogar netto 52 000 Arbeitsplätze mehr als vor dem Zusammenbruch weiter Teile der Industrie. Dienstleister wie die GfK wachsen, aber jemanden, der Zeit seines Berufslebens Waschmaschinen montiert hat, kann man nicht so ohne Weiteres vor einen Computer oder in ein Call-Center setzen.

Auch deshalb hat sich die Politik eingesetzt, ist Wolfgang Clement noch zu Zeiten als Bundeswirtschaftsminister im vergangenen Sommer nach Stockholm geflogen, um Electrolux-Konzernchef Hans Straberg persönlich davon zu überzeugen, dieses Nürnberger AEG-Werk nicht zuzusperren. Clement hatte ein Gutachten im Gepäck, welches dem Werk Zukunftschancen gibt, wenn auch zum Preis des Verlustes einiger hundert Arbeitsplätze.

Der Sozialdemokrat hat neben anderem auch auf die Tradition der AEG verwiesen und an die gesellschaftliche Verantwortung appelliert, die auch ihren Shareholdern verpflichtete internationale Konzerne hätten. Man erzählt, das Gespräch sei merkwürdig verlaufen. Die Manager hätten an Switchboards und mit Flip-Charts über Zahlen und Daten referiert, als säße ihnen kein Wirtschaftsminister gegenüber, sondern ein Betriebswirtschaftsstudent. Manfred Lehmeier sagt dazu: „Den Manager ist Wurst, was Politiker sagen. Bei Grundig gingen die Politiker ein und aus. Das hat nichts genutzt. Am Ende haben sich die Arbeiter an ihre Maschinen gekettet, und man hat sie einfach mit diesen Maschinen weggetragen.“

Als Grundig schon tief im Überlebenskampf steckte, kränkelte längst auch die AEG. Wie wild hatten die Manager weltweit Unternehmen zusammengekauft und meist auf Pump finanziert. 1974 begann der Zerfall des unüberschaubar gewordenen Konzerns. Panisch warf man Unternehmensparten wie die TV- und Rundfunkfirma Telefunken, die Kernaufkrafttechnologie und die Computertechnik über Bord. Es nutzte nichts. Am 8. August 1982 meldete der Vorstand Vergleich an.

Drei Jahre später übernahm der Daimler-Benz-Konzern 75 Prozent der AEG-Anteile. „Das hat uns kurzfristig gerettet“, sagt Manfred Lehmeier. Aber er und die anderen Nürnberger Betriebsräte haben sich dann stundenlang den Kopf darüber zerbrochen, „was Daimler eigentlich mit Waschmaschinen will?“ Die Vision des Daimler-Chefs Edzard Reuter von einem großen Technologiekonzern blieb unerfüllt. 1996 wurde die AEG ganz aufgelöst. Die Hausgeräte-Tochter mit ihren Werken in Herborn, Kassel, Rothenburg ob der Tauber und Nürnberg hatte schon zwei Jahre zuvor Electrolux übernommen.

Damals stand ein Mann namens Carlhans Damm an der Spitze dieser AEG-Sparte: ein Manager der alten Garde, auf dessen Wort man sich verlassen konnte. Heute ist er 69 Jahre alt und verfolgt von Koblenz aus den Überlebenskampf des Nürnberger Werks. „Mir geht das an die Nieren“, sagt Damm. „Aber was da läuft, ist typisch.“

Carlhans Damm, von 1990 bis 1997 AEG-Hausgerätechef, redet sich in Fahrt. „In den Konzernen haben nicht mehr die Techniker, Marketing- oder Vertriebsleute das Sagen, die sich mit den Produkten auskennen und nahe an den Kunden sind, sondern die Pfennigfuchs, denen es um kurzfristige Zahlen geht und sonst um nichts.“ Manager, die langfristig dächten, die sich voll und ganz mit einem Unternehmen, dessen Produkten und den Mitarbeitern identifizierten, seien rar geworden.

Der schwedische Sparkurs

Nicht nur bei AEG und Electrolux. Deutschland plagt in vielen Branchen ein Markenproblem. Viele Manager wissen mit den eigenwilligen Charakteren ihrer Marken nichts anzufangen. „Sie lassen sich widerstandslos von den großen Handelsketten erpressen und beklagen dann den damit ausgelösten Preisverfall“, sagt Damm. Aber die Marke AEG, diese drei Großbuchstaben des deutschen Wirtschaftswunders – kann man die so ohne Weiteres auslöschen? 2002 sperrte Electrolux AEG-Werke in Herborn und Kassel. Im Herdplatten- und Kochmuldenwerk in Rothenburg ob der Tauber und unter den 800 Angestellten der deutschen AEG-Verwaltung herrscht blanke Zukunftsnangst. Sind ihre Jobs die nächsten Etappenziele im schwedischen Sparkurs? Im abgelaufenen Quartal sprangen die Electrolux-Gewinne um 22,6 Prozent nach oben. 48 Millionen Euro müssten jährlich in Nürnberg eingespart werden, um hier profitabel zu arbeiten, rechnete Konzernchef Hans Straberg gleichzeitig vor. Die 15 Millionen Euro, welche die Arbeitnehmer anbieten, sind ihm zu wenig.

Das deutsche Electrolux-Management hat sich mit den Nürnberger Beschäftigten auf ein Sanierungsprogramm geeinigt. Die Eckpunkte: Mehrarbeit ohne Lohnausgleich, Abbau von bis zu 700 der 1750 Arbeitsplätze, Investitionen in Technologie und eine Bestandsgarantie für das Werk bis Ende 2010. Das Sagen haben aber nicht die deutschen Manager, sondern die globalen Konzernlenker, die vermutlich am 12. Dezember endgültig den Daumen heben oder senken werden. Die Hoffnungen in Nürnberg halten sich in engen Grenzen.

Die Marke AEG werde man angesichts ihrer Tradition und Strahlkraft unabhängig davon in jedem Fall behalten, heißt es bei Electrolux. Aber wo das Firmenschild mit den drei Großbuchstaben an die Waschmaschinen, Geschirrspüler und Trockner aufgeschraubt wird, ob in Polen oder Nürnberg – das sei doch egal.

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 07.12.2005, Ausgabe Deutschland, S. 3 / Ressort: Die Seite Drei

Die Globalisierungsfalle am Beispiel des Nürnberger Traditionssunternehmens: "Die Käufer schauen nur auf den Preis"

AEG - aus Erfahrung gewarnt

Wie es zum Überlebenskampf einer Marke kam, über deren Schicksal die Manager des Mutterkonzerns Electrolux jetzt entscheiden werden

Nürnberg, im Dezember - Er will nicht einfach nur so vorbeischauen, er will dabei sein, und zwar mittendrin. Gut, er ist etwas später gekommen, aber als Rentner muss man auch nicht unbedingt schon um sechs Uhr früh hier stehen, wie die Frühschichtler, die an diesem Morgen ihre Arbeit verweigern in der Hoffnung, sie damit zu retten. Die aufgebrachten Männer und Frauen vor dem Werkstor tragen knallrote Käppis und Plastik-Überziehwesten aus dem Arbeitskampf-Requisitenfundus der IG Metall und blasen ihre Wut in Trillerpfeifen. Dazwischen wirkt Manfred Lehmeier in seiner blauen Windjacke, mit dem weißen Haar und dem braunen Teint wie ein Zivilist unter lauter Uniformierten. Sein Kommen sei Ehrensache gewesen, sagt er. Man dürfe die Kollegen im Kampf um ihre Arbeitsplätze nicht alleine lassen, nicht nach allem, was war in den vergangenen 83 Jahren im Haushaltegeräte-Stammwerk der AEG in der Muggenhofer Straße in Nürnberg.

"Man konnte sich in dieser Stadt immer darauf verlassen, dass genügend Arbeit da ist", sagt Lehmeier. AEG, Grundig, Triumph Adler, Hercules, Metrawatt, Trafouinion, MAN, ABB-Alstom, Siemens - das industrielle Herz Süddeutschlands schlug jahrzehntelang in Nürnberg und Fürth. Damals war hier auch das Versandhaus Quelle noch groß und stark. Lauter Jobmaschinen, und Manfred Lehmeier erzählt, manche Arbeiter hätten fast jährlich die Firma gewechselt, "um von Stelle zu Stelle ihren Stundenlohn hochzutreiben". Keiner habe sich vorstellen können, dass dieses Wirtschaftswunder einmal vorbei sein könnte.

Vermutlich auch Manfred Lehmeier nicht, dieser hochgewachsene Mann von heute 65 Jahren. Er hat Klempner gelernt, ehe er 1959 als Geräteprüfer zur AEG ging.

Synonym für Qualität

Später baute er mit Kollegen Prototypen von Waschmaschinen und vertrat ihrer aller Interessen als Betriebsrat, die letzten Jahre bis 1998 sogar als Betriebsratsvorsitzender und Aufsichtsratsmitglied. "Als Arbeiter fühlte man sich bei der AEG gut aufgehoben", sagt Lehmeier. So lange jedenfalls, bis die "Manager auf Durchreise kamen", wie er sie nennt.

Horst Winkler ist tatsächlich nur ein paar Tage in Nürnberg. Der adrette Brillenträger ist aus der Brüsseler Europa-Zentrale der schwedischen AEG-Muttergesellschaft Electrolux gekommen, um mit Betriebsräten und Gewerkschaftern über die Zukunft des Nürnberger Waschmaschinen-, Geschirrspüler- und Wäschetrocknerwerkes mit seinen 1750 Arbeitsplätzen zu verhandeln. Mit anderen Managern steht Winkler im Morgengrauen vor dem Werk, die Hände tief in den Manteltaschen vergraben, und wartet darauf, live fürs Fernsehen interviewt zu werden. Er ist für die europäischen Werke des weltweit größten Haushaltsgeräteherstellers Electrolux zuständig.

Horst Winkler sagt, es führe kein Weg vorbei an den harten Fakten: Die Preise für elektronische Haushaltsgeräte sind im Sturzflug. Die durchschnittliche Waschmaschine kostet heute 15 Prozent weniger als vor zwei Jahren. "Die Käufer schauen nur auf den Preis", sagt der Manager. Weil viele auf Schnäppchenjagd sind, ließen sich die in Nürnberg produzierten, und verglichen mit Konkurrenzmaschinen aus Fernost oder der Türkei, doppelt so teuren AEG-Geräte nicht mehr profitabel verkaufen. Am allerwenigsten in Deutschland selbst. Ob es nicht ein Ausweg wäre, AEG gezielt als traditionsreiches Synonym für höchste Qualität und sprichwörtliche deutsche Wertarbeit auf dem Markt zu positionieren? Schließlich leiste sich der Verbraucher doch auch teure deutsche Autos und nicht nur billige asiatische Kleinwagen. "Eine Waschmaschine fährt man aber nicht spazieren, man stellt sie auch nicht in den Flur oder ins Wohnzimmer, sondern einfach nur in den Keller", antwortet Horst Winkler. Dann muss er vor die Fernsehkamera.

So fokussiert sich seit Monaten an der Muggenhofer Straße in Nürnberg wie durch ein Brennglas der große Globalisierungskonflikt. Manuelle Arbeit sei in Deutschland zu teuer geworden, sagen die Experten. Deutsche Wertarbeit werde vom Käufer nicht mehr bezahlt, und Konsumpatriotismus gäbe es hierzulande nicht.

Tatsache ist: In Osteuropa und Fernost werkeln menschliche Hände für viel weniger Lohn. Deswegen lässt auch die Reifenfirma Conti nach mehr als 130 Jahren künftig keine Pneus mehr in Deutschland herstellen, und Infineon schließt mit ähnlichen Argumenten das Werk in München-Perlach. In Leverkusen liegt Agfa im Sterben, die große, alte deutsche Fotomarke. Man hätte auch den Todeskampf eines von ztausenden mittelständischen Betrieben beschreiben können, die zu klein sind, als dass ihr Untergang große Schlagzeilen machen würde. Die AEG aber als Symbol deutscher industrieller Macht und Herrlichkeit schlechthin im vergangenen Jahrhundert, sie droht zu verschwinden.

Emil Rathenau gründete 1887 in Berlin die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft. Sie brachte das Land zum Leuchten, denn Rathenau hatte kurz zuvor die vom Amerikaner Thomas Alva Edison erfundene Glühbirne über den Atlantik geholt. Fortan jagte die AEG im übertragenen Sinne einen gigantischen Stromstoß durch Deutschland und startete mit der freigesetzten Energie selbst zum Höhenflug. AEG baute Flugzeuge und Lichtschalter, Bügeleisen und Turbinen, Lokomotiven und Lampen, Staubsauger und Teekessel, Kraftwerke und mit ihrer Tochter Telefunken auch Sendeanlagen, Rundfunk- und Tonbandgeräte. Aus dem größten nationalen Industriekonzern wurde zu Weltkriegszeiten eine Rüstungsschmiede, weshalb die Produktionsanlagen nach 1945 dann demontiert und enteignet wurden. Die AEG aber war nicht totzukriegen. Schließlich brauchte das zerbombte Land Maschinen für den Wiederaufbau, und die Haushalte brauchten elektrische Geräte.

1950 verließen in Kassel die ersten AEG-Kühlschränke das Werk. In Nürnberg bauten bis zu 6000 Menschen Nachspeicheröfen, Bügeleisen, Föhne, Bügelmaschinen, Heizkörper und natürlich Waschmaschinen. 1958 lief die erste "Lavamat" vom Band. "Wir fühlten uns gut aufgehoben und waren stolz, AEG-ler zu sein", sagt Manfred Lehmeier. Befeuert wurde dieser Stolz von Prämien und Zuschlägen und einer großzügigen Betriebsrente. "AEG stand auch für eine Kultur im wirtschaftlichen Leben, die heute verlorengegangen ist", sagt Lehmeier. Die Arbeiter seien als Mitglieder einer zeitweise mehr als 130 000-köpfigen Firmenfamilie nicht nur anerkannt, sondern geschätzt gewesen und galten nicht als lästige Kostenstellen auf zwei Beinen.

Manfred Lehmeier hat inzwischen die Demonstration verlassen und ist von der Muggenhofer Straße abgebogen in ein Gelände, das früher auch zum AEG-Werk gehörte. Hier die Kunststoffspritzerei, dort der Versand, da drüber die Kabelbinderei, das Ersatzteillager, die Heizstabfertigung - der ansonsten in seinen Gesten sparsame Mann deutet hierhin und dorthin. Was einst AEG-ler in den Hallen erledigten, machen heute Zulieferer. "Die werden preislich gedrückt, bis ihnen das Wasser aus den Augen läuft", sagt Lehmeier. Andere Tätigkeiten hat der Konzern ins Ausland verlagert oder ganz verkauft. Putzfrauen, Pförtner, die Werkfeuerwehr - was ging, wurde outgesourced. Das Schneidezentrum für rostfreien Stahl - weg. Heute werden die Platten in Nordrhein-Westfalen gewalzt, in Italien zugeschnitten und in Nürnberg in die Geräte eingebaut. Lagerhaltung auf der Straße, zu Lasten der Allgemeinheit.

Als in den frühen neunziger Jahren die Entwicklungsabteilung nach Italien verlagert und der Musterbau ganz geschlossen wurde, habe er zum ersten Mal richtig Angst um den AEG-Standort Nürnberg bekommen, erinnert sich Lehmeier und sagt: "Unser Niedergang setzt sich wie ein Mosaik zusammen."

Vor einem weißgrauen Hochhaus bleibt der frühere Betriebsratschef stehen. Da oben, im siebten Stock, da haben sie immer verhandelt. Er und die anderen Arbeitnehmervertreter mit Managern, die sich tatsächlich noch als Arbeitgeber im Sinne dieses Begriffs verstanden hätten. Handschlagqualität hätten die Vereinbarungen gehabt, sagt Lehmeier. Betriebsräte hatten es gut in den sechziger und siebziger Jahren. Da konnten sie noch Wohltaten erkämpfen. Heute stehen sie mit dem Rücken zur Wand und sind schon froh, wenn sie die schlimmsten Grausamkeiten abwehren können.

Das Bürogebäude, vor dem Manfred Lehmeier stehen bleibt, beherbergt mittlerweile Abteilungen der GfK AG und ist damit gleichsam ein Symbol für den Strukturwandel Nürnbergs. Die Gesellschaft für Konsumforschung, die täglich die TV-Einschaltquoten ermittelt und monatlich das Konsumklima misst, ist in den vergangenen Jahren zu den weltgrößten Marktforschern aufgestiegen. Insgesamt gibt es heute in Nürnberg sogar netto 52 000 Arbeitsplätze mehr als vor dem Zusammenbruch weiter Teile der Industrie. Dienstleister wie die GfK wachsen, aber jemanden, der Zeit seines Berufslebens Waschmaschinen montiert hat, kann man nicht so ohne Weiteres vor einen Computer oder in ein Call-Center setzen.

Auch deshalb hat sich die Politik eingesetzt, ist Wolfgang Clement noch zu Zeiten als Bundeswirtschaftsminister im vergangenen Sommer nach Stockholm geflogen, um Electrolux-Konzernchef Hans Straberg persönlich davon zu überzeugen, dieses Nürnberger AEG-Werk nicht zuzusperren. Clement hatte ein Gutachten im Gepäck, welches dem Werk Zukunftschancen gibt, wenn auch zum Preis des Verlustes einiger hundert Arbeitsplätze. Der Sozialdemokrat hat neben anderem auch auf die Tradition der AEG verwiesen und an die gesellschaftliche Verantwortung appelliert, die auch ihren Shareholdern verpflichtete internationale Konzerne hätten. Man erzählt, das Gespräch sei merkwürdig verlaufen. Die Manager hätten an Switchboards und mit Flip-Charts über Zahlen und Daten referiert, als säße ihnen kein Wirtschaftsminister gegenüber, sondern ein Betriebswirtschaftsstudent. Manfred Lehmeier sagt dazu: "Den Managern ist Wurst, was Politiker sagen. Bei Grundig gingen die Politiker ein und aus. Das hat nichts genutzt. Am Ende haben sich die Arbeiter an ihre Maschinen gekettet, und man hat sie einfach mit diesen Maschinen weggetragen."

Als Grundig schon tief im Überlebenskampf steckte, kränkelte längst auch die AEG. Wie wild hatten die Manager weltweit Unternehmen zusammengekauft und meist auf Pump finanziert. 1974 begann der Zerfall des unüberschaubar gewordenen Konzerns. Panisch warf man Unternehmensparten wie die TV- und Rundfunkfirma Telefunken, die Kernkrafttechnologie und die Computertechnik über Bord. Es nutzte nichts. Am 8. August 1982 meldete der Vorstand Vergleich an.

Drei Jahre später übernahm der Daimler-Benz-Konzern 75 Prozent der AEG-Anteile. "Das hat uns kurzfristig gerettet", sagt Manfred Lehmeier. Aber er und die anderen Nürnberger Betriebsräte haben sich dann stundenlang den Kopf darüber zerbrochen, "was Daimler eigentlich mit Waschmaschinen will?" Die Vision des Daimler-Chefs Edzard Reuter von einem großen Technologiekonzern blieb unerfüllt. 1996 wurde die AEG ganz aufgelöst. Die Hausgeräte-Tochter mit ihren Werken in Herborn, Kassel, Rothenburg ob der Tauber und Nürnberg hatte schon zwei Jahre zuvor Electrolux übernommen.

Damals stand ein Mann namens Carlhanns Damm an der Spitze dieser AEG-Sparte: ein Manager der alten Garde, auf dessen Wort man sich verlassen konnte. Heute ist er 69 Jahre alt und verfolgt von Koblenz aus den Überlebenskampf des Nürnberger Werks. "Mir geht das an die Nieren", sagt Damm. "Aber was da läuft, ist typisch."

Carlhanns Damm, von 1990 bis 1997 AEG-Hausgerätechef, redet sich in Fahrt. "In den Konzernen haben nicht mehr die Techniker, Marketing- oder Vertriebsleute das Sagen, die sich mit den Produkten auskennen und nahe an den Kunden sind, sondern die Pfennigfuchser, denen es um kurzfristige Zahlen geht und sonst um nichts." Manager, die langfristig dächten, die sich voll und ganz mit einem Unternehmen, dessen Produkten und den Mitarbeitern identifizierten, seien rar geworden.

Der schwedische Sparkurs

Nicht nur bei AEG und Electrolux. Deutschland plagt in vielen Branchen ein Markenproblem. Viele Manager wissen mit den eigenwilligen Charakteren ihrer Marken nichts anzufangen. "Sie lassen sich widerstandslos von den großen Handelsketten erpressen und beklagen danach den damit ausgelösten Preisverfall", sagt Damm. Aber die Marke AEG, diese drei Großbuchstaben des deutschen Wirtschaftswunders - kann man die so ohne Weiteres auslöschen? 2002 sperrte Electrolux AEG-Werke in Herborn und Kassel. Im Herdplatten- und Kochmuldenwerk in Rothenburg ob der Tauber und unter den 800 Angestellten der deutschen AEG-Verwaltung herrscht blanke Zukunftsangst. Sind ihre Jobs die nächsten Etappenziele im schwedischen Sparkurs? Im abgelaufenen Quartal sprangen die Electrolux-Gewinne um 22,6 Prozent nach oben. 48 Millionen Euro müssten jährlich in Nürnberg eingespart werden, um hier profitabel zu arbeiten, rechnete Konzernchef Hans Straberg gleichzeitig vor. Die 15 Millionen Euro, welche die Arbeitnehmer anbieten, sind ihm zu wenig.

Das deutsche Electrolux-Management hat sich mit den Nürnberger Beschäftigten auf ein Sanierungsprogramm geeinigt. Die Eckpunkte: Mehrarbeit ohne Lohnausgleich, Abbau von bis zu 700 der 1750 Arbeitsplätze, Investitionen in Technologie und eine Bestandsgarantie für das Werk bis Ende 2010. Das Sagen haben aber nicht die deutschen Manager, sondern die globalen Konzernlenker, die vermutlich am 12. Dezember endgültig den Daumen heben oder senken werden. Die Hoffnungen in Nürnberg halten sich in engen Grenzen.

Die Marke AEG werde man angesichts ihrer Tradition und Strahlkraft unabhängig davon in jedem Fall behalten, heißt es bei Electrolux. Aber wo das Firmenschild mit den drei Großbuchstaben an die Waschmaschinen, Geschirrspüler und Trockner aufgeschraubt wird, ob in Polen oder Nürnberg - das sei doch egal.

Von Uwe Ritzer



Ihr monatelanger Kampf war umsonst. Am Montag kam vom schwedischen Mutterkonzern Electrolux die Hiobsbotschaft für die Beschäftigten des AEG-Werkes in Nürnberg. Der Standort mit 1750 Mitarbeitern wird bis Ende 2007 geschlossen. Anhaltender Preisdruck und die hohen Produktionskosten in Nürnberg waren – wie das Unternehmen mitteilte – ausschlaggebend für den Beschluss, den der Electrolux-Aufsichtsrat getroffen hat. Vielen Mitarbeitern droht die Arbeitslosigkeit. Alternativen gibt es in der Region kaum. AEG war eine der letzten großen Produktionsstätten der einstigen Industriemetropole Nürnberg.

Foto: ddp/J. Koch

Entscheidung des Aufsichtsrats in Schweden

Electrolux macht AEG-Werk in Nürnberg dicht

Standort mit 1750 Mitarbeitern schließt bis 2007 / Verlagerung nach Italien und Polen / IG Metall kündigt Widerstand an

Stockholm/Nürnberg – Das Nürnberger AEG-Hausgerätewerk wird Ende 2007 geschlossen. Dies entschied das Management des schwedischen Mutterkonzerns Electrolux am Montag in Stockholm. 1750 Menschen verlieren damit ihre Arbeitsplätze. In Nürnberg löste die Entscheidung wütende Proteste aus.

Von Gerhard Fischer und Uwe Ritzer

Bei einer Belegschaftsversammlung am Nachmittag kam es nach Angaben von Teilnehmern zu tumultartigen Szenen, als der für die europäischen Produktionsstätten von Electrolux verantwortliche Horst Winkler den Beschäftigten die Entscheidung aus Stockholm erläutern wollte. „Die Leute warfen Trillerpfeifen, Sitzkissen und alles andere, was ihnen in die Hände kam“, schilderte Jürgen Wechsler, stellvertretender AEG-Aufsichtsratsvorsitzender und Vizechef der Nürnberger IG Metall. Winkler habe daraufhin „seine Rede nach nur einem Satz beendet und fluchtartig den Saal verlassen“. Nach einer anschließenden Protestkundgebung vor dem Werkstor machten sich mehr als tausend Menschen zu einer

spontanen Demonstration um das weitläufige Fabrikgelände auf. Unklar ist, ob die Beschäftigten an diesem Dienstag ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Mit seiner Entscheidung folgte der Electrolux-Aufsichtsrat einer entsprechenden Empfehlung des Konzernvorstandes. Begründet wurde der Beschluss damit, dass die Produktionskosten am Standort Nürnberg international nicht mehr wettbewerbsfähig seien. Ursache sei ein rasanter Preisverfall für die dort hergestellten Waschmaschinen, Geschirrspüler und Wäschetrockner von bis zu 15 Prozent in den vergangenen zwei Jahren. Mit jeder Waschmaschine, welche in Nürnberg vom Band laufe, mache Electrolux einen Verlust von 60 Euro; bei Geschirrspülern zahle man 45 Euro drauf.

Vor diesem Hintergrund gebe es zur Werksschließung „mit Blick auf das Gesamtunternehmen keine Alternative“, erklärte der für das Europageschäft von Electrolux zuständige Johan Bygge. Er bedauerte die Entscheidung ausdrücklich. Der Konzern müsse jedoch sicherstellen, dass er angesichts gravierender Umwälzungen auf dem Markt für Weiße Ware wettbewerbsfähig bleibe. Künftig

sollen die bislang in Nürnberg hergestellten Geräte (zuletzt 1,4 Millionen) der Marken AEG, Electrolux, Juno und Zanussi daher in Polen und Italien produziert werden. Die Marke AEG bleibe ungeteilt der Verlagerung erhalten.

Ein vom deutschen Electrolux-Management im November mit der Arbeitnehmerseite ausgehandeltes Konzept für die Fortführung des Betriebes bis mindestens Ende 2010, das unter anderem massiven Lohnverzicht und Mehrarbeit der Beschäftigten vorsah, reichte nach Ansicht der Konzernspitze nicht aus. Die Arbeitnehmerseite habe nicht einmal die Hälfte der notwendigen 48 Millionen Euro Einsparungen pro Jahr anbieten können, sagte ein Unternehmenssprecher.

Der Arbeitsplatzabbau soll in mehreren Etappen erfolgen. Bis Juli 2006 soll die Fertigung im bisherigen Umfang weiterlaufen. Als Ziel nennt Electrolux die Produktion von 1,6 Millionen Geräten im kommenden Jahr. 2007 solle diese Menge halbiert werden. Bereits in den kommenden Tagen will das Management mit dem Betriebsrat Verhandlungen über einen Sozialplan aufnehmen. Wobei alle Zeichen in Nürnberg auf einen harten Arbeitskampf hindeuten. Betriebsratsvor-

sitzender Harald Dix sagte, er gehe davon aus, „dass Anfang Januar der Kampf mit Streiks beginnt“. IG Metall-Vize Wechsler drohte, die vom Konzern veranschlagten 250 Millionen Euro an Schließungskosten würden „bei weitem nicht ausreichen.“

Er und andere Gewerkschaftsvertreter kündigten Electrolux darüber hinaus harte Auseinandersetzungen an. „Wir werden Electrolux in Deutschland und Europa verfolgen und die Öffentlichkeit wachrütteln“, sagte Wechsler und rief zu einem Käuferboykott auf. Der bayerische DGB-Chef Fritz Schösser forderte schärfere Gesetze, welche die Möglichkeiten internationaler Konzerne zur Verlagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer erschweren müssten. Der bayerische Wirtschaftsminister Erwin Huber (CSU) sprach von einem „schmerzlichen Schlag für die Region Nürnberg“.

Wobei es nicht nur Nürnberg trifft. Im Zuge der Ankündigung von Electrolux, ein gutes Dutzend Werke in Hochlohnländern zu schließen und die Produktion nach Osteuropa zu verlagern, steht nun auch ein Waschmaschinen- und Geschirrspülerwerk im schwedischen Torsvik auf dem Prüfstand. (Seite 4, Bayern)

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 13.12.2005, Ausgabe Deutschland, S. 19 / Ressort: Wirtschaft

Entscheidung des Aufsichtsrats in Schweden

Electrolux macht AEG-Werk in Nürnberg dicht

Standort mit 1750 Mitarbeitern schließt bis 2007 / Verlagerung nach Italien und Polen / IG Metall kündigt Widerstand an

Stockholm/Nürnberg - Das Nürnberger AEG-Hausgerätewerk wird Ende 2007 geschlossen. Dies beschloss die Spitze des schwedischen Mutterkonzerns Electrolux am Montag in Stockholm. 1750 Menschen verlieren damit ihre Arbeitsplätze. Vor Ort löste die Entscheidung wütende Proteste aus.

Bei einer Belegschaftsversammlung am Nachmittag kam es nach Teilnehmerangaben zu tumultartigen Szenen, als der für die europäischen Produktionsstätten von Electrolux verantwortliche Horst Winkler den Beschäftigten die Entscheidung aus Stockholm erläutern wollte. "Die Leute warfen Trillerpfeifen, Sitzkissen und alles andere, was ihnen in die Hände kam", schilderte Jürgen Wechsler, stellvertretender AEG-Aufsichtsratsvorsitzender und Vize-Chef der Nürnberger IG Metall. Winkler habe daraufhin "seine Rede nach nur einem Satz beendet und fluchtartig den Saal verlassen." Nach einer anschließenden Protestkundgebung vor dem Werkstor machten sich über 1000 Menschen zu einer spontanen Demonstration um das weitläufige Fabrikgelände auf. Unklar ist, ob die Beschäftigten an diesem Dienstag ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Mit seiner Entscheidung folgte der Electrolux-Aufsichtsrat einer entsprechenden Empfehlung des Konzernvorstandes. Begründet wurde der Beschluss damit, dass die Produktionskosten am Standort Nürnberg international nicht mehr wettbewerbsfähig seien. Ursache sei ein rasanter Preisverfall für die dort hergestellten Waschmaschinen, Geschirrspüler und Wäschetrockner von bis zu 15 Prozent in den vergangenen zwei Jahren. Mit jeder Waschmaschine, welche in Nürnberg vom Band laufe, mache Electrolux einen Verlust von 60 Euro; bei Geschirrspüler zahle man 45 Euro drauf.

Vor diesem Hintergrund gebe es zur Werksschließung "mit Blick auf das Gesamtunternehmen keine Alternative", erklärte der für das Europageschäft von Electrolux zuständige Johan Bygge. Er bedauerte die Entscheidung ausdrücklich. Der Konzern müsse jedoch sicher stellen, dass er angesichts gravierender Umwälzungen auf dem Markt für Weiße Ware wettbewerbsfähig bleibe. Künftig sollen die bislang in Nürnberg hergestellten Geräte (zuletzt 1,4 Millionen) der Marken AEG, Electrolux, Juno und Zanussi daher in Polen und Italien produziert werden. Die Marke AEG bleibe ungeachtet der Verlagerung erhalten.

Ein vom deutschen Electrolux-Management im November mit der Arbeitnehmerseite ausgehandeltes Konzept für die Fortführung des Betriebes bis mindestens Ende 2010, das unter anderem massiven Lohnverzicht und Mehrarbeit der Beschäftigten vorsah, reichte nach Ansicht der Konzernspitze nicht aus. Die Arbeitnehmerseite habe nicht einmal die Hälfte der notwendigen 48 Millionen Euro Einsparungen pro Jahr anbieten können, sagte ein Unternehmenssprecher.

Der Arbeitsplatzabbau soll in mehreren Etappen erfolgen. Bis Juli 2006 soll die Fertigung im bisherigen Umfang weiterlaufen. Als Ziel nennt Electrolux die Produktion von 1,6 Millionen Geräten im kommenden Jahr. 2007 solle diese Menge halbiert werden. Bereits in den kommenden Tagen will das Management mit dem Betriebsrat Verhandlungen über einen Sozialplan aufnehmen. Wobei alle Zeichen in Nürnberg auf einen harten Arbeitskampf hindeuten. Betriebsratsvorsitzender Harald Dix sagte, er gehe davon aus, "dass Anfang Januar der Kampf mit Streiks beginnt." IG Metall-Vize Wechsler drohte, die vom Konzern veranschlagten 250 Millionen Euro an Schließungskosten würden "bei weitem nicht ausreichen."

Er und andere Gewerkschaftsvertreter kündigten Electrolux darüber hinaus harte Auseinandersetzungen an. "Wir werden Electrolux in Deutschland und Europa verfolgen und die Öffentlichkeit wachrütteln", sagte Wechsler und rief zu einem Käuferboykott auf. Der bayerische DGB-Chef Fritz Schösser forderte schärfere Gesetze, welche die Möglichkeiten internationaler Konzerne zur Verlagerung von Produktionsstätten in Billiglohnländer erschweren müssten. Der bayerische Wirtschaftsminister Erwin Huber (CSU) sprach von einem "schmerzlichen Schlag für die Region Nürnberg".

Wobei es nicht nur Nürnberg trifft. Im Zuge der Ankündigung von Electrolux, ein gutes Dutzend Werke in Hochlohnländern zu schließen und die Produktion nach Osteuropa zu verlagern, steht nun auch ein Waschmaschinen- und Geschirrspülerwerk im schwedischen Torsvik auf dem Prüfstand. (Seite 4, Bayern)

Von Gerhard Fischer und Uwe Ritzer

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 13.12.2005, Ausgabe Deutschland, S. 36 / Ressort: München/Bayern

Electrolux senkt den Daumen: Aus für AEG-Produktion in Nürnberg

Wütende Belegschaft attackiert Europachef

Turbulente Szenen bei Betriebsversammlung - OB Maly wirft Konzern fehlende "soziale Verantwortung" vor

Nürnberg - Horst Winkler blieben nur wenige Sätze, dann musste der Europachef von Electrolux das Rednerpult fluchtartig verlassen. Die Wut der 1750 Beschäftigten des AEG-Hausgerätewerks in Nürnberg drohte zur Gefahr für seine körperliche Unversehrtheit zu werden. Zu diesem Zeitpunkt wussten alle schon, wie es um ihre berufliche Zukunft steht. Die Botschaft aus der Zentrale in Stockholm ließ sich auf die einfache Formel bringen: Von Ende 2007 an wird es in Nürnberg keine Produktion von AEG mehr geben. Davon sind alle 1750 Mitarbeiter in der Produktion betroffen, Verwaltung und Vertrieb sollen in Nürnberg bleiben. Erklärungen des Abgesandten aus der Brüsseler Europazentrale zu dieser Hiobsbotschaft wollten sich die Betroffenen nicht mehr anhören.

Die Szene spielte sich einer Betriebsversammlung hinter verschlossenen Türen ab. Draußen vor dem Werkstoren erntete dafür Jürgen Wechsler lautstarken Zuspruch, als er ankündigte: "Wir werden Electrolux in den nächsten Monaten ordentlich verprügeln". Nun, da alles entschieden ist, geht es dem stellvertretenden Bevollmächtigten der IG Metall in Nürnberg darum, in einem Sozialplan möglichst viel für die von der Kündigung bedrohten AEG-Werker herauszuschlagen. In Zeiten von Hartz IV scheint ihm ein passables Verhandlungsergebnis notwendiger denn je. Dass in den kommenden Wochen und Monaten keine geregelte Produktion in dem Nürnberger Werk mehr möglich sein wird, ist Wechslers Drohung zu entnehmen, man werde zu Streiks aufrufen. Das anhaltende Pfeifkonzert der Belegschaft macht klar, wie hoch die Bereitschaft zu Arbeitsniederlegungen ist.

"Das ist ein wieder mal ein bitterer Tag für den Industriestandort Nürnberg und es ist ein noch bitterer Tag für die betroffenen Beschäftigten", sagte der Nürnberger Wirtschaftsreferent Roland Fleck (CSU). Ihn störe vor allem an der Entscheidung aus Schweden, dass ein fundiertes Einsparpaket, das vor Ort erarbeitet wurde, von den Schweden einfach in den Wind geschlagen wurde. Die AEG-Mitarbeiter hätten unter den herrschenden Umständen kaum Chancen, anderswo wieder Jobs zu finden, zumal es sich dabei häufig um an- oder umgelernte Mitarbeiter handle. Fleck hielt der Gewerkschaft vor, sie sei zu lange auf Konfrontationskurs geblieben: "Wenn die IG Metall und der Betriebsrat sich vor einem Jahr zu den Zugeständnissen entschlossen hätten, zu denen sie nun seit wenigen Wochen bereit sind, dann hätte man Nürnberg unter Umständen aus der Diskussion um eine Schließung heraus halten können."

Er glaube nicht, dass es am Ende nur rein rationale Überlegungen waren, die zum Schließungsbeschluss führten, erklärte Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD). "Wir kannten ja auch die Stundenkostentableaus aller europäischen Werke und mit dem, was Belegschaft und Gewerkschaft zuletzt angeboten haben, hätte Nürnberg im Konzert mit den anderen Standorten durchaus bestehen können, Polen einmal ausgenommen", sagte Maly. Ihn ärgere auch, dass Electrolux jedes Gespür für ein Werk vermissen lasse, das seit 80 Jahren Topqualität produziert habe. Wenn Electrolux jetzt behauptete, die Produktion müsse den neuen Absatzmärkten in Osteuropa folgen, müsse sich der Konzern umgekehrt fragen lassen, wer in den alten Staaten der EU in Zukunft noch das Geld habe, um die Markenerzeugnisse zu kaufen. "Da zeigt sich wiederum, dass bei der Entscheidung die soziale Verantwortung überhaupt keine Rolle spielte", meinte Maly.

"Natürlich wissen wir um die hohen Arbeitskosten in Deutschland, die im Prozess der Globalisierung zum Problem geworden sind, dennoch hätten wir von Electrolux ein Stück mehr Kompromissbereitschaft erwartet", erklärte der Hauptgeschäftsführer der IHK-Nürnberg-Mittelfranken. Kritik auch von Nürbergs Sozialreferent Rainer Prölß: "Die Verbraucher werden sich in Zukunft überlegen müssen, wie sie mit den Produkten dieser weltweiten Unternehmenskonzerne umgehen." Er müsse davon ausgehen, dass ein Teil der von der Werkschließung betroffenen Menschen nach der einjährigen Zahlung von Arbeitslosengeld in die Hartz-IV-Regelung fallen werde. "Wenn die Konjunktur anspringt, wäre das schön, aber ich bin nicht so blauäugig, zu glauben, dass alle AEG-Mitarbeiter in absehbarer Zeit neue Jobs finden", sagte Prölß.

Ersatzarbeitsplätze sind auch aus Sicht des Fürther Oberbürgermeisters Thomas Jung (SPD) nicht auf dem Markt. Ein Teil der Belegschaft des Hausgerätewerks, das nahe an der Stadtgrenze Nürnberg-Fürth liegt, kommen aus der Nachbarstadt. "Wir haben zwar eine Vielzahl mittelständischer Betrieb, doch die können höchstens in Einzelfällen Stellen anbieten", sagte Jung. Wirtschaftsminister Erwin Huber (CSU) kündigte an, die Staatsregierung werde "weitere Anstrengung unternehmen, die ausgesprochenen Stärken der Region in Bereichen wie der Medizintechnik und den Neuen Werkstoffen, auszubauen".

Von Peter Schmitt und Uwe Ritzer

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 13.12.2005, Ausgabe Deutschland, S. 36 / Ressort: München/Bayern

"Dieser Betrieb gehört doch auch mir"

Zwischen vagem Hoffen und banger Ahnung - der schlimmste Tag im Leben des AEG-Beschäftigten Roland Weiß

Nürnberg - Roland Weiß hat schlecht geschlafen in dieser Nacht. Genauso wie in den vergangenen Wochen und Monaten. Seelisch, sagt er, ist er ein Wrack - so kenne er sich gar nicht. Körperlich ist die Sache nicht viel besser: Bei den ganzen Veranstaltungen in der Kälte vor dem Werkstor hat Weiß sich eine Lungenentzündung zugezogen. Er gehöre ins Bett, sagt sein Arzt. Er gehöre ans Werkstor, sagt Weiß. Es ist 12.10 Uhr. In 20 Minuten ist Telefonkonferenz des Betriebsrats. Vierzig Minuten später tagt der Wirtschaftsausschuss; dann werden sie es wissen. Danach ist die Kundgebung anberaumt, an der Muggenhofer Straße. "Ich hab ein scheißflaues Gefühl im Magen", sagt Weiß. Er hoffe nur, dass keiner die Beherrschung verliere - so oder so.

Seit 28 Jahren arbeitet Weiß im Betrieb. Auf den Tag genau kann er das sagen. Am 12. April 1978 Dienstantritt bei der AEG, genau zwei Tage nach seinem 18. Geburtstag. Weiß ist bestimmt keiner, der zu Pathos neigt. Aber dieses Werk, sagt er, "das gehört doch auch mir". 28 Jahre in Nürnberg: Es fängt an am Fließband, in der Waschmaschinen-Montage. Weiß schraubt Motoren in die Ware, kein Beruf eigentlich für einen gelernten Landmaschinen-Mechaniker. Später ist Weiß Staplerfahrer, danach in der Heizstab-Fertigung, später im Geschirrspüler-Labor. Sein Vater hat schon Stapler gefahren für die AEG. Die beiden Söhne von Roland Weiß wollten da auch hin. Ihr Vater aber hat gesagt, sie sollen erstmal ein Handwerk lernen. Sie sind dann beide nicht zur AEG.

Es ist 12.25 Uhr. "Die werden das hier dicht machen", sagt Weiß, "der Konzern hat sich weit aus dem Fenster gelehnt." Wenn jetzt nichts passiere, "verlieren die ihr Gesicht". Weiß ist Betriebsrat, ein Aufsässiger, ihn kennen sie in der Region. "Mich wird hier keiner mehr nehmen", sagt er. Eine Stunde später, vor dem Werkstor. Es ist aus. Kreidebleich und mit geröteten Augen steht Weiß, 46, am Werkszaun, hinter ihm blasen sie ihre Wut in Trillerpfeifen. "Ich bin einfach nur geschockt", sagt Weiß mit brüchiger Stimme. Natürlich, er hatte es erwartet, alle hatten es erwartet in den letzten Tagen. Aber jetzt, da ihnen die Konzernchefs das Aus wirklich verkündet haben, ist da plötzlich dieses Loch.

Wochenlang habe er sich darauf vorbereitet, sagt Weiß, aber wo es nun tatsächlich so weit ist, "da zieht es dir einfach nur den Boden unter den Füßen weg". Seine Frau arbeitet nur halbtags. Einer der beiden Söhne ist noch in der Ausbildung - zum Glück nicht bei AEG. Wie es jetzt weitergeht? "Fragen Sie mich in zwei Jahren nochmal", drückt Weiß noch hervor. Dann lacht er. "Wenn ich das einmal nicht mehr kann, dann haben sie gewonnen." Sie, das sind die Herren in Stockholm und Brüssel.

Von Olaf Przybilla

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 13.12.2005, Ausgabe Deutschland, S. 4 / Ressort: Meinungsseite

Lehren aus Nürnberg

Das AEG-Werk wird geschlossen - trotzdem war die von der IG Metall gezeigte Flexibilität richtig

Es sind bittere Nachrichten: Das traditionsreiche AEG-Werk Nürnberg wird nun doch geschlossen, der schwedische Electrolux-Konzern als Eigentümer ist unerbittlich. Wieder verlieren 1750 Arbeitnehmer ihren Job, wieder wächst die Zukunftsangst. Die IG Metall war in Nürnberg beweglich und bot Zugeständnisse an, die zu substantiellen Kostensenkungen geführt hätten. Es soll wegen dieser Zugeständnisse sogar schon Proteste unter den Betroffenen gegeben haben. Aber alles half nichts: Ende 2007 wird die Fabrik geschlossen.

Zunächst einmal hat Electrolux bei der ganzen Auseinandersetzung keine besonders gute Figur gemacht. Der Betriebsrat und das deutsche Management hatten noch im November gemeinsam ein Konzept zur Rettung des Standorts vorgelegt, das massive Lohneinschüttungen, Mehrarbeit und Investitionen in Nürnberg vorsah. Aber das spielte zum Schluss gar keine Rolle mehr. Der Konzern hatte durch umfangreiche Investitionen in Osteuropa selbst für Überkapazitäten gesorgt, die nun den Preisdruck für Waschmaschinen, Geschirrspüler und Wäschetrockner verstärken. Und schließlich konnten die Manager nicht den Eindruck vermeiden, als hätten bei der Entscheidung andere als rein sachliche Gründe eine Rolle gespielt, als seien die Schließungen auch politisch zwischen Schweden, Deutschland, Osteuropa und Italien austariert worden.

Die Schließung des AEG-Werks hat eine Bedeutung weit über den Einzelfall Nürnberg hinaus. Letztlich war es der Preisverfall der vergangenen zwei Jahre, der für die Fabrik das Aus gebracht hat. Die sinkenden Preise für Haushaltsgeräte - die die deutschen Konsumenten auf der anderen Seite freuen - setzen die Produzenten unter einen ungeheuren Druck. Fabriken in Osteuropa sind billiger und oft gleich gut. Den Konsequenzen kann sich niemand mehr entziehen. So müssen sich die Hersteller und die Arbeitnehmervertreter darauf einstellen, dass normale Waschmaschinen in Deutschland bald nicht mehr gebaut werden. Die Erfahrung anderer Branchen wiederholt sich: Wer innovative Produkte besonderer Qualität anbietet, überlebt, wer Massenware herstellt, verschwindet.

Die Entwicklung kann durch Zugeständnisse der Arbeitnehmer bei Lohn und Arbeitszeit verlangsamt werden; ob es gelingt, sie zu stoppen, bleibt offen. Die Erfahrungen mit den Handys bei Siemens und den Reifen bei Continental machen hier skeptisch. Aber der Versuch, durch Flexibilität Arbeitsplätze zu erhalten, lohnt sich allemal. Und wenn er nur dazu führt, Zeit zu gewinnen.

Die Strategie der IG Metall in Nürnberg war daher richtig. Nur kamen die Zugeständnisse relativ spät. Und dies ist wieder ein grundsätzliches Problem. Seit dem Tarifvertrag von Pforzheim 2004 haben die Gewerkschaften den Spielraum für betriebliche Bündnisse erheblich erweitert - nur setzt die Beweglichkeit eben erst dann ein, wenn es (fast) zu spät ist. Versucht ein Unternehmen, rechtzeitig Beschäftigung zu sichern, also dann, wenn die Gewinne zwar sinken, aber immer noch vorhanden sind, stößt es meist auf harten Widerstand.

Das Problem lässt sich nicht in den Kategorien nationaler Verteilungskämpfe begreifen. Wenn sich ein deutsches Unternehmen damit abfindet, dauerhaft weniger Geld zu verdienen als die ausländische Konkurrenz, hat es schon verloren. Es hilft auch nichts, die Verhandlungen über Sozialpläne von den Betrieben auf die Verbandsebene zu hieven, so wie die IG Metall dies jetzt mit ihren Sozialtarifverträgen fordert. Wer Industriearbeitsplätze in Deutschland halten will, muss an den Arbeitskosten ansetzen, wer neue schaffen will, muss Innovation und Wirtschaftswachstum fördern. Prinzipiell muss Deutschland natürlich seine ökonomischen Probleme überwinden. Das ist langfristig der einzige Weg, auch wenn diese Erkenntnis den Arbeitern in Nürnberg kurzfristig nicht viel bringt.

Von Nikolaus Piper

Der Kampf beginnt

Spontanstreik und hitzige Appelle – der Betriebsrat will Electrolux einen Sozialtarifvertrag abtrotzen

Von Uwe Ritzer

Nürnberg – Die Fahne fällt um fünf vor halb elf. Zwei Männer der Werksfeuerwehr sind auf das Pförtnerhäuschen geklettert und holen das weiße Tuch mit dem blauen „Electrolux“-Schriftzug ein. Stattdessen ziehen sie eine uralte AEG-Fahne auf, rot-weiß, und mit dem legendären Werbeslogan „Aus Erfahrung gut“. Vor Vergnügen johrend und pfeifend, die Fotohandys gezückt, verfolgen mehrere hundert Mitarbeiter des Nürnberger AEG-Werkes das Schauspiel. „Anzünden, anzünden!“ schreien einige im Chor, aber so weit kommt es dann doch nicht. Das Electrolux-Tuch wird schadlos weggeräumt.

Hitzig bleibt sie gleichwohl, die Stimmung im AEG-Werk an der Muggenhofstraße. Nicht einmal 24 Stunden, nachdem der schwedische Mutterkonzern Electrolux das Aus für die Waschmaschinen-, Geschirrspüler- und Wäschetrocknerfabrik mit ihren 1750 Beschäftigten bis Ende 2007 verkündet hat, sind die Frühschichtler am Dienstag pünktlich um sechs Uhr zur Arbeit angetreten – um sie kurz darauf wieder hinzuerfen. Gruppenweise seien die Leute zu ihm ins Büro gekommen, um ihrem Ärger Luft zu machen und zu fragen, wie es nun weitergehe, erzählt der Betriebsratsvorsitzende Harald Dix. Also mächte er aus dem wilden Streik eine rechtlich korrekte Informationsveranstaltung am Werkstor. Von einer Gitterpalette aus, die ein Gabelstapler hochhievt, verbreiten Dix und der Nürnberger IG Metall-Vize Jürgen Wechsler vor allem Durchhalteparolen. „Wir werden einen harten Kampf führen müssen, denn Electrolux wird uns nichts schenken“, sagt Dix. Wechsler appelliert an den „langen Atem“ und stimmt auf kalte Nächte des Streiks und der Werksblockade ein, welche im Januar bevorstehen.

Ungeachtet solch gewerkschaftlicher Kampfesrhetorik deutet tatsächlich vieles auf harte Auseinandersetzungen um einen Sozialtarifvertrag hin. Gestern Abend tagte in Nürnberg die 51-köpfige Tarifkommission der IG Metall und erhob im Kern drei Forderungen an Electrolux. Erstens: Hohe Abfindungen für alle 1750 Betroffenen. Zweitens: Großzügige Vorrustungs- und Altersteilzeitregelungen für ältere Beschäftigte. Und dritt-



„Keine Lust mehr, für Electrolux Produkte herzustellen“: Mitarbeiter hissen eine alte AEG-Fahne.

Foto: dpa

tens: Qualifizierungsangebote für alle anderen, etwa in Form einer Beschäftigungsgesellschaft. Darüber will man bis zum Jahreswechsel mit dem Management verhandeln. Am Ende steht eine Einigung oder – was viel wahrscheinlicher ist – ein Arbeitskampf.

Gestern gingen die Betroffenen nach ihrem Spontanstreik nach Hause – mit ausdrücklicher Duldung des Werkleiters. „Die Leute haben keine Lust mehr, für Electrolux Produkte herzustellen“, sagt Jürgen Wechsler. Vom Gabelstapler aus versichert er immer wieder, man werde den Standort nicht aufgeben. Auch die große Tradition der drei Großbuchstaben und des 83 Jahre alten Nürnberger Werkes beschwört der Gewerkschafter. Doch auch er muss einräumen, dass der Electrolux-Konzern noch niemals eine Entscheidung im Nachhinein wieder gekippt hat. Also geht es wohl nur noch darum, das Maximale für die Beschäftigten herauszuholen.

Die Verbitterung geschürt hat Electrolux-Europachef Johan Bygge, der erklärt hatte, man müsse auf jede in Nürnberg zusammengebaute Waschmaschine 60 und auf jeden Geschirrspüler 40 Euro drauflegen, weshalb die Fabrik nicht mehr wettbewerbsfähig sei. Das sei „eine Lüge“, sagt Wechsler und beruft sich auf anders lautende Zahlen des deutschen Electrolux-Managements. Bayerns IG Metall-Chef Werner Neugebauer wirft den „schamlosen und charakterlosen Herren“ in Schweden vor, Nürnberg geopfert zu haben, obwohl ein gemeinsames Rettungskonzept des deutschen Managements und der Arbeitnehmer die Fabrik auf der Kostenseite „völlig konkurrenzfähig“ gemacht hätte.

Unterdessen geht in Nürnberg die Angst um, dass es nicht beim Verlust der 1750 Arbeitsplätze bleiben wird. Auch zwei von AEG abhängige Zulieferer (insgesamt 150 Beschäftigte), ein Kabelbaumhersteller und eine Kunststoffspritzerei, drohen in den Sog zu geraten. Zukunftsangst grässt auch unter den 800 Verwaltungsangestellten von AEG und Electrolux vor Ort. 100 weitere Jobs in der Entwicklung würden bald nach Italien verlagert, munkelt man. So warnt Nürnbergs OB Ulrich Maly wohl nicht von ungefähr seit Monaten, es gehe in letzter Konsequenz um bis zu 3000 Arbeitsplätze. (Wirtschaft)

Eigentum verpflichtet doch nicht

Weil die Firmen Kosten senken wollen, gehen täglich hunderte Jobs verloren

Von Jonas Viering

Die Schreckensmeldungen ähneln sich, und es werden immer mehr. Continental schließt seine Reifenfabrik im niedersächsischen Stöckern und will 320 Jobs streichen – obwohl der Konzern satte Gewinne macht, fast 15 Prozent. Im Aufsichtsrat wollen die Arbeitnehmervertreter am heutigen Mittwoch Alarm schlagen; vermutlich vergebens. In Nürnberg protestieren 1750 Mitarbeiter von AEG, weil der schwedische Mutterkonzern Electrolux das Aus für das Traditionswerk verkündet hat. Auch hier ist der Konzern profitabel. In der florierenden Versicherungsbranche sind Arbeitsplätze in Gefahr, auch bei der Allianz sind Streichungen im Gespräch. Und die Telekom will trotz Milliardengewinnen 32 000 Stellen streichen. Ein hässliches Bild entsteht: Personalabbau trotz Profit.

Alle sollten sich mehr anstrengen, fordern viele Firmenchefs – anstrengen für den Standort Deutschland. Doch die Beschäftigten in den von Stellenstreichungen betroffenen Unternehmen haben sich angestrengt. Genutzt hat es wenig. Bei AEG hat die IG Metall vergebens angeboten, dass die Beschäftigten für 17 Prozent weniger Geld arbeiten würden. Bei Conti hatte die Chemiegewerkschaft längst einer Verlängerung der Arbeitszeit auf vierzig Wochenstunden zugesimmt, natürlich ohne höhere Löhne. Das sollte die Beschäftigung sichern; ein Tausch, hart aber fair. Nach wenigen Monaten hat das Management diese Vereinbarung einfach aufgekündigt.

Dies könnte, in Verbindung mit all den anderen betrieblichen Konflikten, Folgen haben, die auch für Arbeitgeber unangenehm sind: Gerade gemäßigte Gewerkschafter wie die der Chemiebranche geraten gegenüber den empörten Mitgliedern langsam in Erklärungsnot. In der soeben anlaufenden Tarifrunde der Metallindustrie geht es auch um die Fortführung des Abkommens von 2004, das betriebliche Abweichungen vom Flächentarif erleichtert hatte. Die gewerkschaftsinternen Gegner dieser Regelung können sich nun auf den Fall Conti berufen. Das wäre fatal. Denn unter dem Strich hat es den Beschäftigten in Deutschland genutzt, dass das gern als starr gescholtene deutsche Tarifsystem flexibler geworden ist und kriselnden Unternehmen Erleichterungen bei den Arbeitskosten erlaubt.

Kommt jetzt trotz solcher Anpassungen eine brutale Form des Kapitalismus? Wirtschaftsvertreter weisen derlei Szenarien zurück – und argumentieren nicht allein ökonomisch. Sie haben erkannt, dass es in der aufkommenden Debatte um Werte geht. „Gewinn ist ein moralisch gebotenes Unternehmensziel, weil nur dann Arbeitsplätze möglich sind“, sagt Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bun-



Vom Erwerb eines Glühlampen-Patentes 1883 über die Montage von Waschmaschinen in den 50er Jahren entwickelte sich die AEG zu einem Elektrokonzern mit 180 000 Angestellten. Nun wird das Werk in Nürnberg geschlossen.

dpa/ddp

desvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Zu teure Fertigung in einem Werk könne langfristig einen ganzen Konzern gefährden, selbst wenn dieser aktuell noch Gewinn mache. „Es kann ein Gebot sozialer Verantwortung für die übrigen Beschäftigten eine Konzerns sein, wenn man unrentable Arbeitsplätze streicht.“ Sei ein Betrieb erst in den roten Zahlen, könne es bereits zu spät sein. Tatsächlich bilden Gewinne die Vergangenheit ab, während Personalabbau die Zukunft beeinflussen soll.

Mancher Manager fühlt sich selbst als Getriebener: Um auf den globalen Kapitalmärkten als Firma zu bestehen und nicht zum Übernahmekandidaten zu werden, müssen die Gewinne hoch sein, heißt es – manchmal unverschämt hoch.

Dies steckte auch hinter den Plänen der Deutschen Bank, die Anfang des Jahres zugleich Gewinnanstieg und Personalabbau verkündete. Die Deutsche Bank wollte nicht zum Übernahmekandidaten werden, wie die HypoVereinsbank es wurde.

Es ist ein Dilemma: Gewinne sind nötig – sollten aber den Menschen dienen, statt Entlassungen nötig zu machen. In den Vorstandsetagen wuchere „ein Krebsgeschwür“, empört sich Dietmar Hexel, Mitglied des DGB-Vorstands. „Es geht nicht mehr um gute Produkte und Dienstleistungen, sondern um eine möglichst hohe Netto-Rendite. Das ist eine Fehlsteuerung.“ Profite seien nichts Schlechtes. Aber Unternehmen müssten den Mut haben, „auch mal Durststrecken“ durchzustehen, statt gleich Perso-

nal abzubauen. Und: Heute seien Manager überzeugt, jeder Unternehmenszweig, jedes einzelne Werk müsse auch allein profitabel sein. Vernünftiger sei es jedoch, wenn das Hoch bei einem Standort die Delle beim anderen ausgleiche, meint Hexel. „Unter dem Strich muss der Konzern aber natürlich Gewinn machen.“

In Nürnberg demonstrieren nun die AEG-Arbeiter voller Verzweiflung. Mehr als einen Sozialplan, der den Absturz in die Arbeitslosigkeit dämpft, werden sie wohl nicht mehr erreichen. So mancher linke Gewerkschafter wird zum Verfassungspatrioten. Denn im Grundgesetz steht er ja, der so große und so schwierige Anspruch: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

„Wirtschaft ist für Menschen da“

Bischof Marx zum Arbeitsmarkt

Reinhard Marx, Bischof von Trier, gilt als renommierter Sozialethiker der katholischen Kirche. Er bezweifelt, dass deutsche Konzerne die Arbeitnehmerinteressen ausreichend berücksichtigen.

SZ: Ist der Satz von Papst Johannes Paul II., dass die Arbeit vor dem Kapital steht, nur noch ein frommer Wunsch?

Marx: Er bleibt richtig, weil die Wirtschaft für den Menschen da ist und nicht umgekehrt. Und wenn die Kapitalverwertungsinteressen eine solche Dominanz gewinnen, dann habe ich Sorge um die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft. Kapitalinteressen sind berechtigt, aber sie können nicht die einzigen Interessen sein. Eine Orientierung einzig am *Shareholder Value* ist auch ökonomisch nicht sinnvoll. Deswegen vertritt die Sozialethik die Forderung, dass alle Interessen bei einer unternehmerischen Entscheidung berücksichtigt werden müssen: die der Arbeitnehmer, der Kunden, der Menschen in einer Region.

SZ: Die Unternehmen sagen aber: Für den weltweiten Wettbewerb reicht eine Umsatzrendite von zehn Prozent nicht mehr aus. Wenn wir nicht Verantwortung für unser Kapital tragen, geht das Unternehmen unter, mitsamt allen Arbeitsplätzen.

Marx: Wer leichtfertig in die Pleite wirtschaftet, handelt natürlich nicht ethisch korrekt. Aber ich muss auch fragen dürfen: Wurde wirklich alles getan, um Arbeitsplätze zu erhalten? Da habe ich Zweifel. Mir haben Manager schon ganz offen gesagt: Mein Ziel ist es nicht, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern die Rendite zu erhöhen. Soll das unser Ziel sein: Mehr Rendite, weniger Arbeitsplätze? Das kann politisch doch nicht gewollt sein.

Süddeutsche Zeitung
14.12.2005

Im Jahr 2005 angekündiger Stellenabbau ausgewählte Firmen in Deutschland	
Deutsche Telekom	Agfa Photo
32 000	1700
Opel	IBM
9000	1600
KarstadtQuelle	Hewlett-Packard
5700	1500
Walter Bau	Ford
3000	1300
HypoVereinsbank	Grohe
2400	1240
Generali	Linde
2000	1163
Deutsche Bank	Miele
1920	1100
AEG	Hamburg-Mannheimer
1750	1000

SZ: Im globalen Wettbewerb geht das nicht anders, sagen viele Ökonomen.

Marx: Da wird oft so getan, als gebe es wirtschaftliche Naturgesetze, denen man sich nur unterwerfen könne, ohne sie mitzustalten. Als Kirchenmann sage ich: Es gibt in der Ökonomie Dogmen, die nicht mehr diskutiert oder in Frage gestellt werden dürfen. Die Kapitalrendite muss höher und höher werden, basta. Wenn eine Bank von einem Gläubiger 18 oder 20 Prozent Zinsen im Jahr verlangen würde, dann wäre das Wucher.

SZ: Was können da die christlichen Kirchen tun, außer zu klagen?

Marx: Wir müssen darauf hinweisen, dass etwas falsch läuft. Die Verschränkung von Einzelinteressen und Gemeinwohl muss neu diskutiert werden. Natürlich gibt es in einer Marktwirtschaft immer die „schöpferische Zerstörung“, wie es der Ökonom Schumpeter formuliert hat. Wenn diese nur die Arbeitnehmer trifft, dann stimmt etwas nicht. Das ist inakzeptabel!

SZ: Sagen Sie so etwas den Managern, denen Sie begegnen?

Marx: Ja. Ich sage ihnen, dass wir auf der Seite der Entlassenen stehen. Und dass ich mir vorstellen könnte, als Pfarrer mit ihnen auf die Straße zu gehen.

Interview: Matthias Drobinski

Kühler Analytiker

IG Metaller Jürgen Wechsler kämpfte für das AEG-Werk – vergeblich

Es ist eine Gratwanderung, die Jürgen Wechsler seit Monaten unternimmt. Wenn er von improvisierten Podien am Tor des Nürnberger AEG-Werkes aus leidenschaftlich die „Raffgier der Electrolux-Manager“ geißelt und derb damit droht, den Mutterkonzern Electrolux „kräftig zu verprügeln“, dann hört sich das zwar wild an, entspricht aber nur bedingt dem Naturell des 50-jährigen Gewerkschafters. Der Vizechef der Nürnberger IG Metall und des AEG-Aufsichtsrates will so der Empörung jener 1750 Menschen ein Ventil verschaffen, die nun bis Ende 2007 ihre Arbeitsplätze verlieren werden. Außer Kontrolle soll die erhitzte Stimmung aber nicht geraten. Dafür ist Jürgen Wechsler zu wenig heißblütiger Scharfmacher und zu sehr kühler Analytiker und Strategie.

Im Kampf um die letzten Hausgeräte-Reste der AEG ist der Raucher vieler selbstgedrehter Zigaretten das Gehirn und der Lenker auf der Arbeitnehmerseite. Sein Hauptziel, das Nürnberger Werk zu retten, hat er zwar nicht erreicht. Von Anfang an fürchtete er, die Fabrik werde nicht aus ökonomischen Gründen geschlossen, sondern um freie Kapazitäten in neuen polnischen Werken zu füllen, welche die Electrolux-Spitze in völliger Verkenntnis der Wirklichkeit zusätzlich geschaffen hat.

Also suchte der Gewerkschafter den Schulterschluss mit dem deutschen Management des schwedischen Weltkonzerns. Mit diesem handelten er und der örtliche Betriebsratschef Harald Dix ein gemeinsames Rettungskonzept für die Nürnberger Fabrik aus. Man zog plötzlich an einem Strang. Dass sich die Arbeitnehmerseite dabei mit Zugeständnissen bis an die Schmerzgrenze verbog, hat Wechsler in Gewerkschaftskreisen auch viel Kritik eingebracht. Aber der Taktiker hatte erkannt, dass – wenn überhaupt – nur so eine ökonomische Basis für den Fortbestand des Werkes gelegt werden konnte. Beiläufig setzte er damit auch die Electrolux-Konzernspitze unter Zugzwang. Sie hat nun mit ihrem Beschluss, das Werk trotz alledem zu schließen, auch ihr eigenes deutsches Management bis auf die Knochen blamiert. Nun kämpft Wechsler darum, im Gegenzug

für den Jobverlust das Höchstmögliche für die Beschäftigten herauszuholen. Er weiß, wie knapp es in vielen der Arbeiterfamilien zugeht.

Jürgen Wechsler wuchs in einer Familie auf, deren Mutter in einer Lederfirma im Akkord schuftete, während der Vater als Fernfahrer unterwegs war. Der Sohn lernte Mechaniker in der Nürnberger Trafo-Union und arbeitete im Großanlagenbau. Nach einigen ehrenamtlichen Funktionen wurde Wechsler 1982 Sekretär und 1992 zweiter Bevollmächtigter der IG Metall in Nürnberg. Formal ist er da-



Jürgen Wechsler Foto: ddp

mit der zweite Mann hinter dem WASG-Mitinitiator Gerd Lobodda. Tatsächlich hat er das Sagen an der Spitze der 32 000 Nürnberger Metallgewerkschafter.

Lockrufen auf höhere Positionen außerhalb von Nürnberg hat das bodenständige SPD-Mitglied schon öfter widerstanden. In der IG Metall ist Wechsler gut vernetzt. Sein Vorgehen in Sachen AEG stimmt er eng mit der Frankfurter Zentrale ab. Für die IG Metall ist AEG eine Nagelprobe in doppelter Hinsicht. Zum einen sollen Schlüsse für künftige grenzüberschreitende Gewerkschaftsarbeit in einem globalen Konzern gezogen werden. Zum anderen gehe es darum, ob Sozialtarifverträge „ein Zukunftsmodell sein können oder nicht“, sagt Wechsler. Eines sei klar: „Eine Niederlage hier hätte gravierende Folgen für die ganze IG Metall.“

Uwe Ritzer

Industriestadt im Wandel

Das Schicksal von AEG ist in Nürnberg kein Einzelfall

Nürnberg – Bald werden aus Nürnberg wieder jene Bilder von Männern und Frauen in dicken Winterjacken zu sehen sein, die frierend um wärmende Feuer stehen, die in alten Fässern entfacht wurden. Diesmal werden es die Beschäftigten des vor der Schließung stehenden AEG-Hausgerätewerks im Stadtteil Muggenhof sein. Nürnberg macht seit gut einem Jahrzehnt einen rasanten Wandel vom Produktionsstandort zum Dienstleistungszentrum durch. An den Brennpunkten des Umbaus leuchteten dann oftmals diese Feuer vor den Werkstoren, an denen sich Menschen Mut machten, die gerade ihren Job verloren hatten.

Im Februar 1995, beim großen Metallarbeiterstreik in Bayern, brannten die Feuer vor dem *Hercules*-Werk. Damals drückte die IG Metall ihre Lohnforderungen durch. Die Arbeitsplätze bei der Fahrrad-Traditionsmarke konnte das nicht retten. Der Druck zur Verlagerung ins Ausland wurde eher noch verstärkt. Die Montagebänder verschwanden schließlich nach Ungarn. Es mutet wie Ironie an, dass an der Stelle der Fabrik neuerdings ein Zweiradcenter entstanden ist. Auf 12 000 Quadratmetern werden dort auch *Hercules*-Räder angeboten. Andere Marken mit Nürnberger Ursprung überlebten. Doch nur in abgespeckter Form. Der Schreibmaschinenhersteller Triumph-Adler, Nachbar von AEG und ursprünglich auch als Fahrradfabrik gegründet, baute seine Belegschaft, die 1991 noch rund 2600 Mitarbei-

ter umfasste, in kurzer Zeit in Tausenderblöcken bis fast auf Null ab.

Zum Synonym für den Niedergang eines ganzen Industriezweigs aber wurde das langsame Sterben des Unterhaltungselektronikkonzerns *Grundig*. Fernsehbilder von empörten und entmutigten *Grundig*-Arbeitern drückten Nürnberg über Jahre hinweg den Stempel einer sterbenden Stadt auf. „Das haute regelmäßig richtig rein, gerade weil der Eindruck letztlich falsch ist“, sagt Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD). Denn die Stadt befindet sich zwar im Wandel ihrer Industriellen Grundstrukturen, keineswegs aber im permanenten Fall.

Die Marken und Namen sind inzwischen andere und die Konzernzentralen sitzen nicht mehr an der Pegnitz, sondern irgendwo auf dem Globus. Sellbytel zum Beispiel entstand als ein Unternehmen der Kommunikationsbranche in Nürnberg und bringt es hier auf 800 Arbeitsplätze. Wichtige Entscheidungen trifft unterdessen der Großgesellschafter, die weltgrößte Werbe- und Kommunikationsagentur BBDO. Lokales Kolonit versucht Sellbytel jetzt als Sponsor eines Basketballteams zu gewinnen. Ein Kürzel könnte es indessen bald schaffen, mit Nürnberg gleichgesetzt zu werden. Bei der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), Deutschlands größtes Marktforschungsunternehmen, explodieren die Umsatzzahlen förmlich. Die Daten aus Nürnberg sind bereits zum Markenzeichen geworden. Peter Schmitt

„Dieses Ende ist ein Fanal“

Seelsorger Greim schlägt vorm Werk die Totenglocke

Auf dem Werksgelände der AEG stand am Montag ein Mann, der die Redepausen der Gewerkschafter mit einem Glockenschlag füllte. Es war der katholische Betriebsseelsorger Oswald Greim. Die SZ sprach mit Greim über die Sorgen in Nürnberg.

SZ: Sie haben gestern die Totenglocke für die AEG in Nürnberg geschlagen?

Greim: Das war eigentlich als Mahnglocke gedacht. Zu sagen, dass die Glocke dann unbeabsichtigt zur Totenglocke wurde, wäre sarkastisch. Aber es stimmt natürlich: Es war die Glocke der Hiobsbotschaft. Einfach furchtbar.

SZ: Die Glocke war in Nürnberg öfters schon im Einsatz.

Greim: Die Glocke ist seit zehn Jahren im Einsatz. Repro: SZ Sie erscholl beim Ausbesserungswerk der Eisenbahner, beim Mahnläuten gegen Massenarbeitslosigkeit vor der Bundesanstalt sowie bei der Menschenkette gegen Betriebsschließungen in der Südstadt. Das ist das, was wir noch tun können: Mahnen.

SZ: Wie viele von den 1750 Betroffenen in Nürnberg sind katholisch?

Greim: Das interessiert mich nicht. Die Bischöfe haben ja ganz bewusst einen gemeinsamen Brief nach Stockholm geschrieben. Wir hatten früher auch Imamme, die bei Mahnwachen vor den Werkstüren mitmachten. Diesmal nicht, aber am Montag haben mir spontan zwei Angestellte geholfen, die Glocke zu schlagen. Ich habe die Männer nicht gefragt, aber es waren sicherlich Muslime.

SZ: Wie empfanden Sie die letzten Wochen vor Ort?

Greim: Verstörend. Die Betriebsräte waren immer pessimistischer als ich. Nach all den Zugeständnissen habe ich mir nicht vorstellen können, dass man so mit Menschen umspringen kann. Ich dachte, der moralische Druck ist jetzt zu groß. Einer der Räte hat mich dann gefragt: Glaubst Du wirklich, die haben noch eine Moral? Aus heutiger Sicht muss ich meine Antwort revidieren.

SZ: Was bedeutet die Schließung der AEG in Nürnberg?

Greim: Dieses Ende ist ein Fanal. Ein Fanal dafür, dass das Eigentum seine soziale Verpflichtung nicht mehr wahrnimmt – zu der es vom Grundgesetz aber verpflichtet ist. Wenn das so weitergeht, werden wir aufpassen müssen, dass sich die Empörung nicht in ähnlichen Formen artikuliert wie zuletzt in Frankreich.



Oswald Greim, Seelsorger. Repro: SZ

Interview: Olaf Przybilla

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 15.12.2005, Ausgabe Deutschland, S. 34 / Ressort: München/Bayern

Huber gegen Boykott von AEG-Geräten

"Das gefährdet weitere Arbeitsplätze" / Auch am Firmenstandort Rothenburg macht sich Angst breit

Nürnberg - Die angekündigte Schließung des AEG Werkes in Nürnberg und der damit verbundene Verlust von etwa 1750 Arbeitsplätzen wird im bayerischen Wirtschaftsministerium als "Top-Thema" behandelt. Gestern bekräftigte Wirtschaftsminister Erwin Huber auf Anfrage der SZ, er wolle sich am Freitag bei einem Besuch des AEG Werkes "ein Bild von der Lage machen". Huber will nicht nur mit dem Management des Unternehmens zusammen treffen, sondern bei einem Rundgang durch das Werksgelände auch mit Beschäftigten sprechen. Auch wolle er mit dem Betriebsrat die Sorgen der Belegschaft erörtern. Bei seinem Besuch wird Huber von dem Wirtschaftsreferenten der Stadt Nürnberg, Roland Fleck (CSU), begleitet.

Außer Trost wird der Minister der aufgebrachten Belegschaft nicht viel Konkretes zu bieten haben. Er gehe davon aus, "dass es im Rahmen des Sozialplans Beschäftigungsgesellschaften geben wird, die Weiterbildung und Qualifizierung für die Arbeitnehmer anbieten", sagte Huber der SZ. Dies will der Minister offensichtlich auch der Betriebsleitung nahe legen. Weiter sagte Huber, die Staatsregierung werde der Stadt bei dem Umstrukturierungsprozess zur Seite stehen. Insbesondere werde die Region Nürnberg in der Cluster-Strategie der Staatsregierung "eine gewichtige Rolle spielen". Im übrigen halte er nichts von Boykottaufrufen gegen AEG-Geräte. Damit würden nur weitere Arbeitsplätze in Bayern gefährdet, woran niemand ein Interesse haben könne.

Während im Nürnberger AEG-Hausgerätewerk die Belegschaft aus Wut über die angekündigte Schließung ihres Werkes weiter streikt und sich für einen Arbeitskampf rüstet, wachsen bei der IG Metall die Befürchtungen hinsichtlich des AEG-Standortes in Rothenburg ob der Tauber. Zu Wochenbeginn hatte der Mutterkonzern Electrolux erklärt, die 1300 Arbeitsplätze in dem Werk für Einbau-Kochgeräte und dem dazugehörigen zentraleuropäischen Ersatzteillager seien sicher. Zudem würden im laufenden Jahr 1,6 Millionen Geräte das Werk verlassen, so viele wie noch nie. Genau das lässt bei der IG Metall die Alarmglocken schrillen. "Wir hatten vor drei Jahren in Nürnberg auch Rekordauslastung und jetzt sperrt man zu", sagte der dortige Betriebsratsvorsitzende Harald Dix. Gerade sei der offizielle Spatenstich für zwei neue Werke in Polen erfolgt, wo ab 2007 genau jene Einbau-Kochgeräte vom Band laufen sollen, die derzeit noch in Rothenburg gefertigt werden. Das weise Parallelen zu Nürnberg auf, von wo Electrolux nun ebenfalls die Produktion in neue polnische Werke verlagert. "Wenn die beiden polnischen Werke stehen, habe ich hier ein Problem", sagte dazu der Rothenburger AEG-Betriebsratsvorsitzende Rainer Kretschmer.

Obwohl in Nürnberg bereits in den nächsten Tagen die Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag für die 1750 AEG-Beschäftigten beginnen sollen, will man den Kampf um das 83 Jahre alte Werk nicht aufgeben. Bayerns IG Metall-Chef Werner Neugebauer nannte die Schließung "ökonomisch nicht erforderlich und arbeitsmarktpolitisch eine Katastrophe." Das mit dem deutschen Management ausgehandelte Rettungskonzept hätte bei reduzierter Belegschaft auch künftig eine wettbewerbsfähige Produktion ermöglicht. Aussagen von Electrolux, denenzufolge man auf jedes in Nürnberg hergestellte Gerät zwischen 40 und 60 Euro draufzahle, seien falsch.

Unterdessen laufen Solidaritätsaktionen an. Für Dienstag ist eine Lichterkette um das Werksgelände geplant. Der örtliche DGB-Vorsitzende Stephan Doll forderte "eine Konferenz für Nürnberg", bei der beraten werden müsse, wie neue Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen werden können. Vom Freistaat fordert Doll, die Cluster Verkehrs- und Energietechnik in Nürnberg zu konzentrieren. Der politische Handlungsbedarf sei groß, denn die Frankenmetropole weise inzwischen die höchste Arbeitslosenquote unter Bayerns großen Städten auf. Jeder zehnte Nürnberger lebe von Arbeitslosengeld II. Der örtliche IG Metall-Chef Gerd Lobodda sagte, neben erfolgreichen "Dienstleistungs-Leuchttürmen" wie GfK, Datev oder der Nürnberger Versicherung würden "tiefe Elendsschlachten existieren". (Wirtschaft)

Von Uwe Ritzer und Christian Schneider

Huber gibt Hoffnung für AEG auf

Der Wirtschaftsminister wird mit Buhrufen empfangen und hütet sich vor harscher Kritik an der Konzernleitung

Von Uwe Ritzer

Nürnberg – Die bayerische Staatsregierung hat das Nürnberger Hausgerätewerk der AEG mit seinen 1750 Arbeitsplätzen aufgegeben. Er sehe keine Chance mehr, dass der schwedische Electrolux-Konzern seinen Beschluss, die Waschmaschinen-, Geschirrspüler-, und Wäschetrocknerfertigung bis Ende 2007 zu schließen, noch revidieren werde, sagte Wirtschaftsminister Erwin Huber nach einem Besuch in dem Werk. Dort war der CSU-Politiker von der Belegschaft mit Pfiffen und Buhrufen empfangen worden.

„Als er die Waschmaschinenfertigung betrat, haben die Kollegen spontan gepfiffen, gegrölt, gebuhnt und ‚Huber raus‘ gerufen“, schilderte der Betriebsratsvor-

sitzende Harald Dix der *Süddeutschen Zeitung*. Die Öffentlichkeit war bei der Visite des Ministers mit Mitgliedern der deutschen Geschäftsleitung und Arbeitnehmervertretern nicht zugelassen. Während Dix sagte, dass „der Ministerbesuch überhaupt nichts gebracht hat“, hob Erwin Huber im Anschluss vor allem seinen nachhaltigen Erkenntnisgewinn hervor. Er habe „ein Maximum an Informationen bekommen“, sagte er, um kurz darauf einzugehen, dass die Firmenleitung ihm nicht im Detail jene Zahlen genannt habe, welche für den Schließungsbeschluss entscheidend waren.

Dafür zeigte sich Huber beeindruckt vom „technologisch hohen Stand“ des Nürnberger Werkes, in welches Electrolux in den vergangenen zehn Jahren mehr als 100 Millionen Euro investiert

habe. Der Minister appellierte an die Arbeitnehmervertreter, sich nun auf das Aushandeln eines Sozialtarifvertrages zu konzentrieren und es mit dem Arbeitskampf nicht zu übertreiben. Die Stimmung im Betrieb sei „beträchtlich emotionalisiert“. Die Staatsregierung wolle ihrerseits verstärkt den Dialog mit Electrolux suchen, um die verbleibenden 2000 Arbeitsplätze in Bayern (700 in der deutschen AEG-Verwaltung in Nürnberg und 1300 in einem Werk für Einbau-Kochsysteme in Rothenburg ob der Tauber) dauerhaft zu sichern.

Wie bereits tags zuvor die CSU-Mehrheit im Landtag wollte auch der Wirtschaftsminister den schwedischen Konzern nicht allzu sehr kritisieren. Er könne die Entscheidung anhand der ihm vorliegenden Zahlen nicht nachvollziehen,

sagte Huber vorsichtig. Nürnbergs Wirtschaftsreferent Roland Fleck (CSU) wiederholte demgegenüber seine Kritik an der „schwedischen Eisblockentscheidung“. Vor allem die Verlagerung von Tätigkeiten nach Italien leuchte ihm nicht ein. Nun komme es aber darauf an, den Betroffenen, von denen 80 Prozent un- und angelernte Kräfte sind, „eine Brücke in die Zukunft zu bauen“. Dazu seien Qualifizierungsmaßnahmen nötig. Auch wolle man sich um Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds bemühen. Der Fall AEG zeige, so Fleck weiter, dass Nürnberg nach wie vor im Strukturwandel stecke. Die Region sei aber dessen ungeachtet „einer der robustesten Wirtschaftsräume in Deutschland“ und weise nach München, Stuttgart und Frankfurt die niedrigsten Arbeitslosenzahlen auf.

Früher: Es gab mehr Arbeitsplätze als Menschen. Wir arbeiten immer weniger, für immer weniger Geld. Die Sozialkassen waren voll. Heute: Mitarbeiter von Electrolux AEG protestieren vor dem Werk in Nürnberg gegen die drohende Schließung. Foto: Alexandra Winkler/Reuters

von Christian Nürnberger

Und wieder macht ein deutsches Traditionss Unternehmen dicht, diesmal die Nürnberger AEG, und das geht mir besonders nahe, denn mit der AEG bin ich aufgewachsen. Ich heiße ja nicht nur Nürnberger, sondern bin auch fast einer.

Meine Kindheit und Jugend habe ich in der Kleinstadt Lauf an der Pegnitz verbracht, 20 Kilometer östlich von Nürnberg. Dort arbeitete ich in der Stema, einem Unternehmen, das von der AEG aufgekauft und später an Rosenthal weiterverkauft wurde, danach an Hoechst, das gibt's auch nicht mehr, dann an die Metallgesellschaft, die ist ebenfalls verschwunden.

Jetzt gibt es also auch die AEG nicht mehr, und wie immer heißt es: die hohen Löhne! Dagegen sagen die Gewerkschaften: das schlechte Management!

Beide Argumente sind nie ganz falsch, aber meine Erinnerung sagt mir, dass es komplizierter ist. In meiner Erinnerung nämlich ist das Deutschland meiner Jugend ein völlig anderes als das heutige. Ich musste nicht hundert oder tausend Bewerbungen für eine Lehrstelle schreiben. Die Unternehmen bewarben sich um mich. Es gab mehr Arbeitsplätze als Menschen. Wir arbeiteten immer weniger für immer mehr Geld, die Sozialkassen waren trotzdem zum Bersten voll, und auf den Straßen demonstrierte die APO gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse. Etliche derer, die damals Marx-Parolen skandierten, saßen bis vor kurzem in der Regierung und wickelten jenes Erfolgsmodell Deutschland ab, das es nun nicht mehr gibt.

Wie kommt aus so einem kraftstrotzenden Land innerhalb eines Vierteljahrhunderts ein Land werden, das trotz „Du bist Deutschland“-Parolen seinen Niedergang nicht mehr aufhalten zu können scheint? Ist es so, wie die Neocons sagen, dass wir jetzt alle wieder länger für weniger Geld arbeiten müssen, eben weil wir es während der siebziger und achtziger Jahre umgekehrt gemacht hatten, und es damals übertragen?

Auch diese These ist zu primitiv. Für den Wandel vom Wunder- zum Jammerland lassen sich ganz konkrete Stationen und Weggabelungen benennen. Mein eigenes Berufsleben begann an so einer Gabelung. Als ich in jener Stema in Lauf 1967 eine Lehre als Physiklaborant begann, hat sich dieses innovative mittelständische Unternehmen schon mit der Mikroelektronik beschäftigt. In dem Labor, in dem ich arbeitete, entwickelten wir Halbleiter und Piezokeramik.

Auf diesem ganz neuen Gebiet waren wir damals in Deutschland ziemlich genau auf dem gleichen Stand wie die US-Amerikaner und vermutlich weiter als die Japaner. Aber ab Mitte der siebziger Jahre erkannten die Japaner und Amerikaner das Potenzial dieser Technik und förderten sie mit vielen Milliarden Dollars und Yen. In Deutschland schüttete Helmut Schmidt immer noch weitere Milliarden und Abermillionen D-Mark in den schnellen Brüter von Kalkar.

Die Mikroelektronik war also schon 1967 einem kleinen Unternehmen in der fränkischen Provinz bekannt, nicht aber den Ministerialbürokratien in Bonn. In einer CD-ROM des Ministeriums für Forschung und Technologie, die alle periodischen Publikationen des Ministeriums zwischen 1955 und 1995 dokumentiert, taucht das Wort Mikroelektronik zum ersten Mal Ende 1977 auf, 1978 gar nicht und 1979 zweimal. Von 1980 an häufen sich die Nennungen, sind aber immer noch deutlich seltener als das Wort Kernenergie.

Anfang der Achtziger sagten einige Vernünftige, dass Deutschland unbedingt in die Mikroelektronik investieren müsse, denn hier handle es sich um eine Basistechnologie, ohne deren Beherrschung wir alles andere, was darauf aufbaut, auch nicht beherrschen würden. Durchgesetzt aber – ich kann mich daran so gut erinnern, weil ich damals bei einer Zeitschrift namens *highTech* arbeitete und die Entwicklung hautnah mitverfolgte – hatte sich der damalige Vorstandsvorsitzende der Nixdorf AG, Klaus Luft, der behauptete, die Entwicklung dieser Technik sei viel zu teuer, man brauche sie auch gar nicht, denn Chips würden auf dem Markt gehandelt wie Schweinebäuche, man könne sie jederzeit überall kaufen.

Begeleitet wurde diese Behauptung von dem Argument der Gewerkschaften, Computer seien Jobkiller; und die sich formierende Bewegung der Grünen malte angesichts der geplanten Volkszählung



Die Stunde Null

Unser Autor weiß noch sehr gut, wie gut mal alles war, damals bei der AEG. Eine Erinnerung. Und eine Hoffnung.

lung das Gespenst von „Big Brother“ an die Wand. Der Effekt ist, dass heute Mikroprozessoren, Speicher, Monitore, Festplatten, Grafikkarten, Soundkarten, DVD-ROM-Laufwerke, digitale Kameras, Camcorder und Organizer in Asien und den USA hergestellt werden. Die zugehörige Software wird natürlich auch dort programmiert. Und die Fabriken, Maschinen und Anlagen, die es für die Herstellung mikroelektronischer Produkte braucht, entstehen ebenfalls dort, wo frühzeitig in diese Basistechnologie investiert wurde.

Wir könnten heute schätzungsweise eine Million Arbeitsplätze mehr haben, wenn wir in den siebziger und achtziger

millionenteure Patente, Lizzenzen, Maschinen und Anlagen von den „japanischen Kopisten“ erworben werden. Max Grundig, einer der großen Nachkriegs-Unternehmerpersönlichkeiten meiner fränkischen Heimat, hatte, als man ihm zum ersten Mal ein japanisches Transistorradio zeigte, gefragt, wer so ein quälendes, rauschendes „Plastikkästla“ kaufen sollte? Akio Morita, Gründer des japanischen Elektronikkrieges Sony, erzählt in einem seiner Bücher von einer Europareise, die ihn Anfang der achtziger Jahre auch zu Grundig geführt hat. Vornein und zwischen den Zeilen deutete Morita an, wie wenig Innovatives er damals bei Grundig entdeckte und mit welcher Herablassung man ihm dort begegnete. Als während der siebziger Jahre die Präsenz japanischer Hersteller bei der Frankfurter IAA von Jahr zu Jahr wuchs, sagten die deutschen Autobosse, ja, die Japaner bauen jetzt auch Autos, aber man schaue sich nur das holprige Design, die schlechte Verarbeitung an, und alles sei doch nur von deutschen Autos abgeguckt und schlecht nachgeahmt. Die deutschen Manager wiederholten das so lange, bis die ADAC-Pannenstatistik fast komplett von teuren deutschen Automarken angeführt wurde und Toyota zu jener Marke avancierte, die am seltensten in die Werkstatt muss.

Hätte die technische, wirtschaftliche und politische Intelligenz des 19. Jahrhunderts so gedacht wie jene der siebziger und achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts, wäre eine Industriegesellschaft in Deutschland nicht entstanden. Warum aber wurde die Bedeutung des Mikroprozessors von unseren Eliten nicht erkannt? War es Unfähigkeit?

Manchmal war es nur schlichte, selbstzufriedene Ignoranz oder Arroganz. Sieben Jahre nach Japans Start in die Mikroelektronik – Ende 1983 – hat der damalige Siemens-Aufsichtsratsvorsitzende Bernhard Plettner vor einem Auditorium in Zürich gesagt, Japan sei ein Land, „von dem bisher noch nie eine Basisinnovation ausgegangen ist“. Sein Fazit zum Thema „Lage der europäischen Elektroindustrie“: „In den nächsten zehn Jahren werden sich kaum wesentliche Veränderungen in den (weltweiten) Kräfteverhältnissen einstellen.“

Leute wie Plettner haben die Regierung beraten und großen Einfluss auf das deutsche Wirtschaftsleben ausgeübt.

Plettner's Irrtum wurde wenig später bei Siemens erkannt. Das Unternehmen stieg in die Produktion von Speicherchips ein, um im Technologieren aufzuholen. Aber da mussten schon

Es geht also, wenn Unternehmer wirklich Unternehmer sind. Etliche weitere deutsche Mittelständler beweisen täglich: Wer immer hellwach alle für das Unternehmen relevanten Entwicklungen verfolgt und auf Brauchbarkeit prüft, bleibt dran. Auch meiner ehemaligen

Lehrfirma Stema in Lauf geht es wieder gut. Sie fertigt heute unter dem Namen ceramTec jene piezokeramischen Elemente, die eine Hand voll Physiken und Chemiker damals vor fast 40 Jahren in jedem Labor entwickelt hat, in dem ich meine Lehrzeit absolvierte. Heute werden diese Elemente in großer Zahl in der Kraftfahrzeug-Elektronik verwendet.

Zu mehr, etwa zur Entwicklung von Mikroprozessoren, hat es nicht gereicht. Das hätte die Möglichkeiten eines mittelständischen Unternehmens bei weitem überstiegen. Und doch wäre es nicht ausgeschlossen gewesen, wenn die damals führenden Köpfe in Politik und Wirtschaft die Milliarden statt in den Brüter in Mikrochips investiert hätten.

Nicht alles beruht auf Arroganz und Versagen der damaligen Elite. Es hat, wie so vieles in Deutschland, auch und schon wieder mit Adolf Hitler zu tun.

Er hat einen großen Teil der fähigsten Köpfe Deutschlands in die Flucht getrieben, in den Konzentrationslagern ermordet oder in seinem Krieg verheizt. Die Lücke war nach dem Krieg nicht sofort spürbar. Die deutsche Wirtschaft zehrte noch etliche Jahrzehnte von dem Know-how, das vor dem Krieg erarbeitet wurde, und der Wiederaufbau generierte ein solch stürmisches Wachstum, dass es auch ohne Innovationen lange gut ging.

Hitler, den Krieg und seine Folgen könnten wir nicht ungeschehen machen. Aber eines lässt sich lernen: Die immergleichen Parolen, die wir uns während der vergangenen zwanzig Jahre um die Ohren gehauen haben – mehr Markt oder weniger, mehr Staat oder weniger, eisern

Standort-Kaputtredner und Untergangsprediger gibt es in Deutschland genug.

sparen oder den Konsum anheizen und so weiter – sind zu grobschlächig für die Komplexität der tatsächlichen Lage.

Gewiss ist der Markt ein Motor für Innovationen, aber die Mikroelektronik hat nicht der Markt hervorgebracht. In Japan haben der Staat und einige Großbanken aufgrund einer bewussten politischen Entscheidung strategisch in diese Technik investiert, und zugleich über mehrere Jahrzehnte ihre Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz geschützt. In jener Zeit ist Japan zu einer führenden Wirtschaftsmacht aufgestiegen. Später wurde dann der richtige Zeitpunkt für

die Marktoffnung verpasst, und Japan hat dafür bezahlen müssen, aber beides stellt den Glauben an den allein selig machenden Markt genauso in Frage wie den Glauben an den Staat. Mal kann das eine nötig sein, mal das andere.

Auch in den USA war es nicht der Markt, sondern der Staat mit seinen milliardenschweren Spritzen für die Rüstungs-, Luft- und Raumfahrtindustrie. Japan und die USA haben also genau jene Industriepolitik betrieben, die von den Predigern der reinen Lehre des Marktes immerzu als Übel gebrandmarkt wird.

Daraus folgt: Europa braucht eine intelligente Industriepolitik. Franz Josef Strauß, Gott hab ihn selig, hat mit dem Bau des Rhein-Main-Donaukanals „das dummste Projekt seit dem Turmbau zu Babel“ durchgesetzt, wie der Ex-Verkehrsminister Volker Hauff einmal sagte.

Aber Strauß hat auch den Bau des

„Prestigeprojekts“ Airbus betrieben und ist dafür heftig beschimpft worden. Heute ist der Airbus eine europäische Erfolgsgeschichte. Der Unterschied zwischen beiden Projekten – hier der Airbus, dort der Kanal – markiert den Unterschied zwischen guter und schlechter Industriepolitik.

„Könnte denn eine kräftige Lohnsenkung von zehn Prozent den Export von Industrie-Arbeitsplätzen stoppen?“ fragt Marietta Slomka im heute journal Meinhard Miegel am Tag der Bekanntgabe der bevorstehenden AEG-Werkschließung. Und Miegel antwortet, das könnte helfen, das Tempo des Arbeitsplatz-Exports zu verringern. Aber für eine Trendumkehr reiche es nicht. Dafür sei das Lohngefälle zwischen uns und Osteuropa oder gar Asien einfach zu groß. Wir sollten uns auf einen langfristigen sinkenden Lebensstandard einstellen, sagte Miegel.

Also müssen wir uns auch auf wachsende Armut, soziale Spannungen, Kriminalität, Vandalismus, Alkoholismus und verödende Städte einstellen? Das sagte Miegel nicht mehr, aber wenn er Recht hat, dann bedeutet seine Aussage genau das, und damit wird Miegel selbst zu einem Teil des Problems, dessen Lösung zu sein er vorgibt.

Standort-Kaputtredner und fatalistische Untergangsprediger haben wir in Deutschland genug. Sie schaffen keinen einzigen Arbeitsplatz, allenfalls für sich selbst einen ständigen Sitz in diversen Talkshows. Auch unsere Hauruck-Redner und Verkünder von zwanzig Jahren alten Parolen-Litaneien tragen wenig zur Verbesserung der Lage bei.

Jene aber, die wirklich etwas unternehmen, sieht man im Fernsehen selten oder nie. In jenem fränkischen Städtchen Lauf, in dem ich vor fast 40 Jahren mein Berufsleben begann, hatte die Stema

drei Konkurrenz-Unternehmen: Stettner, Döbrich & Heckel und Sembach. Alle drei gibt es noch. Stettner hat zwar ebenfalls den Besitzer gewechselt und heißt jetzt Saint-Gobain Advanced Ceramics. Aber alle vier zusammen haben sich während der letzten 40 Jahre trotz aller technischen, wirtschaftlichen und politischen Umbrüche auf ihren Märkten behauptet und sind das deutsche Zentrum der Industriekeramik geblieben, das sie seit Beginn des 20. Jahrhunderts waren. Sie beliefern mit ihren Nischenprodukten die ganze Welt.

Die Firma Sembach befindet sich jetzt in vierter Generation im Familienbesitz. „Es ging immer menschlich zu beim Sembach“, sagte meine Mutter, die dort als ungelernte Kraft arbeitete – vielleicht eines der Erfolgsgeheimnisse solcher Unternehmen, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sind. Ein anderer Erfolgsgeheimnis brachte Erdmann Sembach auf den Nenner: „Bei den anderen bei ihrer obersten Geschäftsleitung ihren Reiseantrag gestellt haben, sitzen wir schon im Flugzeug zum Kunden.“

Solche Leute sind es, von denen sich etwas lernen lässt. Solche Leute müsste das Fernsehen zeigen. Aber die hätten dafür gar keine Zeit.

Christian Nürnberger lebt als Buchautor und Journalist in Mainz. Im Deutschen Taschenbuchverlag erschienen „Die Machtwirtschaft“ (1999) und „Kirche, wo bist du?“ (2000). Sein neues Buch heißt „Die Bibel – was man wirklich wissen muss“ (Rowohlt).

Politische Kapitulation

An seiner niederbayerischen Sprachfärbung lag es wohl nicht, dass Erwin Huber dreimal „Rottenburg“ sagte, als er das bekannte „Rothenburg“ meinte, und Electrolux-Chef Hans Straberg in „Streberg“ umbautte. Bayerns neuer Wirtschaftsminister wirkte bei seinem Besuch in dem von Schließung bedrohten Nürnberger AEG-Werk alles andere als sattelfest. Dass Huber letztlich ein Bild der Hilflosigkeit abgab, lag aber nicht an seinen Versprechern. Überdies ist er damit in diesen Krisentagen bei AEG nicht der einzige.

Auch die Landtagsdebatte am Donnerstag zum Thema AEG war geprägt von der Ohnmacht nationaler und regionaler Politik gegenüber international agierenden und vom Ausland aus gesteuerten Konzernen. Deren Lenker sehen in gewählten Volksvertretern häufig nur Bittsteller, nicht aber Verhandlungspartner auf Augenhöhe. Dies hat der Umgang der Electrolux-Spitze mit all jenen Politikern gezeigt, die in Sachen AEG in Schweden intervenierten. Globale ökonomische Entscheidungsprozesse orientieren sich nicht am Willen gewählter Volksvertreter. Daher ist es Augenwischerei, wenn Vertreter von SPD, Grünen und der Linkspartei der Bevölkerung suggerieren wollen, die Regierung müsse nur aktiv werden und der Staat als solcher brauche nur durchzugreifen – und schon könnte man die Kräfteverhältnisse wieder drehen. In der Realität kümmert das Konzerne nicht, sie wandern dann halt in ein Nachbarland ab.

Es kann aber auch keine Lösung sein, dass man sich – wie die Staatsregierung im Falle AEG – einfach dem Schicksal ergibt. Hubers und der CSU Hoffnung, durch einen Schmusekurs mit Konzernlenkern den Abbau von Arbeitsplätzen künftig verhindern zu können, ist nicht nur naiv, sondern eine politische Kapitulation. Denn es besteht kein Zweifel, dass Politik auch künftig die Rahmenbedingungen für ökonomisches Handeln setzen muss. Der Fall AEG lehrt aber, dass dies verstärkt im europäischen Kontext geschehen muss.

Uwe Ritzer

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 22.12.2005, Ausgabe Deutschland, S. 31 / Ressort: München/Bayern

Tage der Wut

AEG-Mitarbeiter kämpfen gegen "Terror der Konzerne"

Nürnberg - Es sind Kleinigkeiten am Rande, die mehr darüber aussagen, wie tief die angekündigte Schließung des 83 Jahre alten AEG-Hausgerätewerkes in diesen Tagen Nürnberg erschüttert, als die kämpferischen Töne professioneller Redner. Da war zum Beispiel der U-Bahnfahrer, der einige AEGler auf dem Weg zur Großkundgebung samt anschließender Menschenkette ums Werk chauffierte. Über Bordlautsprecher rief er sie zum Durchhalten auf und die ganze U-Bahn klatschte spontan Beifall.

Man könnte auch von der Verbitterung jenes Mannes erzählen, der in Anlehnung an die entsprechende PR-Kampagne und das Firmenkürzel ein Plakat gemalt hat: "Du bist Deutschland - Arbeit Erfolglos Gestrichen." Und auch von Dieter Lange könnte man berichten, einem der deutschen AEG-Geschäftsführer. Ihm sollen bei einer Betriebsversammlung die Tränen gekommen sein, als die Arbeiter ihm zu verstehen gaben, dass sie seinen Einsatz für den Erhalt ihrer 1750 Jobs sehr wohl wahrgenommen haben.

Nach den Weihnachtsfeiertagen muss Manager Lange jedoch die Interessen des schwedischen AEG-Mutterkonzerns Electrolux vertreten, wenn es gilt, einen Sozialtarifvertrag auszuhandeln. Hohe Abfindungen, Qualifizierungsangebote, großzügige Regelungen für ältere Beschäftigte und einiges mehr verlangen Gewerkschaft und Betriebsrat. "Das wird die teuerste Werksschließung für Electrolux überhaupt", sagt Betriebsratschef Harald Dix. Gut möglich, dass die Beschäftigten nach den der Umstände halber vorgezogenen Betriebsferien am 4. Januar zurück in das Werk, nicht aber an die Arbeit gehen werden. Vieles deutet auf einen Arbeitskampf hin.

Dafür redeten sich die Gewerkschaftsfunktionäre vor den 6000 Demonstranten bei der Großkundgebung auf der Fürther Straße schon einmal warm. Den "Terror der Großkonzerne" geißelte Nürnbergs IG Metall-Chef Gerd Lobodda. "Einen gesellschaftspolitischen Skandal, der zum Himmel stinkt" nannte der Nürnberger DGB-Chef Stephan Doll den Schließungsbeschluss. Er sieht bei AEG, Telekom, DaimlerChrysler und Continental "Verfassungsfeinde am Werk", denen die Politik Einhalt gebieten müsse. Und Ministerpräsident Edmund Stoiber solle die AEG zur Chefsache machen. Zumal der Fall "eine neue Qualität" habe, wie Bayerns IG Metall-Bezirksleiter Werner Neugebauer sagte.

CSU in Erklärungsnot

Erstmals werde kein verlustbringendes, sondern ein profitables Werk geschlossen. Der katholische Stadtdekan Hans Reeg sieht einen "skandalösen Missbrauch unternehmerischer Freiheit". Neben den Electrolux-Managern gerät zunehmend Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber in die Schusslinie. Dass er bei seinem Besuch einen hilflosen Eindruck hinterließ und nichts im Gepäck hatte außer dem Rat an die Betroffenen, sich mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze abzufinden und nicht allzu heftig dagegen zu protestieren, hat nicht nur die Nürnberger CSU in Erklärungsnot gebracht, sondern die Wut angeheizt.

Wenigen gelingt es wie Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD), die Electrolux-Entscheidung unmissverständlich als "falsch und keineswegs unvermeidlich" zu kritisieren, ohne aber alle Türen zuzuschlagen. Schließlich will Maly noch bis zum angekündigten Fabrikende 2007 "jeden Draht nutzen, um am Erhalt des Werkes zu arbeiten".

Uwe Ritzer

Qualität stimmt, Kundendienst klappt

AEG – aus Erfahrung gewarnt / SZ vom 7. Dezember

In seiner Reportage schildert Uwe Ritzer, wie es zum Überlebenskampf einer Marke kam, über deren Schicksal die Manager des Mutterkonzerns Electrolux wenige Tage später entschieden haben. Wenn Electrolux-Manager Horst Winkler wirklich gesagt hat, dass die Käufer nur auf den Preis schauen, dann ist das zum Beispiel bei Waschmaschinen und Wäschetrocknern falsch. Hier kommt es auf die einfache Handhabung, die Umdrehungszahl der Trommel, das Styling, die Qualität, die Lebensdauer und den Kundendienst an. Dafür kann man einen ordentlichen Preis erzielen. Wenn nicht, hätten Marken wie Bosch, Siemens oder Privileg das gleiche Problem wie AEG.

Außerdem ist AEG nicht doppelt so teuer wie die Geräte aus Fernost oder aus der Türkei. AEG ist etwa so teuer wie

Bosch oder Siemens, bei einem Preis von zum Beispiel 399 Euro etwa 30 bis 50 Euro teurer als ein Gerät aus dem Osten oder aus Fernost. Bei AEG weiß ich aber, dass die Qualität stimmt und der Kundendienst klappt.

Wenn Fehlinformationen dann am 12. Dezember zur Entscheidung über das AEG-Hausgerätewerk in Nürnberg mit herangezogen werden, dann kann es zu falschen Entscheidungen führen. Und ob es egal ist, in welchem Land das AEG-Schild aufgeschraubt wird, wage ich zu bezweifeln. Mir ist das nicht egal. Es sollte einmal wieder Fernsehwerbung für AEG gemacht werden, denn dem jüngeren Publikum ist die Marke vielleicht nicht so bekannt. „Aus Erfahrung gut“ ist doch ein besserer Spruch als „Geiz ist geil“. Jürgen von der Heyde, Pinneberg

Vom Geiz getriebene Verbraucher

Electrolux macht AEG-Werk in Nürnberg dicht / SZ vom 13. Dezember

Es ist geradezu unglaublich: Verbraucher, vom Geiz getrieben, verweigern den Kauf traditionsreicher AEG-Qualitätsprodukte. Wenn daraufhin – wie Gerhard Fischer und Uwe Ritzer melden – Trillerpfeifenmusikanten (möglicherweise mit Trillerpfeifen „Made in China“) öffentlich den Erhalt ihrer Arbeitsplätze einfordern, so stellt sich die Frage, an wen diese Forderung denn gerichtet sein könnte. Etwa an die bösen Nichtkonsumenten? Ist ein warmer Arbeitsplatz ein Menschenrecht für Erste-Welt-Bewohner oder ein Beschäftigungspark mit absatzentkoppelter Lohngarantie?

Pfeifkonzerte hierzulande sind Musik in den Ohren der Werktätigen anderer Weltteile. Verbraucher kennen keine Solidarität, denn beim Geld hört bekanntlich die Freundschaft auf.

Meinrad Müller, Grafrath

Schuld ist angeblich wieder ein skrupelloses Management ohne soziales Gewissen. Dabei zieht die Wirtschaft in Deutschland doch nur die Konsequenz aus dem, was jeder einzelne Bundesbürger mitverschuldet hat. Nach dem Slogan „Geiz ist geil“ haben viele Deutsche eine Kultur entwickelt, in der sie nur noch das Billigste kaufen: Unterhaltungselektronik aus dem Elektronikgroßmarkt, Lebensmittel vom Discounter, die Urlaubsreise vom Billiganbieter oder eben Haushaltsgeräte, die nicht von AEG sind. Wenn ein Unternehmen sich jetzt genauso für die Billigstrategie entscheidet, ist die Empörung groß. Unternehmen passen sich genauso skrupellos der Nachfrage ihrer Kunden an, wie wir als Privatpersonen uns skrupellos für Billigtextilien aus China entschieden haben.

Andreas Grimm, Lichtenau

Marktentfernungsabgabe einführen

Lehren aus Nürnberg / SZ vom 13. Dezember

Nikolaus Piper nennt in seinem Meinungsartikel die von der IG Metall gezeigte Flexibilität richtig, obwohl das AEG-Hausgeräte-Stammwerk geschlossen wird. Ich kann schon gar nicht mehr hinhören, wenn gestandene Gewerkschaftsvertreter den versammelten Betroffenen lautstark zurufen, dass die Schließung ihres Werkes nicht hinnehmbar sei, dass gekämpft werden müsse und anderes mehr. Politik schleudert die bekannten Worthülsen in die Medien, geschehen wird aber, sattsam bekannt, weiterhin nichts.

Es ist wohl wahr, dass die Arbeitskosten in Deutschland im Vergleich zu Polen oder China hoch sind. Das kann man mit Innovation bei Waschmaschinen und Geschirrspülern leider nicht kompensieren (viele Hausfrauen wissen, was diese Gerä-

te tun sollen). Dies zieht sich durch die gesamte Palette industrieller Produkte. Konsequenterweise muss man dann aber sagen: Industriearbeitsplätze sind in Deutschland grundsätzlich nicht überlebensfähig.

Begonnen hat dies schon relativ früh mit dem totalen Verlust ganzer Industriezweige (etwa Fotoapparate und Unterhaltungselektronik). Geblieben ist uns das Transportgewerbe, das jetzt aber auch noch in Gefahr. Wir müssen offensichtlich aufgeben, es sei denn, die Politik käme mit einer Innovation herüber (was man füglich bezweifeln darf).

Anfang der achtziger Jahre war klar: Wenn ein Kühlschrank von einem deutschen Werk nicht direkt zum Händler und dann zum Verbraucher (in Deutschland) gelangt, ist kein Gewinn mehr zu

machen. Deshalb war Minimierung der Transportwege Pflicht. Heute kann man offensichtlich „weiße Ware“ um den halben Erdball karren und macht trotzdem Gewinn. Dieses (auch ökologische) Problem gilt es anzupacken. Die politische Innovation dazu hieße „Marktentfernungsabgabe“. Die Lkw-Maut ist ein marginaler Ansatz in diese Richtung. Diese Abgabe für den Hersteller (natürlich nicht für den Endabnehmer) erhöht in einfacher Weise die Produktionskosten entfernungsabhängig und reduziert damit den Bedarf zur Verlagerung von Industriearbeitsplätzen in ferne Länder. Der Effekt für den Bestand von Arbeitsplätzen wäre deutlich höher als der durch Senkung der Lohnnebenkosten um einen Prozentpunkt vermutete Effekt. Dr. Friedrich Wörndle, Ostermünchen

AEG-Personal arbeitet wieder

Verhandlungen über Sozialtarifvertrag am Montag

Nürnberg – In dem zur Schließung anstehenden AEG-Werk in Nürnberg wird vorerst wieder gearbeitet. Nach dem Weihnachtsurlaub fanden sich die Mitarbeiter der Frühschicht am Mittwoch pflichtgemäß um sechs Uhr an den Montagebändern ein. Während ein Unternehmenssprecher sagte, die Arbeit laufe normal, kam es nach Angaben von Betriebsrat und IG Metall den Tag über immer wieder zu kürzeren spontanen Arbeitsniederlegungen. Bei einem Rundgang durch die Werkshallen informierten Betriebsrat und Werksleitung die Belegschaft der Waschmaschinen-, Geschirrspüler- und Wäschetrocknerfabrik darüber, dass die Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag für die 1750 Beschäftigten am kommenden Montag in München aufgenommen werden.

Ursprünglich sollten die Gespräche bereits gestern beginnen. Das Management von AEG und dem Mutterkonzern Electrolux hatte den Termin jedoch kurzfristig abgesagt. Der Betriebsratsvorsitzende Harald Dix sagte, dies habe in der Belegschaft „spürbare Unruhe“ ausgelöst.

Er sprach von einer „Woche der Entscheidung“, die nun bevorstehe. Außer am Montag soll auch am Donnerstag kommender Woche verhandelt werden. Dix und der stellvertretende Nürnberger IG-Metall-Chef Jürgen Wechsler rechnen mit einem schnellen Scheitern der Gespräche, denn das AEG/Electrolux-Management lasse bislang keine Anzeichen erkennen, auf die Forderungen der Arbeitnehmerseite einzugehen.

Diese will in dem Sozialtarifvertrag unter anderem hohe Abfindungen, großzügige Übergangsregelungen für ältere Mitarbeiter, sowie eine Beschäftigungsgeellschaft durchsetzen. Sollte die Arbeitgeberseite nicht einlenken, werde man in der übernächsten Woche die Beschäftigten zur Urabstimmung über einen Arbeitskampf rufen, sagte Dix weiter. Das Hauptziel von Betriebsrat und Gewerkschaft sei nach wie vor, die Schließung so teuer zu machen, dass Electrolux doch noch darauf verzichte. Falls der Stilllegungsbeschluss bestehen bleibe, wolle man „das Maximale“ für die Betroffenen herausholen, so Dix.

Gestern trafen sich beide Seiten vor Gericht, wenn auch in einer anderen Angelegenheit. AEG wollte Überstunden von Angestellten in den kommenden Tagen anordnen. Nachdem der Betriebsrat die nötige Zustimmung verweigerte, rief das Management die Einigungsstelle am Arbeitsgericht an.

Uwe Ritzer

„Dann geht hier nichts mehr rein und raus“

Die Zeichen stehen auf Streik

AEG-Mitarbeiter demonstrieren vor den Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag ihre Kampfbereitschaft

Von Uwe Ritzer

Nürnberg – Vielleicht hat er die neue Lederjacke selbst gekauft, vielleicht hat er sie sich auch zu Weihnachten schenken lassen. Stolz führt der Arbeiter seinen Kollegen das gute Stück vor, ein warmes Textil mit robuster Außenhaut und innen gefüttert mit dickem Lammfell. Mit der kleinen Modenschau kurz vor Beginn einer Protestkundgebungen gestern vor dem von Schließung bedrohten Nürnberger AEG-Werk will der Südeuropäer seine persönliche Kampfbereitschaft demonstrieren. Denn es dürften eisige Januartage und -nächte auf ihn und seine Kollegen zukommen, sollte nicht im letzten Moment noch am Verhandlungstisch ein Wunder geschehen. Tatsächlich spricht jedoch alles dafür, dass das Werk an der Muggenhofer Straße in wenigen Tagen bestreikt und blockiert wird.

Denn die erste Verhandlungsrounde über einen Sozialtarifvertrag für die 1750 meist angelernten Kräfte, die bis Ende 2007 ihre Arbeitsplätze in der Waschmaschinen-, Geschirrspüler- und Wäschetrocknerfabrik verlieren, ist ergebnislos zu Ende gegangen. Vier Stunden lang saßen Vertreter von Arbeitnehmern, der AEG (beziehungsweise ihres Mutterkonzerns Electrolux), sowie vom Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie (VBM) zusammen, auf dem Tisch ein umfassender Forderungskatalog der IG Metall. Sie will nicht nur einen Sozialplan, sondern beharrt auf einem Sozialtarifvertrag mit hohen Abfindungen, großzügigen Vorruststandsregelungen und einer Beschäftigungsgesellschaft herausschlagen. In letzter Konsequenz laufen die gewerkschaftlichen Forderungen darauf hinaus, dass Electrolux jeden Entlassenen bis Ende 2010 im bisherigen Umfang weiter bezahlt. „Schließlich trägt Electrolux auch die Verantwortung“, sagt Jürgen Wechsler. Dem zweiten Bevollmächtigten der Nürnberger IG Metall stinkt es nach eigenem Bekunden, „dass die Arbeitgeber in Deutschland über die hohen Sozialkosten jammern, aber wenn sie Betriebe schließen, der Allgemeinheit die Beschäftigten vor die Tür kippen“.

AEG-Betriebsratschef Harald Dix sagte auf der Kundgebung vor mehreren Hundert Beschäftigten, man werde „dafür kämpfen, dass wir hier nicht nur Almosen bekommen, sondern das, was uns



Die Produktion in dem für 2007 zur Schließung vorgesehenen AEG-Werk läuft schon lange nicht mehr reibungslos. Auch gestern gingen die Mitarbeiter nach ihrer Protestkundgebung nicht ins Werk zurück, sondern nach Hause. Foto: ddp

zusteht.“ Er glaubt nicht, dass die AEG/Electrolux-Manager die gewerkschaftlichen Forderungen erfüllen werden. Die Verhandlungsrounde am morgigen Donnerstag in Ingolstadt wolle man noch abwarten. Die Arbeitgeberseite will dann ihre Vorstellungen für einen Sozialtarifvertrag vorlegen. Bisher hieß es nur hinter vorgehaltener Hand, die Forderungen der Gewerkschaft seien utopisch. Die Electrolux-Spitze hat ihren Unterhändlern einen klaren Kostenrahmen vorgegeben: 230 Millionen, maximal 250 Millionen Euro dürfe die Werksschließung kosten. Die Forderungen der IG Metall würden jedoch ein Mehrfaches des

Betrages verschlingen. Angesichts dieser Kluft rechnet Betriebsratschef Dix bereits für die kommende Woche mit einer Urabstimmung und dabei mit einer klaren Mehrheit für einen Arbeitskampf. „Dann geht hier nichts mehr rein und raus“, prophezeit Jürgen Wechsler.

Bereits jetzt läuft die Produktion in dem AEG-Werk nicht mehr reibungslos. Bis zu 20 Prozent der Belegschaft haben sich krank gemeldet. Das bringt die interne Logistik durcheinander. „Die Schichtführer müssen jeden Tag erst einmal schauen, wer überhaupt da ist und entsprechend die Leute neu einteilen“, schildert Dix. Weit weniger Geräte als früher

liefen in der Folge von den elf Produktionsbändern. Die Nachschicht bleibt wie in der Nacht von gestern auf heute – nicht selten ganz zu Hause. Soweit die Ausstände nicht als offizielle Informationsveranstaltungen des Betriebsrates deklariert sind oder mit dem Segen der Werksführung als Überstundenausgleich oder Urlaub abgerechnet werden, zahlen die Beschäftigten ihr Fernbleiben mit Lohnabzügen. So auch gestern, als sie nach der Protestversammlung einfach nach Hause gingen. Manche seiner Kollegen hätten auf diese Weise bereits mehrere hundert Euros eingebüßt, sagt Dix. „Das ist ihnen die Sache aber wert.“

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 13.01.2006, Ausgabe Deutschland, S. 30 / Ressort: München/Bayern

Nürnbergs IG Metall kränkelt

Die Verwaltungsstelle ist faktisch pleite und leidet unter den Alleingängen ihres Chefs Gerd Lobodda

Nürnberg - Der angekündigte "Maßanzug" für die mittelfränkische Metall- und Elektrobranche geriet zum Fiasko für Gerd Lobodda. Hand in Hand mit den Arbeitgebern werde man einen "bundesweit einmaligen Weg" gehen, lasen erstaunte Nürnberger Metallgewerkschafter im Mai 2005 in ihrer Lokalzeitung. Mehrarbeit ohne Lohnausgleich, die Kappung von Zuschlägen und Einmalzahlungen - all das sollten Firmen auch ohne wirtschaftliche Not ihren Beschäftigten abverlangen können - selbst dann, wenn sie Gewinne machten. Darauf habe sich Gerd Lobodda, seit rund 23 Jahren 1. Bevollmächtigter der Nürnberger IG Metall, quasi im Alleingang mit den regionalen Vertretern des Verbandes der bayerischen Metall- und Elektro-Industrie (VBM) verständigt, hieß es. Angesichts dieser in der Tat "bundesweit einmaligen" Großzügigkeit eines Gewerkschaftsführers gegenüber der Arbeitgeberseite reagierte die Nürnberger IG Metall-Basis empört. Eine erboste Delegiertenversammlung pfiff Lobodda seinerzeit zurück. Schwer unter Druck erklärte Lobodda, alles sei nicht so gemeint gewesen und man habe ihn in der Zeitung falsch zitiert.

Es war und blieb nicht die einzige waghalsige Pirouette, mit welcher der 59-jährige Gewerkschafter die eigenen Leute irritierte. Als Gerhard Schröder seine Agenda 2010 verkündete, pries Lobodda - immerhin dienstältestes Mitglied im Bundesvorstand der IG Metall - im krassen Gegensatz und zum Entsetzen anderer Gewerkschaftsführer die große Weitsicht des damaligen Bundeskanzlers. Der habe eine "strategisch kluge" Rede gehalten und ein neues Zeitalter eingeläutet, schwärmte Lobodda. Doch schon wenig später fing der Gewerkschafter an, die Agenda 2010 als unsoziales Teufelswerk zu bekämpfen. Aus Protest gründete er zusammen mit anderen Gewerkschaftern die Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG). Obwohl Lobodda dafür aus der SPD flog, wurde er bis heute nicht Mitglied der Partei WASG. Sein Schröder-Lob sei "zu voreilig gewesen", rechtfertigt er heute sein Verhalten. Unlängst handelte er gegen den erklärten Willen des bayerischen IG Metall-Chefs Werner Neugebauer mit einer Motorenfirma eine 42-Stunden-Woche aus. "Der Gerd ist unberechenbar geworden", klagen inzwischen Metallgewerkschafter, die obendrein argwöhnisch die Nähe des WASG-Gründers zu Nürnberger CSU-Größen beobachten.

Wenn es nur das wäre. Hinter den Kulissen der zweitgrößten bayerischen IG Metall-Verwaltungsstelle rumort es zurzeit gewaltig. Das Tischtuch zwischen Lobodda und dem im Zuge der laufenden Auseinandersetzungen um das AEG-Werk bundesweit bekannt gewordenen 2. Bevollmächtigten Jürgen Wechsler ist offenkundig zerschnitten, ebenso jenes zwischen Lobodda und Neugebauer. Obendrein ist die Nürnberger IG Metall faktisch pleite; nur der finanzielle Tropf der Bundeszentrale in Frankfurt sichert ihr das Überleben. Für den Bundesvorstand sind die chronisch klammen Nürnberger ein teures Problem geworden. Nach Informationen der Süddeutschen Zeitung muss Frankfurt bis Ende 2008 knapp zwei Millionen Euro der IG Metall in Nürnberg überweisen, um deren Zahlungsunfähigkeit abzuwenden. Ein Sanierungsprogramm ist bereits eingeleitet, greift aber noch nicht in ausreichendem Maße. Es sieht auch den Abbau von Personal vor. Taten ehedem neun hauptamtliche Gewerkschaftssekretäre in der Verwaltungsstelle Dienst, sind es derzeit noch sieben, von denen einer vom Bundesvorstand bezahlt wird. Eine Stelle soll noch gestrichen werden.

Nur noch 32 000 Mitglieder

Die finanzielle Schieflage hat viel mit dem anhaltenden Strukturwandel zu tun. Das Wegbrechen großer Industriebetriebe wie Triumph Adler oder Grundig ließ auch die Zahl der IG Metall-Mitglieder von ehedem 40 000 auf inzwischen 32 000 abschmelzen. Sie verteilen sich auf verhältnismäßig viele Firmen, deren Betreuung hohe Organisationskosten verursacht. Hinzu kommt, dass in Nürnberg Metallarbeiter im Schnitt weniger verdienen, als ihre Kollegen anderswo. Deshalb zahlen sie auch niedrigere Gewerkschaftsbeiträge. All dies könne man nicht steuern, sagt Lobodda und weist mit alle Kritik zurück, er hätte bereits früher gegensteuern müssen.

Die Lage ist inzwischen so kritisch, dass der Nürnberger IG Metall der Verlust der Eigenständigkeit droht. Die Frankfurter Zentrale drängt zur Fusion, zumindest aber zur engen organisatorischen Zusammenarbeit mit den Verwaltungsstellen in Fürth und Erlangen. "Das Thema wird 2006 enorme Dynamik gewinnen", weiß ein Insider. Die Erlanger und Fürther hätten sich noch nicht festgelegt, heißt es. Gerd Lobodda plädiert für eine vollständige Fusion - im Gegensatz zu seinem Vize Jürgen Wechsler, der die Nürnberger Selbständigkeit unter allen Umständen erhalten will.

Nach außen bekommen Lobodda und Wechsler den Schulterschluss noch hin; intern haben sie sich nur noch das Nötigste zu sagen und sind sich selten einig. Insider beschreiben ihr Verhältnis als "im Ton zwar sachlich, insgesamt aber schwer unterkühlt." Differenzen werden immer offenkundiger, etwa in strategischer Hinsicht, wie das aktuelle Beispiel AEG zeigt. Der gerne ins Grundsätzliche abschweifende Lobodda redet einmal mehr von regionaler Strukturpolitik und fordert Hilfe von der Politik. Pragmatiker Wechsler sieht zuvörderst die Arbeitsplatzvernichter im AEG-Mutterkonzern Electrolux gefordert. Er habe es "satt, dass die Arbeitgeber über die hohen Sozialkosten jammern, aber wenn sie Betriebe schließen, der Allgemeinheit die

Leute vor die Tür kippen." Lobodda räumt auf Anfrage "normale Reibungsverluste" mit Wechsler und mit Bayerns IG Metall-Chef Neugebauer ein. Die wiederum wollen sich "zu internen Fragen nicht äußern". Gut möglich, dass der nur noch mühsam aufrecht erhaltene Burgfriede zwischen Lobodda und Wechsler zerbricht, wenn die Neuwahlen des Nürnberger IG Metallvorstandes im Januar 2007 vorbereitet werden.

Von Uwe Ritzer

Provokateure mit Verantwortung

Das es bei der AEG in Nürnberg zu einem Arbeitskampf kommen wird, überrascht nicht. Ebenso wenig, dass sich beide Seiten für das Scheitern der Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag gegenseitig die Schuld zuschieben. Tatsache ist, dass die IG Metall nicht nur am Verhandlungstisch argumentierte, sondern ungeniert und mit Hochdruck die Vorbereitungen für den Arbeitskampf traf. Tatsache ist aber auch, dass der schwedische AEG-Mutterkonzern Electrolux seit Monaten keine Gelegenheit auslässt, um die Beschäftigten zu provozieren. Die angeblich vorbehaltlose Überprüfung des Standortes möglich in ihrem Ablauf eher der Vollstre-

ckung eines längst gefällten Todesurteils, das dann auch noch mit fragwürdigen Zahlen begründet wurde. Die Forderungen der IG Metall für den Sozialtarifvertrag ignoriert man seit vier Wochen. Und nun will Electrolux auch noch den Angestellten der Logistik an den Geldbeutel, die von heute auf morgen Gehaltskürzungen von bis zu 45 Prozent zustimmen sollen.

All dies erschwert den Weg zurück an den Verhandlungstisch, darf ihn aber nicht verstellen. Beide Seiten müssen nicht nur ein Interesse daran haben, eine Lösung für die 1750 Betroffenen zu finden. Sie tragen für sie auch eine Verantwortung.

Uwe Ritzer

Süddeutsche Zeitung 14.01.2006

Bei AEG drohen Streiks

Neuer Konflikt: Electrolux-Management will kurzfristig Gehälter von Angestellten drastisch kürzen

Nürnberg – Nach dem Scheitern der Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag für die 1750 Beschäftigten im Nürnberger AEG-Werk stehen die Zeichen auf Arbeitskampf. Während beide Seiten sich dafür gegenseitig die Verantwortung zuschieben, entwickelt sich nun auch im Angestelltenbereich ein tarifpolitischer Konflikt.

Von Uwe Ritzer

Nach Angaben des AEG-Betriebsratsvorsitzenden Harald Dix hat das Management von AEG und des Mutterkonzerns Electrolux etwa 100 Nürnberger Beschäftigte der AEG Logistik GmbH ultimativ aufgefordert, ihrer tariflichen Neueingruppierung vom 1. Februar an zuzustimmen. Den Betroffenen drohen dadurch drastische Einkommenseinbußen. Ein angelernter Lagerarbeiter mit einem Bruttomonatgehalt von bisher 2300 Euro würde künftig 400 Euro weniger verdienen und ein hochqualifizierter Angestellter solle statt 4500 Euro nur noch 2500 Euro erhalten, rechnete Dix vor. Denn im Zuge der Neuorganisation von Bereichen wie Logistik oder Vertrieb als eigenständige GmbH's ist die AEG aus dem Metallarbeitgeberverband ausgetreten. Nun sollen statt der Metall- künftig die weit niedrigeren Tarife des Groß- und Einzelhandelsverbandes gelten. Bayerns IG Metall-Bezirksleiter Werner Neugebauer kündigte dagegen harten Widerstand an.

Im Kampf um einen Sozialtarifvertrag für die 1750 Mitarbeiter der zur Schließung bis Ende 2007 anstehenden Waschmaschinen-, Geschirrspüler- und Wäschetrocknerfabrik haben sich die Fronten verhärtet. Die Verhandlungen waren bereits in der zweiten Runde am Donnerstagabend in Ingolstadt gescheitert. Die Arbeitgeberseite hatte ein angekündigtes Angebot nicht vorgelegt und stattdessen von der Arbeitnehmerseite verlangt, alle Protestaktionen bis mindestens 31. Januar einzustellen. Die IG Metall sprach von Wortbruch und Erpressung und lehnte ab.

Am Freitag beantragte die Große Tarifkommission bei AEG beim IG Metall-Bundesvorstand die Urabstimmung über einen Arbeitskampf. Sollte dieser erwartungsgemäß am kommenden Montag zustimmen, wird die Urabstimmung am Dienstagfrüh beginnen und anderthalb Tage dauern. Nürnbergs IG Metall-Vize Jürgen Wechsler forderte die Belegschaft auf, „mit weit über die erforderlichen 75-Prozent-Zustimmung hinaus“ für



Streiks zu votieren. Diese würden dann frühestens am 19. Januar beginnen. Während die Beschäftigten am Freitag die Arbeit verweigerten, wollen sie am Montag regulär an ihre Bänder zurückkehren.

Die Arbeitgeberseite betonte ihre Gesprächsbereitschaft, erneuerte zugleich aber ihre Vorwürfe an die Adresse der IG Metall. Bereits vor der zweiten Verhandlungsronde habe sie zu Warnstreiks aufgerufen und einen Arbeitskampf vorbereitet. „Das zeigt deutlich, dass die Gewerkschaft zu einem ernsthaften Dialog nicht bereit ist, sondern von vornherein fest eingeplant hatte, die Gespräche scheitern zu lassen“, erklärte Horst Winkler, verantwortlicher Manager für die europäischen Electrolux-Werke. Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der bayerischen Metall- und Elektro-Industrie (VBM) nannte das Verhalten der IG Metall „reichlich dreist“. Man könne nicht „eine Eskalati-

on vorbereiten und sich gleichzeitig an den Verhandlungstisch setzen“, sagt er der SZ. Dies zeige, dass die Gewerkschaft von Anfang an einen Arbeitskampf führen wollte.

Die IG Metall wies dies zurück. Warnstreiks im Zuge von Tarifverhandlungen seien nicht ungewöhnlich. Sie warf der Arbeitgeberseite vor, die Verhandlungen künstlich in die Länge ziehen zu wollen. Bereits seit 16. Dezember lägen die gewerkschaftlichen Forderungen vor, ohne dass bislang ein Gegenvorschlag kam. Mit dem geforderten Protestverzicht habe AEG erreichen wollen, dass in polnischen Werken dringend benötigte Produkte in Nürnberg gefertigt würden. „Man hat Gründe gesucht, um kein Angebot machen zu müssen“, sagte Neugebauer. Wechsler sprach von „taktischen Spielchen, mit denen man versucht, die IG Metall in die Rolle des Verweigerers zu treiben.“ (Firmen des Tages)

Die Verbitterung ist groß bei den AEG-Arbeitern in Nürnberg nach dem Scheitern der Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag. In klimmender Kälte stehen sie am Freitag (Foto) vor den Werkstoren und applaudieren Betriebsratschef Harald Dix, der die Kampfbereitschaft anheizt: „Die verarschen uns bis zum Letzen“, ruft Dix an die Adresse der AEG-Muttergesellschaft Electrolux. Foto: dpa

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 19.01.2006, Ausgabe Deutschland, S. 20 / Ressort: Wirtschaft

Streik bei AEG-Electrolux in Nürnberg startet am Freitag

Fast 97 Prozent Zustimmung für einen langen Arbeitskampf / Es geht um einen Sozialtarifvertrag für 1750 Beschäftigte

Nürnberg - Mit der höchsten Zustimmungsquote, die je bei einer Urabstimmung der IG Metall erzielt wurde, treten die 1750 Beschäftigten des Hausratwerks von AEG-Electrolux in Nürnberg von Freitag an in einen unbefristeten Streik. Ziel ist es, einen Sozialtarifvertrag durchzusetzen, der die materiellen Folgen der geplanten Werksschließung für die Belegschaft erheblich abmildern soll. Der schwedische Mutterkonzern Electrolux will das Werk in Nürnberg Ende 2007 komplett schließen. Die Produktion von Spülmaschinen, Wäschetrocknern und Waschmaschinen soll in neuen Betrieben in Polen weitergeführt werden. Auch zum Konzern gehörende Fabriken in Italien sollen einen Teil der Fertigung übernehmen.

Im 7. Stock des Nürnberger Gewerkschaftshauses brach minutenlanger Jubel bei den versammelten Betriebsräten und Vertrauensleuten aus, als der bayerische Bezirksleiter der IG Metall, Werner Neugebauer, am Mittwochnachmittag das Ergebnis der Stimmenauszählung bekannt gab. Nur sechs Gewerkschaftsmitglieder hatten mit Nein votiert. 96,35 Prozent waren für einen Arbeitskampf, der Wochen dauern kann. Während die Konzernleitung die Kosten der Stilllegung in Nürnberg nur mit 230 bis 250 Millionen Euro veranschlagte, treibt das von der IG Metall vorgelegte Forderungspaket den Preis für die Werksschließung auf 700 bis 800 Millionen Euro. Kernstück sind neben Abfindungszahlungen im Umfang von drei Brutto-Monatsgehältern pro Jahr der Betriebszugehörigkeit Gehaltsgarantien für alle Belegschaftsangehörige bis zum Jahr 2010. Für ältere Beschäftigte ab 53 Jahren sollen Vorruhestandregelungen getroffen werden.

Electrolux ging auf die Forderungen in den ersten beiden Verhandlungsrunden nicht ein. Die IG Metall verließ daraufhin vor einer Woche den Platz am grünen Tisch. Die Gewerkschaft kehre erst wieder zu Gesprächen zurück, wenn die Konzernführung ein Gegenangebot unterbreite, sagt der Streikführer der IG Metall, Jürgen Wechsler, nach der Urabstimmung. Er stelle erste Anzeichen von wachsender Nervosität bei AEG-Electrolux fest. Nach Angaben des Betriebsratsvorsitzenden Harald Dix sind erste Lieferengpässe aufgetreten. "Die Lager reichen bestenfalls zwei Wochen, bei hochwertigen Kücheneinbaugeräten sind es sogar nur ein paar Tage", sagte Dix. Die neu errichteten Werke in Polen könnten erst in sechs Monaten produzieren. Die Fabriken in Italien sein zu stark ausgelastet, um einspringen zu können. "Die nächsten Tage werden für Electrolux sehr schmerhaft werden", sagte Dix.

Neugebauer rechnet allerdings mit Gegenmaßnahmen der Geschäftsleitung. Es seien Provokationen geplant, die ein schlechtes Licht auf die Streikenden werfen sollten, sagte er. Seinen Informationen zufolge gebe es Vorbereitungen, am Freitag zum Beginn des Streiks Krawalle an den Werkstoren zu inszenieren. Er warne die Firmenleitung vor einem derartigen Vorgehen, man dürfe nicht mit den Emotionen der Menschen spielen. Der Konzern könnte den Streik mit sofortigen Angeboten abwenden. Dies Angebote müssten allerdings die elementaren Forderungen der IG Metall erfüllen.

"Doch Electrolux hat sich bis jetzt nicht bei uns gemeldet", sagte Wechsler am Mittwoch. Gewerkschaft und Beschäftigte seien vielmehr aufgefordert worden, bereits vor der Urabstimmung befristete Arbeitsniederlegungen zu unterlassen. Zuletzt hatte der für die europäischen Electrolux-Werke zuständige Manager Horst Winkler erklärt, die Gewerkschaft sei zu keinem ernsthaften Dialog bereit.

Electrolux sprach am Mittwoch von einem bedauerlichen Votum der Belegschaft. "Bei einem Streik gewinnt niemand", sagte Electrolux-Sprecher Anders Edholm. Der Konzern sei offen für Gespräche.

Von Peter Schmitt



„Keiner geht mehr rein in den Betrieb“: Das AEG-Personal hat am Freitag mit dem Streik begonnen.

Aufstand der Verzweifelten

Nürnberger AEG-Mitarbeiter beginnen ihren Streik

Um 6.20 Uhr ist es noch finster im Nürnberger Stadtteil Muggenhof. Kaum einer würde Jürgen Wechsler erkennen können, wären da nicht die Blechfässer, in die Arbeiter mit leuchtend roten Plastikkumhängen immer wieder größere Mengen klein geschnittene Ladepaletten werfen, um prasselnde Feuer zu erzeugen. Hören aber können die 500 zum Kampf um ihren Arbeitsplatz angetretenen AEG-Mitarbeiter den stellvertretenden Bevollmächtigten der IG Metall von Nürnberg mehr als deutlich: „Der Streik steht, keiner geht mehr rein in den Betrieb.“ Der Satz ist feste Formel beim Ritual von Arbeitskämpfen. Die Umstehenden quittieren mit Jubel, dass es jetzt endgültig zur Sache geht. Sie wollen den schwedischen Konzern Electrolux, Muttergesellschaft des Nürnberger Hausgeräterwerks 1 zu Zugeständnissen zwingen, die ihnen und allen 1750 von Entlassung bedrohten Menschen die Arbeitslosigkeit erträglicher gestalten sollen. Wenn das Werk schon Ende 2007 geschlossen werden soll.

Wechsler ist streikerkropt. Berthold Huber, IG Metall-Vize aus dem Hauptvorstand, ist es noch mehr. Auch er beherrscht das Vokabular und die an solchen Tagen erforderliche Lautstärke. „AEG soll sich nicht wegschleichen können wie ein Dieb, die Menschen hier müssen eine Zukunft haben“, sagt er so schneidend, dass selbst der schwäbische Tonfall kalte Schärfe erhält. Angefeuert vom Beifall der Betroffenen legt er noch ein Dezibel zu, um einen Kapitalismus

anzuprangern „der über die Menschen hinweggeht“.

Dieser erste Streiktag im Nürnberger Westen, dem sich womöglich sehr viele anschließen werden, ist vor allem ein Tag der Reden. Natürlich versichert Oberbürgermeister Ulrich Maly (SPD) den um ihre Zukunft bangenden Menschen, dass sie nicht allein gelassen werden, wenn ihnen AEG „die kalte Seite einer Marktwirtschaft“ zeigt, die auch anderen in Deutschland Angst mache. Auch die Kirche lässt vom Podium ihren Beistand verlautbaren. Und selbstverständlich haben die ersten Belegschaften anderer Großbetriebe in der Stadt und der Region ihr Unterstützung bereits bekundet. „Die Reihen der Solidarität sind geschlossen“, verkündet Nürnbergs IG Metall-Boss Gerd Lobodda.

Wie zum Beweis kommt von außen Bewegung in die Masse der Protestierenden. Eine Busladung Beschäftigter aus dem Werk München-Perlach des Chipherstellers Infineon, das wie der AEG-Betrieb geschlossen werden soll, bahnt sich den Weg vor das Podium. Um vier Uhr sind sie in München losgefahren, um den AEG-Mitarbeitern ihren Schlachtruf einzuprägen: „Wir bleiben hier, dafür kämpfen wir.“ Edmund Stoiber wird die Parole nicht zu hören bekommen. Der von Wechsler angekündigte Besuch am Werkstor entfällt. Der bayerische Ministerpräsident kündigt statt dessen an, er wolle Gewerkschaft und Unternehmen schon nächste Woche zu Gesprächen zusammen bringen.

Peter Schmitt

AEG-Streik rüttelt Politiker wach

IG Metall gegen Vermittlungsangebot von Stoiber / CSU-Abgeordneter warnt vor „sozialer Sprengkraft“

Von Kassian Stroh

Der unbefristete Streik im Nürnberger AEG-Werk rüttelt die Politik wach. Während eines Besuchs bei der streikenden Belegschaft kündigte Günter Gloser (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt, am Samstag an, er werde sich an die schwedische Botschaft in Berlin und an den AEG-Mutterkonzern Electrolux wenden. „Ich möchte deutlich machen, welche Dimension die Entscheidung hat, das AEG-Werk zu schließen“, sagte Gloser. Ein Vermittlungsangebot von Ministerpräsident Edmund Stoiber schlug die IG Metall aus.

Stoiber hatte am Freitag, kurz nach Beginn des Streiks, angekündigt, mit der Gewerkschaft und der Unternehmerseite in dieser Woche zu reden, um „möglichst bald wieder zu konstruktiven Gesprächen“ zu kommen. Die IG Metall lehnte ein solches Treffen jedoch ab: „Es gibt nichts zu vermitteln“, sagte Streikleiter Jürgen Wechsler. „Es gibt nur eines: Electrolux soll ein Angebot auf den Tisch

legen – bei der IG Metall, nicht beim Ministerpräsidenten.“ Stoiber äußerte Verständnis für die Streikenden: „Wer lange hier am Standort Deutschland produziert hat, Gewinne gemacht hat, von den Leistungen der Arbeitnehmer profitiert hat, der hat auch ein Stück sozialer Verantwortung für die Mitarbeiter, wenn er aus unternehmerischen Gründen die Produktion verlagert“, sagte der CSU-Chef.

Auch am Wochenende blockierten etwa 300 AEG-Mitarbeiter als Streikpossten die Werkstore in Nürnberg. Die gesamte Produktion stehe still, sagte ein Gewerkschaftssprecher. Der schwedische Electrolux-Konzern will das AEG-Werk mit seinen 1700 Mitarbeitern Ende 2007 schließen. Die Belegschaft kämpft nun für einen Sozialtarifvertrag. Streikleiter Wechsler bekräftigte, der Streik würde über Wochen durchgehalten. Die AEG hingegen sieht nun die Gewerkschaft am Zug. Ein Firmensprecher sagte, AEG sei „jederzeit“ bereit, die Gespräche fortzusetzen, warte aber auf ein Signal der IG Metall. Sollte es zu Verhandlungen kommen, werde man ein Angebot vorlegen.

Staatsminister Gloser, der aus Nürnberg stammt, sagte, er wolle Electrolux-Chef Hans Straberg ermuntern, „einmal nach Nürnberg zu kommen, damit er das Thema nicht nur vom Vorstandstisch aus sieht“. Auch internationale Konzerne müssten sich ihrer Verantwortung für Europa bewusst sein, mahnte Gloser, der im Auswärtigen Amt für Europafragen zuständig ist. Es sei nicht nachzuvollziehen, dass Electrolux ein Werk schließe, das schwarze Zahlen schreibe. Er befürchte, dass bei solchen Entscheidungen in der Bevölkerung die Akzeptanz für Europa schwinden werde. Die Politik könne deshalb nicht abseits stehen, sondern müsse nach Vermittlungsmöglichkeiten suchen, sagte Gloser. „Sonst können wir all die Hochglanzbroschüren über Europa in den Müll werfen.“

Wegen der Auseinandersetzungen um die AEG forderte der mittelfränkische CSU-Bundestagsabgeordnete Josef Göppel eine internationale Steuer auf Finanzströme. Damit ließen sich „spekulative Geschäfte dämpfen“ und Aktienkäufe würden wieder zu dem, „was sie eigent-

lich sind – nämlich längerfristige Unternehmensbeteiligungen“, sagte Göppel der *Süddeutschen Zeitung*. Die Entscheidung, das Nürnberger AEG-Werk trotz hoher Renditen zu schließen, resultiere aus der Angst, Kapitalgeber könnten sich sonst „lohnenderen Zielen zuwenden“, kritisierte Göppel. Aktienkurse dürften aber nicht das Maß aller Dinge sein. „Wer das achselzuckend als freie Marktwirtschaft abtut, verkennt die soziale Sprengkraft, die sich hier aufbaut.“

Auch der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Franz Maget, mahnte, die Politik müsse in solchen Fällen deutliche Worte finden und die betroffenen Arbeitnehmer unterstützen. „Die drohende Schließung von AEG Nürnberg ist nicht Globalisierung, das ist eine Schweinerei“, sagte Maget.

Nach Angaben der IG Metall wird sich Fritz Schösser, der Landeschef des Gewerkschaftsbundes, heute am frühen Morgen mit den Streikenden treffen. Für Mittwoch werde ein Besuch des Fraktionschefs der Linkspartei im Bundestag, Oskar Lafontaine, erwartet.

AEG-Belegschaft feiert Oskar Lafontaine

Fraktionsvorsitzender der Linkspartei kritisiert in Nürnberg „unverschämte Renditeforderungen“ von Konzernen

Von Peter Schmitt

Nürnberg – Bevor Oskar Lafontaine aufs Rednerpodium durfte, stülpten ihm auf Kamerawirkung achtige IG Metall-Funktionäre eine dieser knallbunten Plastikhüllen mit der Aufschrift „Wir streiken“ über den dunklen Wollmantel. Als der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei später mit einigen Hundert streikenden AEG-Mitarbeitern im Gefolge die kurze Distanz zum blockierten Werkstor 4 zurücklegte, wirkte er wie ein Pfarrer, der segnend eine Prozession anführt. Der frühere SPD-Vorsitzende und kurzzeitige Finanzminister unter Bundeskanzler Gerhard Schröder war gekommen, um den Menschen an der Muggenhofer Straße im Nürnberger Westen Mut zu machen. Sie kämpfen um einen Sozialtarifvertrag, der ihren drohenden Abstieg in die Arbeitslosigkeit wenigstens finanziell abfedern soll.

Die Belegschaft hörte aus dem Mund des Saarländer dankbar die Parole: „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren.“ Diesen Satz hatten sie in letzter Zeit häufig von Funk-



Eine dankbare Zuhörerschaft fand Oskar Lafontaine bei seinem Besuch der streikenden AEG-Mitarbeiter im Werk Nürnberg.

Foto: dpa

tionären und Politikern vernommen. Am sechsten Tag des Ausstands der 1700 Beschäftigten in dem Hausgerätewerk, das vom Mutterkonzern Electrolux zum Jah-

resende 2007 geschlossen werden soll, geißelte Lafontaine den Kapitalismus: Es müsse verboten werden, dass sich Manager über Aktienoptionen auch noch an

Entlassungen bereichern könnten, sagte er und forderte ein Recht der Belegschaften, über Werksschließungen verbindlich abstimmen zu dürfen. Schließlich seien die Beschäftigten nicht lästige Kostenbringer sondern die Erfolgsfaktoren der Unternehmen.

Mit scharfen Worten attackierte er die „häßliche Fratze eines unkontrollierbaren Kapitalismus“ und Kapitalmärkte, die wie ein „Spielkasino“ funktionieren. „Unverschämte Renditeforderungen“ global agierender Konzerne seien „Irrsinn“ und eine „Kriegserklärung“ an Belegschaften, deren Löhne in dem Maße sinken würden, wie die Gewinne der Großunternehmen steigen. „Wir brauchen höhere Löhne und keine Lohnkürzungen“, rief er den AEG-lern zu. Sätze wie „Die Betriebe sind nicht nur Eigentum der Leute, die mal Geld reingesteckt haben, sondern auch Besitz der Beschäftigten, die ihre Lebensarbeitszeit dort verbracht haben“, fielen bei den um ihre Existenz bangenden Zuhörern auf fruchtbaren Boden. Nach einer Stunde mit Händeschütteln, zwei Reden und 50 Euro für die Streikkasse fuhr er wieder ab.



Während der Electrolux-Konzern den AEG-Beschäftigten in Nürnberg etwa 100 Millionen Euro anbieten will, fordert die IG Metall das Fünffache dieser Summe. Die wieder aufgenommenen Verhandlungen dauern an.

Foto: Oliver Lang/ddp

Erster Kompromissvorschlag aus Schweden

Electrolux bietet 100 Millionen Euro

Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag für AEG-Beschäftigte in Nürnberg wieder gestartet

Nürnberg – Electrolux will die 1700 Beschäftigten des Ende 2007 zur Schließung anstehenden Nürnberger AEG-Werkes mit gut 100 Millionen Euro für den Verlust ihrer Arbeitsplätze entschädigen. Mit einem entsprechenden Vorschlag ging der schwedische Konzern in die Sozialtarifverhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern.

Von Uwe Ritter

Nach dreiwöchiger Unterbrechung und einem inzwischen 14-tägigen Arbeitskampf nahmen beide Seiten am Donnerstagabend in einem Nürnberger Hotel die Gespräche wieder auf. Sie dauerten bei Redaktionsschluss noch an. Dabei präsentierten die Electrolux-Vertreter erstmals einen bezifferten konkreten Vorschlag für den Sozialtarifvertrag. Dieser sieht eine Gesamtentschädigung von durchschnittlich etwa 60 000 Euro pro Mitarbeiter vor, was angeblich zwei durchschnittlichen Jahreslöhnen entspricht. Der Electrolux-Vorschlag sei sehr individuell und flexibel auf die Betroffenen zugeschnitten, hieß es. Er ruht im Wesentlichen auf drei Säulen: Zum ei-

nen sollen Beschäftigte ab 55 Jahren mit mindestens 25-jähriger Betriebszugehörigkeit, sowie solche ab 59 Jahren, die seit mindestens zehn Jahren bei AEG arbeiten, in Frührente gehen können. Ihnen bietet der Konzern bis zum regulären Eintritt in die Rente eine Überbrückung mit 85 Prozent ihres bisherigen Bruttolohnes an. Demgegenüber fordert die IG Metall, jedem von der Werksschließung Betroffenen ab 53 Jahren bis zum Renteneintritt seinen bisherigen Netto- lohn voll weiter zu bezahlen.

Weit größer ist die Differenz zwischen der gewerkschaftlichen Forderung und dem Electrolux-Angebot bei den Abfindungen. Die IG Metall verlangt pro Beschäftigungsjahr drei Bruttogehälter netto. Electrolux bietet 0,7 Monatsgehälter pro Beschäftigungsjahr. „Das wäre der höchste Wert, den Electrolux oder die AEG in Deutschland je bezahlt haben“, hieß es. Wobei der Konzern eine Kombination mit der dritten Säule eines Sozialtarifvertrages anbietet, nämlich einer Beschäftigungsgesellschaft. In ihr sollen nach Electrolux-Vorstellungen die meist un- und angelernten AEG-Mitarbeiter

bis zu einem Jahr beruflich qualifiziert werden. Wer dieses Angebot überhaupt nicht oder verkürzt in Anspruch nehmen will, dessen jeweilige Qualifizierungskosten sollen auf die Abfindung aufgeschlagen werden. Dieses Angebot richtet sich vor allem an jene, die schneller wieder eine neue Arbeit finden, hieß es. Im Einzelfall könnten manche ihre Abfindungen so auf über ein Monatsgehalt pro Beschäftigungsjahr schrauben.

Das Gesamtvolumen des Electrolux-Angebots liegt damit in der Größenordnung von gut 100 Millionen Euro. Die Forderungen der IG Metall belaufen sich etwa auf das Fünffache dieser Summe. In einer ersten Reaktion sagte denn auch Jürgen Wechsel, einer der Verhandlungsführer der IG Metall, am Abend: „Auf dieser Basis kommen wir nie zu einem Ergebnis.“ Insgesamt hat Electrolux die Kosten für die Werksschließung auf 240 Millionen Euro veranschlagt. Neben den Sozialkosten sind dabei auch der Maschinentransfer nach Polen und Italien, die Abwicklung des Nürnberger Werksgeländes sowie Abschreibungen enthalten. (Bayern)

Die 300-Millionen-Euro-Lücke

IG Metall und AEG hoffen an diesem Samstag auf eine Annäherung

urit Nürnberg – Auch nach dem Angebot von Electrolux für einen Sozialplan für die 1700 Beschäftigten des zur Schließung anstehenden Nürnberger AEG-Werkes ist ein Ende des Arbeitskampfes nicht in Sicht. Arbeitgeber und Gewerkschaft werden ihre Verhandlungen zwar an diesem Samstag fortsetzen, doch zwischen dem Angebot des AEG-Mutterkonzerns und den Forderungen der IG Metall klafft eine riesige Lücke. Gewerkschaftsvertreter sprachen davon, dass die Verhandlungen und damit auch der Streik in der Fabrik noch mehrere Wochen dauern könnten.

Am Freitag kam Electrolux der Gewerkschaft in einem bislang umstrittenen Punkt entgegen. Parallel zu den Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag für das Nürnberger Waschmaschinen-, Geschirrspüler- und Wäschetrocknerwerk wird nun auch über die ausgewählten Sparten Logistik und Distribution gesprochen. Beides sind als eigenständige GmbHs organisiert. Ihre Beschäftigten sollen nach den Vorstellungen des Managements künftig nicht nach dem Metall-, sondern nach dem niedrigeren Groß- und Außenhandelstarifvertrag bezahlt werden.

Was den Sozialtarifvertrag für die 1700 Nürnberger Fabrikarbeiter angeht, so trennen Management und IG Metall Welten. Das Gesamtvolumen des Electrolux-Angebotes liegt bei gut 100 Millionen Euro, die Forderungen der Gewerkschaft sind viermal so hoch. Der Verhandlungsführer auf Arbeitnehmerseite, Bayerns IG Metall-Chef Werner Neugebauer, siedelte das Electrolux-Angebot „in der Welt der Liliputs an, nicht aber in der Welt der Realitäten.“ Es würde bedeuten, dass ein Arbeiter nach 20 Jahren bei AEG eine Abfindung von 40 000 Euro erhalten würde. Je nach Steuerklasse kas-

sieren davon bis zu 30 Prozent der Fiskus „und nach zwölf Monaten Arbeitslosigkeit würde der Kollege zum Hartz-IV-Fall, der sich die gesamten Leistungen aus dem Sozialtarifvertrag anrechnen lassen müsste“, wetterte Neugebauer. Das sei für die IG Metall „völlig unakzeptabel.“ Entsprechend lehnte die Tarifkommission bei AEG das Electrolux-Angebot einstimmig ab.

Der für die Electrolux-Produktion in Europa zuständige Manager Horst Winkler warf der IG Metall im Gegenzug vor, den Vorschlag „von vornherein kategorisch abzulehnen, ohne ihn im Detail einmal vernünftig geprüft zu haben.“ Den Verhandlungstermin an diesem Samstag wolle man nutzen, „um Klarstellung und Aufklärung zu betreiben“, sagte Winkler gegenüber der SZ. Ob Electrolux sein Angebot nachbessern wird, ließ er offen.

In die Riege prominenter Politiker und Gewerkschafter, welche seit zwei Wochen die Streikenden besuchen, reihte sich am Freitag auch IG Metall-Chef Jürgen Peters ein. Er warf Electrolux Raubtierkapitalismus vor und sprach von einem „gerechten Kampf“ der Belegschaft. Die Politik dürfe nicht tatenlos zuschauen und müsse die Verlagerung von Arbeitsplätzen innerhalb Europas – wie im Falle AEG von Nürnberg nach Polen und Italien – mit einer Steuer belasten. Es dürfe nicht sein, dass Unternehmen jahrzehntelang von den Standortbedingungen in Deutschland profitierten „und sich dann mit dem Erwirtschafteten einfach davon machen.“ Dabei würden „Gewinne privatisiert und die Kosten der Gesellschaft vor die Füße geworfen,“ sagte Peters. Für kommenden Dienstag ist ein großer Protesttag mit Mitarbeitern aus der gesamten deutschen Weißware-Branche in Nürnberg geplant. (Themen der Woche)

Brennglas AEG

Zwei Dinge haben die zuletzt unversöhnlichen Fronten zwischen dem Management von Electrolux/AEG und den Arbeitnehmervertretern aufgeweicht. Zum einen die Intervention des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber beim Electrolux-Hauptaktionär Wallenberg, der daraufhin den Konzernmanagern einen Marschbefehl zurück an den Verhandlungstisch erteilte. Zum anderen zeigt der Streik Wirkung. Allein der Ausstand der Logistiksparte bereitet Electrolux inzwischen erhebliche Probleme bei Produktionsabläufen und Kundenversorgung.

Doch sollte niemand vorschnellen Hoffnungen erliegen. Weit, sehr weit, liegen beide Seiten auseinander, wenn es um einen Sozialtarifvertrag für die Nürnberger Beschäftigten und die künftige Entlohnung der Mitarbeiter in den Dienstleistungstöchtern von Electrolux/AEG geht. Die Aufgeregtheiten über Verhandlungstermine und Umgangsstil zeigen, wie dünn und brüchig die Gesprächs-

grundlage ist. Es braucht nicht viel, um den Arbeitskampf eskalieren zu lassen.

Velleicht erklärt das den Streiktourismus von Prominenten aus Politik und Gewerkschaft. Fast täglich schaut ein anderes Fernsehgesicht in Nürnberg vorbei, um kameragerecht seine Solidarität mit den Streikenden zu bekunden. Manchem passieren peinliche Pannen, wie IG-Metall-Chef Peters, der den seit 14 Tagen streikenden AEG-lern für ihren „heute begonnenen Kampf“ Glück wünschte.

Die generell große öffentliche Aufmerksamkeit für den Nürnberger Arbeitskampf hat vor allem damit zu tun, dass es längst um mehr geht als nur um eine Fabrik. Wie durch ein Brennglas fokussiert sich bei AEG, dass viele Menschen Globalisierung mehr als Bedrohung denn als Chance empfinden. Sie sind wütend, wenn internationale Konzerne Arbeitsplätze und damit menschliche Existenzen als reine Manövriermasse im Streben nach möglichst hohen Gewinnen betrachten.

Uwe Ritter

Kampf um das große Ganze

Im Nürnberger AEG-Werk streiten die Beschäftigten für ihre Arbeitsplätze und gegen die Ohnmacht der Politik

Von Uwe Ritzer

Plötzlich standen sie da. Fast unbemerkt waren sie in das Streikzelt vor dem Nürnberger AEG-Werk geschlichen, um ihre Solidarität zu demonstrieren. Ihr Protesttransparent hatten sie vor sich gespannt wie ein Schutzschild. Schließlich betraten die Angestellten der Victoria-Versicherung unbekanntes Terrain: den Straßen-Arbeitskampf, und wenn man unsicher ist, stellt man sich lieber an den Rand, hinter statt vor die Kameras. Sie wirkten fremd, die fein herausgeputzten Bürodamen und die Herren in Anzug mit Schlipps. Fremd in diesem von kämpferischen Parolen, wütenden Pfiffen und dicht gedrängten Streikenden dampfenden Zelt. Manch einer der Zaghaften sah mutmaßlich zum ersten Mal überhaupt aus der Nähe einen leibhaftigen Metallgewerkschafter bei der Protestarbeit.

„Es ist hochspannend, was sich hier momentan an Globalisierungsdebatte hochschaukelt und wer sich alles daran beteiligt“, sagt Werner Neugebauer, der bayerische Bezirksleiter der IG Metall. Er führt auf Arbeitnehmerseite die Verhandlungen mit den Managern des schwedischen AEG-Mutterkonzerns Electrolux. Dem will die Gewerkschaft im Idealfall doch noch den Erhalt des Nürnberger Waschmaschinen-, Geschirrspüler- und Wäschetrocknerwerkes abtrotzen. Tatsächlich aber wird nur noch über den Umfang eines Sozialtarifvertrages für die 1700 Beschäftigten verhandelt, die bis Ende 2007 ihre Arbeitsplätze verlieren werden.

Doch im Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit geht es bei AEG nicht nur um ein Werk, seine Beschäftigten und ein deutsches Traditionssernehmen. Es geht ums Grundsätzliche, um die Frage, ob internationale Großkonzerne in ihrem Profitstreben beliebig mit Standorten, Arbeitsplätzen und damit menschlichen Existzen jonglieren können, ungebremst von der Politik. Electrolux, mit 72 000 Beschäftigten nach eigenen Angaben weltgrößter Hersteller von Haushaltsgeräten, sieht sich dabei am Pranger, stellvertretend für alle grenzüberschreitend agierenden Unternehmen, „die, um wettbewerbsfähig zu bleiben, aus Kostengründen Arbeitsplätze ins günstigere Ausland verlagern“, wie ein Manager formuliert. Der IG Metall gehe es vor allem um die Werbung neuer Mitglieder und damit die Rückkehr zu früherer Macht und Herrlichkeit, klagt er.

Verbale Kraftmeierei

Die innenpolitische Debatte gewann an Fahrt mit einer Äußerung des globalisierungskritischer Umtreibe völlig unverdächtigen bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Chefs Edmund Stoiber. Er warnte ein Mitglied der Hauptaktionärsfamilie von Electrolux, im Falle der AEG stehe „ganz grundsätzlich die Akzeptanz unserer Wirtschaftsordnung bei den Menschen“ auf dem Spiel. Vizekanzler Franz Müntefering schrammte wenige Tage später bei einer Kundgebung in Nürnberg nur haarscharf an einer Neuauflage seines Heuschrecken-Vergleichs vorbei, als er den „modernen Kapitalismus“ einer „großen Finanzindustrie“ anprangerte. Der müsse Einhalt geboten werden müsse, ehe sie aus purer Renditegier die Menschen zu Nummern degradiere.

Dergleichen verbale Kraftmeierei kann nicht übertünchen, dass Electrolux der deutschen Politik seit Monaten ihre Machtlosigkeit ungeniert vorführt. Wie ein Bittsteller musste sich der damalige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement vorkommen, als er zusammen mit einem bayerischen Staatssekretär und Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly bei Konzernchef Hans Straberg in Stockholm vorsprach. Kaum hatte dieser das Aus für Nürnberg verkündet, riet Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber (CSU) den AEGlern, sich untertägig mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze abzufinden. Man könne nun mal nichts ma-



„Da kommen Leute, die bislang mit der Gewerkschaft nichts am Hut hatten“, wundern sich die Organisatoren des Nürnberger AEG-Streiks. Foto: AP

chen, wenn Waschmaschinen in Polen billiger zusammengeschraubt werden können. Mehr hilflos als ernst gemeint wirkte die Ankündigung von Günter Glosner (SPD), dem aus Nürnberg kommenden neuen Staatsminister im Auswärtigen Amt, er werde sozusagen auf höchster diplomatischer Ebene mit dem schwedischen Botschafter ein ernstes Wörtchen reden. In den vergangenen Monaten ist es der deutschen Politik nicht einmal gelungen zu klären, ob Electrolux für zwei neue Werke in Polen direkte oder indirekte EU-Fördermittel erhalten hat. Weitgehend Parteidner und Gewerkschaftsfunktionäre auch Scheingefechte führen, wenn sie im Nürnberger Streikzelt die EU-Förderpolitik geißeln.

Bei ihren Visiten vor dem AEG-Werkstor treffen die Politiker neben den bei

Streiks üblichen, von der Gewerkschaft angekarrten Solidaritätsdelegationen aus anderen Metallbetrieben an der Muggenhofer Straße zunehmend unerwartete Besucher. „Da kommen Leute, die mit Gewerkschaften bislang nichts am Hut hatten“, stellt der örtliche IG Metall-Streikleiter Jürgen Wechsler verblüfft fest. Nicht nur brave Versicherungsangestellte verbrüderen sich aus Angst um die auch bei ihnen Verlagerung ihrer Arbeitsplätze mit robusten AEG-Metallern.

Ein Sportartikelhändler, dem die Waschmaschinenbranche ziemlich egal sein könnte, lud Kartons mit warmer Skianzüge und Winterjacken für die frierenden Streikposten ab. Die Beschäftigten einer Modelleisenbahnfirma brachten Hühnersuppe, Arbeiter eines Elektrounternehmens lieferten Holz für

die Feuerthonen. Immer wieder servieren Gastwirte kostenloses Essen, Privatleute spendieren Würstchen oder Geld. Ein Bäcker besuchte eigens die Sprechstunde des bayerischen Innenministers Günther Beckstein, um ihn zum Handeln aufzufordern. Musiker spielten für die Streikposten. Tausende Fußballfans klatschten im Frankenstadion, als AEGler vor einem Bundesligaspiel ein riesiges Transparent entrollten. Zwei Nürnberger Lokalzeitungen veröffentlichten eine gemeinsame Solidaritäts-Beilage, und die E-Mail-Speicher und die Faxgeräte von Betriebsrat und IG Metall quellen ohnehin über vor Unterstützerschreiben.

Angesichts von soviel Solidarität geraten die Politiker zunehmend ins Grübeln darüber, dass verbale Drohgebärden und bloßes Schulterzucken ihrerseits nicht mehr reichen könnten. „Vielleicht hat sich die Politik in den vergangenen Jahren machtloser gefühlt als sie in Wirklichkeit ist“, sinnierte ein nachdenklicher bayerischer Oppositionschef Franz Maget am Rande des Streikzeltes.

Reine Schadensbegrenzung

Den SPD-Politiker beschleicht nach eigenen Worten zunehmend das Gefühl, „dass der blinde Glaube an die unabänderlichen Zwänge der Globalisierung nachlässt und die Aufträge an die Politik, etwas zu tun, immer kritischer und nachhaltiger werden.“ AEG-Streikleiter Wechsler formuliert es so: „Wir brauchen eine Kehrtwende in der Globalisierungsdebatte in Richtung Primat der Politik.“ Vor allem aber müsse aufhören, „dass Unternehmen jahrelang satte Ge-

ANZEIGE

Mord Wide Web.

www.sz-krimi.de

Die Fahndung nach den besten Nachwuchskrimiautoren läuft: Das Krimiblog der Süddeutschen Zeitung.

Süddeutsche Zeitung Kriminalbibliothek

Nichts ist, wie es scheint.

winne einfahren, bei Entlassungen und Verlagerungen aber die Kosten der Allgemeinheit aufzubürden.“ Auch darum ginge es beim AEG-Arbeitskampf, „nämlich über einen weitgehenden Sozialtarifvertrag mit hohen Abfindungen, einer mehrjährigen Beschäftigungsgesellschaft und großzügigen Vorruststandsregelungen Electrolux in die Verantwortung für die Beschäftigten zu nehmen.“

Im Grunde aber ist das reine Schadensbegrenzung. Wie sollen gewählte Parlamente und Regierungen künftig auf die Zentralen internationalen Konzerne wirksam Einfluss nehmen, um Betriebsverlagerungen des Profites wegen zu verhindern? Das sei „sehr schwierig“, gestand Arbeitsminister Müntefering ein und floh in seinen weiteren Ausführungen zum Thema ins Allgemeine. Für Bertram Brossard war der Nürnberger Auftritt des Vizekanzlers ohnehin nur geeignet, „ausländische Unternehmen aus Deutschland zu vertreiben oder von vornherein abzuschrecken.“

Für den Hauptgeschäftsführer des bayerischen Metallarbeitgeberverbandes VBM läuft überhaupt die „notwendige gesellschaftspolitische Diskussion in die falsche Richtung.“ Statt nach Wegen zu suchen, ohnehin nicht fesselbare internationale agierende Unternehmen an die Kandare zu nehmen, solle die Politik lieber „endlich eine funktionsfähige Marktwirtschaft schaffen, um über Wettbewerbsfähigkeit zu neuen Arbeitsplätzen zu kommen.“

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 07.02.2006, Ausgabe Deutschland, S. 8 / Ressort: Politik

"Es ist spannend, was sich hier in der Globalisierungsdebatte hochschaukelt"

Kampf um das große Ganze

Im Nürnberger AEG-Werk streiten die Beschäftigten für ihre Arbeitsplätze und gegen die Ohnmacht der Politik

Plötzlich standen sie da. Fast unbemerkt waren sie in das Streikzelt vor dem Nürnberger AEG-Werk geschlichen, ihr Protesttransparent vor sich gespannt wie ein Schutzschild. Schließlich betraten die Angestellten der Victoria-Versicherung ihnen bislang unbekanntes Terrain und ihre Unerfahrenheit im Straßen-Arbeitskampf sah man ihnen auch an. Denn wer stellt sich schon ganz an den Rand und hinter statt vor die Kameras, wenn er sein Anliegen öffentlich machen will? Überhaupt wirkten die fein herausgeputzten Bürodamen und die Herren in Anzug mit Schlips fremd in diesem von kämpferischen Parolen, wütenden Pfiffen und dicht gedrängten Streikenden dampfenden Zelt. Manch einer der Zaghaften sah mutmaßlich zum ersten Mal überhaupt einen leibhaftigen Metallgewerkschafter bei der Protestarbeit aus der Nähe zu.

"Es ist hochspannend, was sich hier momentan an Globalisierungsdebatte hochschaukelt und wer sich alles daran beteiligt", sagt Werner Neugebauer, der bayerische Bezirksleiter der IG Metall. Er führt auf Arbeitnehmerseite die Verhandlungen mit den Managern des schwedischen AEG-Mutterkonzerns Electrolux. Dem will die Gewerkschaft im Idealfall doch noch den Erhalt des Nürnberger Waschmaschinen-, Geschirrspüler- und Wäschetrocknerwerkes abtrotzen. Tatsächlich wird nur noch über den Umfang eines Sozialtarifvertrages für die 1700 Beschäftigten verhandelt, die bis Ende 2007 ihre Arbeitsplätze verlieren werden. Im Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit aber geht es bei AEG nicht nur um ein Werk, seine Beschäftigten und ein deutsches Traditionss Unternehmen.

Es geht ums Grundsätzliche, um die Frage nämlich, ob internationale Großkonzerne in ihrem Profitstreben beliebig mit Standorten, Arbeitsplätzen und damit menschlichen Existzen jonglieren können, ungebremst von der Politik. Electrolux, mit 72 000 Beschäftigten nach eigenen Angaben weltgrößter Hersteller von Haushaltsgeräten, wähnt sich dabei stellvertretend für alle grenzüberschreitend agierenden Unternehmen am Pranger, "die um wettbewerbsfähig zu bleiben aus Kostengründen Arbeitsplätze ins günstigere Ausland verlagern", klagt ein Manager. Der IG Metall gehe es vor allem um die Werbung neuer Mitglieder und damit die Rückkehr zu früherer Macht und Herrlichkeit.

Verbale Kraftmeierei

Die innenpolitische Debatte gewann an Fahrt mit einer Äußerung des globalisierungskritischer Umtriebe völlig unverdächtigen bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Chefs Edmund Stoiber an. Er warnte ein Mitglied der Hauptaktionärsfamilie von Electrolux, im Falle AEG stehe "ganz grundsätzlich die Akzeptanz unserer Wirtschaftsordnung bei den Menschen" auf dem Spiel. Vizekanzler Franz Müntefering schrammte wenige Tage später bei einer Kundgebung in Nürnberg nur haarscharf an einer Neuauflage seines Heuschrecken-Vergleichs vorbei, als er den "modernen Kapitalismus" einer "großen Finanzindustrie" anprangerte, welcher Einhalt geboten werden müsse, ehe sie aus purer Renditegier die Menschen zu bloßen Nummern degradiere.

Dergleichen verbale Kraftmeierei kann nicht übertünchen, dass Electrolux der deutschen Politik seit Monaten ihre Machtlosigkeit ungeniert vorführt. Wie ein Bittsteller musste sich der damalige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement vorkommen, als er zusammen mit einem bayerischen Staatssekretär und Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly bei Konzernchef Hans Straberg in Stockholm vorsprach. Kaum hatte dieser das Aus für Nürnberg verkündet, riet Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber (CSU) den AEGlern, sich untertänigst mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze abzufinden. Man könne nun mal nichts machen, wenn Waschmaschinen in Polen billiger zusammengeschraubt werden können. Mehr hilflos als ernst gemeint wirkte die Ankündigung von Günter Glosen (SPD), dem aus Nürnberg kommenden neuen Staatsminister im Auswärtigen Amt, er werde sozusagen auf höchster diplomatischer Ebene mit dem schwedischen Botschafter ein ernstes Wörtchen reden. In den vergangenen Monaten ist es der deutschen Politik nicht einmal gelungen zu klären, ob Electrolux für zwei neue Werke in Polen direkte oder indirekte EU-Fördermittel erhalten hat. Weshalb Parteidredner und Gewerkschaftsfunktionäre auch Scheingefechte führen, wenn sie im Nürnberger Streikzelt die EU-Förderpolitik geißeln.

Bei ihren Visiten vor dem AEG-Werkstor treffen die Politiker neben den bei Streiks üblichen, von der Gewerkschaft angekarnten Solidaritätsdelegationen aus anderen Metallbetrieben an der Muggenhofer Straße zunehmend völlig unerwartete Besucher. "Da kommen Leute, die mit Gewerkschaften bislang nichts am Hut hatten", stellt der örtliche IG Metall-Streikleiter Jürgen Wechsler verblüfft fest. Nicht nur brave Versicherungsangestellte verbrüdern sich aus Angst um die auch bei ihnen Verlagerung ihrer Arbeitsplätze mit robusten AEG-Metallern. Ein völlig unbeteiligter Sportartikelhändler lud Kartons mit warmer Skunterwäsche und Winterjacken für die des nächtens bei Minusgraden frierenden Streikposten ab. Die Beschäftigten einer Modelleisenbahnfirma brachten Hühnersuppe, Arbeiter eines Elektrounternehmens lieferten Holz für die Feuertronnen. Immer wieder servieren Gastwirte kostenloses Essen, Privateute spendieren Würstchen oder Geld. Ein Bäcker besuchte eigens die

Sprechstunde des bayerischen Innenministers Günther Beckstein, um ihn zum Handeln aufzufordern, Musiker spielten für die Streikposten. Tausende Fußballfans klatschten im Frankenstadion als AEGler vor einem Bundesligaspiel ein riesiges Transparent entrollen. Zwei Nürnberger Lokalzeitungen veröffentlichten eine gemeinsame Solidaritäts-Beilage und die E-Mail-Speicher und die Faxgeräte von Betriebsrat und IG Metall quellen ohnehin über vor Solidaritätsadressen.

Angesichts von soviel Solidarität geraten die Politiker zunehmend ins Grübeln darüber, dass verbale Drohgebärden und bloßes Schulterzucken ihrerseits nicht mehr reichen. "Vielleicht hat sich die Politik in den vergangenen Jahren machtloser gefühlt als sie in Wirklichkeit ist", sinnierte ein nachdenklicher bayerischer Oppositionschef Franz Maget dieser Tage am Rande des Streikzeltes.

Den SPD-Politiker beschleicht nach eigenen Worten zunehmend das Gefühl, "dass der blinde Glaube an die unabänderlichen Zwänge der Globalisierung nachlässt und die Aufträge an die Politik, etwas zu tun, immer kritischer und nachhaltiger werden." AEG-Streikleiter Wechsler formuliert es so: "Wir brauchen eine Kehrtwende in der Globalisierungsdebatte in Richtung Primat der Politik." Vor allem aber müsse aufhören, "dass Unternehmen jahrelang satte Gewinne einfahren, bei Entlassungen und Verlagerungen aber die Kosten der Allgemeinheit aufbürden." Auch darum ginge es beim AEG-Arbeitskampf, "nämlich über einen weitgehenden Sozialtarifvertrag mit hohen Abfindungen, einer mehrjährigen Beschäftigungsgesellschaft und großzügigen Vorrhestandsregelungen Electrolux in die Verantwortung für die Beschäftigten zu nehmen."

Im Grunde aber ist das reine Schadensbegrenzung. Wie sollen gewählte Parlamente und Regierungen künftig auf die Zentralen internationaler Konzerne wirksam Einfluss nehmen, um Betriebsverlagerungen des Profites wegen zu verhindern? Das sei "sehr schwierig", gestand Arbeitsminister Müntefering ein und floh in seinen weiteren Ausführungen zum Thema ins Allgemeine. Für Bertram Brossardt war der Nürnberger Auftritt des Vizekanzlers ohnehin nur geeignet, "ausländische Unternehmen aus Deutschland zu vertreiben oder von vornherein abzuschrecken."

Für den Hauptgeschäftsführer des bayerischen Metallarbeitgeberverbandes VBM läuft überhaupt die "notwendige gesellschaftspolitische Diskussion in die falsche Richtung." Statt nach Wegen zu suchen, ohnehin nicht fesselbare international agierende Unternehmen an die Kandare zu nehmen, solle die Politik lieber "endlich eine funktionsfähige Marktwirtschaft schaffen, um über Wettbewerbsfähigkeit zu neuen Arbeitsplätzen zu kommen."

Von Uwe Ritzer

Quelle:

Süddeutsche Zeitung, 07.02.2006, Ausgabe Deutschland, S. 8

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 08.02.2006, Ausgabe Deutschland, S. 21 / Ressort: Wirtschaft

Solidarität mit AEG-Beschäftigten

"Weiße-Ware"-Werker protestieren

Hausgeräte-Hersteller in ganz Deutschland bauen Stellen ab und produzieren verstärkt im Ausland

Nürnberg - Über 3000 Beschäftigte deutscher Haushaltsgeräte-Hersteller haben sich am Dienstag mit der streikenden Nürnberger AEG-Belegschaft solidarisiert. Deren Arbeitskampf sei richtungsweisend für die Branche in Deutschland, waren sich Betriebsräte unter anderem von Miele, BSH und Liebherr Bauknecht einig.

In den Führungsetagen der deutschen Hausgerätebranche werde die Entwicklung bei AEG mit Interesse, und von den gut 45 000 Beschäftigten mit Bangen verfolgt, sagte Peter Krüger, Betriebsratschef der Firma Miele bei der Protestkundgebung in Nürnberg. Er weiß, wovon er redet: Sein Arbeitgeber hatte kürzlich angekündigt, 888 Stellen abzubauen. Dafür wächst der Konzern stark in den USA und in Russland. Auch das Joint-Venture Bosch Siemens Hausgeräte streicht seit Jahren in Deutschland Arbeitsplätze, weil sich bestimmte Produkte hierzulande nicht mehr konkurrenzfähig produzieren lassen. Bauknecht-Betriebsratschef Manfred Böffel äußerte die Befürchtung, dass die Arbeitsplatzverlagerung in der so genannten "Weiße-Ware"-Branche nach Osteuropa massiv weiterbetrieben wird.

Dabei geht es den deutschen Herstellern derzeit keineswegs schlecht. Die oft zitierten Lohnkostenunterschiede zu Osteuropa greifen nur zum Teil, denn das Gros der Produktionskosten fällt für Rohstoffe an. Premiumhersteller Miele meldete zuletzt fünf Prozent mehr Umsatz, bei Bauknecht, das zum US-Konzern Whirlpool gehört, sprang der Gewinn um 70 Prozent. Auch die AEG und ihr Mutterkonzern Electrolux schreiben schwarze Zahlen, ähnlich BSH. Allerdings wird das Geld mit den Wäschetrocknern, Geschirrspülern und Waschmaschinen ganz überwiegend im Ausland verdient. Der deutsche Markt ist gesättigt und die Handelsketten drücken die Preise rigoros. Die Folge war ein rasanter Arbeitsplatzabbau, der seit 1995 die Beschäftigtenzahl um ein Drittel schrumpfen ließ.

Aber es gibt Lichtblicke: So hat Bosch Siemens Hausgeräte (BSH) die geplante Schließung des Berliner Werkes nach den Worten von Betriebsratschef Franz Veh ausgesetzt. BSH-Chef Kurt-Ludwig Gutberlet kündigte an, bis 2010 eine halbe Milliarde Euro in die deutschen Standorte zu investieren.

Liebherr konnte nach den Worten von Betriebsratschef Ottmar Autzinger die bestehende deutsche Fertigung zumindest halten. Und Bauknecht weiß besonders gut, was amerikanische Haushalte wollen. Das Werk in Schorndorf ist voll damit ausgelastet, für den amerikanischen Markt zu produzieren und legte sogar etwas Personal zu. Allerdings ist es um das Geschirrspülerwerk in Neunkirchen schlecht bestellt.

Der schwedische Electrolux-Konzern beharrt auf der Verlagerung der Nürnberger AEG-Produktion nach Polen und Italien. An diesem Mittwoch werden die Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag für die 1700 Beschäftigten fortgesetzt. Keine der Seiten bewegt sich bislang. IG Metall-Verhandlungsführer Werner Neugebauer warf dem Konzern "Unternehmerwillkür, Gier und Profitsucht" vor, Electrolux-Europa-Manager Horst Winkler konterte mit dem Vorwurf, die IG Metall inszeniere "ein Medienschauspiel auf dem Rücken der Arbeitnehmer um ihren Mitgliederschwund zu stoppen". Ihre Forderung nach einem 400-Millionen-Euro-Sozialtarifvertrag sei eine völlig unrealistische Luftnummer.

Von Uwe Ritzer

Neuer Konflikt bei AEG

Schauplatz ist Europa-Ersatzteillager in Rothenburg / Belegschaft ist gespalten

Von Uwe Ritter

Rothenburg ob der Tauber – Während die Fronten im Arbeitskampf um das Nürnberger AEG-Werk weiter verhärtet sind und es wegen des Streiks inzwischen zu massiven Lieferengpässen bei AEG-Geräten kommt (siehe Wirtschaftsteil), baut sich in Rothenburg ob der Tauber ein neuer Konflikt zwischen Management und Arbeitnehmerseite auf. Weil die Gefechtslage weiter übersichtlicher ist, denn anders als ihre Nürnberger Kollegen sind die AEG'ler in Rothenburg ob der Tauber gespalten. Die Stimmung untereinander ist nachhaltig vergiftet.

Schauplatz des Geschehens ist nicht das Werk, in dem Einbauherde und Kochmulden produziert werden, sondern die angegliederte Distriparts GmbH, wohinunter sich das europäische Ersatzteillager der AEG und ihres Mutterkonzerns Electrolux verbirgt. Dieses wurde im September 2005 ebenso wie die AEG-Sparten Logistik, Kundendienst und Vertrieb in eigene Gesellschaften ausgegliedert. Anschließend kündigte Electrolux an, von der Metall- in die Tarifhoheit des Groß- und Einzelhandels zu wechseln. Nach Angaben der IG Metall bedeutet dies für die Beschäftigten künftig statt der 35- die 38,5-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich und unterm Strich Einkommenseinbußen von bis zu 40 Prozent. Nachdem die Verhandlungen zwischen IG Metall und Management weiterhin gescheiterten, streiken seit zwei Wochen 200 Logistikmitarbeiter in Dormagen und Nürnberg. Ihnen sollen sich nach dem Willen der IG Metall nun 230 Beschäftigte der Distriparts GmbH in Rothenburg anschließen.

Derzeit läuft darüber die Urabstimmung. Befeuert wird sie von Vorwürfen des bayerischen IG Metall-Chefs Werner Neugebauer an die Geschäftsführung. Pausenlos würden Vorgesetzte Beschäftigte im Ersatzteillager bearbeiten, nötigen und mobben, damit diese die neuen Arbeitsverträge unterschreiben. Wer dem folge, muss Neugebauer zufolge damit rechnen, in den kommenden 10 bis 15 Jahren keine Lohnerhöhungen mehr zu erhalten und die Bezahlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld sei fraglich.

Demgegenüber versichert Electrolux-Europamanager Horst Winkler, die bisherigen Gehälter würden bis Ende 2007 in vollem Umfang weiterbezahlt und niemand werde schlechter gestellt als bisher. Ebenso wie bei den drei anderen Dienstleistungs-GmbHs gehe es darum,



Ob die AEG-Beschäftigten in Rothenburg ob der Tauber bei einem Tarifkonflikt die gleiche Geschlossenheit und den Kampfeswillen wie ihre Nürnberger Kollegen entwickeln, ist angesichts interner Zerwürfnisse fraglich.

Foto: dpa

die Kosten auf ein wettbewerbsfähiges Niveau zu senken. Falls dies nicht gelinge, seien Arbeitsplätze in Gefahr, weil man sich dann externer Dienstleister bedienen werde, so Winkler. Der IG Metall warf Electrolux massive Beeinflussung der Rothenburger Urabstimmung vor. Ein Distriparts-Mitarbeiter sei „von linientreuen Gewerkschaftern zur Wahlurne begleitet worden, wo er unter Aufsicht den Wahlzettel ausfüllen musste“, beschrieb ein Sprecher. Einer Frau habe die IG Metall ohne Angabe von Gründen die Abstimmung verweigert, einer ihrer Kollegen sei nicht auf der Wählerliste registriert gewesen, obwohl er seit Jahren der IG Metall angehört. In der Lokalzei-

tung *Fränkischer Anzeiger* erklärten 60 Distriparts-Mitarbeiter ihrem Betriebsrat, von ihm „die Nase voll“ zu haben. Wer nicht konform gehe, werde von Betriebsräten diffamiert, gemobbt und als Lügner verunglimpft, hieß es.

Hinter den Kulissen des 1100-Beschäftigten zählenden AEG-Werkes gärt es schon länger. Viele Mitarbeiter sorgen sich mit Blick auf Nürnberg um ihre Arbeitsplätze und plädieren, anders als die IG Metall, für einen moderaten Verhandlungskurs mit dem eigenen Management. Denn anders als beim Nürnberger Werk sei in Rothenburg noch kein Todesurteil gesprochen. Hier habe man noch etwas zu verlieren.

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 09.02.2006, Ausgabe Deutschland, S. 39 / Ressort: Bayern

IG Metall befürchtet Arbeitszeiterhöhung und Lohneinbußen

Neuer Konflikt bei AEG

Schauplatz ist Europa-Ersatzteillager in Rothenburg / Belegschaft ist gespalten

Rothenburg ob der Tauber - Während die Fronten im Arbeitskampf um das Nürnberger AEG-Werk weiter verhärtet sind und es wegen des Streiks inzwischen zu massiven Lieferengpässen bei AEG-Geräten kommt (siehe Wirtschaftsteil), baut sich in Rothenburg ob der Tauber ein neuer Konflikt zwischen Management und Arbeitnehmerseite auf. Wobei die Gefechtslage weit unübersichtlicher ist, denn anders als ihre Nürnberger Kollegen sind die AEG`ler in Rothenburg ob der Tauber gespalten. Die Stimmung untereinander ist nachhaltig vergiftet.

Schauplatz des Geschehens ist nicht das Werk, in dem Einbauherde und Kochmulden produziert werden, sondern die angegliederte Distriparts GmbH, wohinter sich das europäische Ersatzteillager der AEG und ihres Mutterkonzerns Electrolux verbirgt. Dieses wurde im September 2005 ebenso wie die AEG-Sparten Logistik, Kundendienst und Vertrieb in eigene Gesellschaften ausgegliedert. Anschließend kündigte Electrolux an, von der Metall- in die Tarifhoheit des Groß- und Einzelhandels zu wechseln. Nach Angaben der IG Metall bedeutet dies für die Beschäftigten künftig statt der 35- die 38,5-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich und unterm Strich Einkommenseinbußen von bis zu 40 Prozent. Nachdem die Verhandlungen zwischen IG Metall und Management scheiterten, streiken seit zwei Wochen 200 Logistikmitarbeiter in Dormagen und Nürnberg. Ihnen sollen sich nach dem Willen der IG Metall nun 230 Beschäftigte der Distriparts GmbH in Rothenburg anschließen.

Derzeit läuft darüber die Urabstimmung. Befeuert wird sie von Vorwürfen des bayerischen IG Metall-Chefs Werner Neugebauer an die Geschäftsleitung. Pausenlos würden Vorgesetzte Beschäftigte im Ersatzteillager bearbeiten, nötigen und mobben, damit diese die neuen Arbeitsverträge unterschreiben. Wer dem folge, muss Neugebauer zufolge damit rechnen, in den kommenden 10 bis 15 Jahren keine Lohnerhöhungen mehr zu erhalten und die Bezahlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld sei fraglich.

Demgegenüber versichert Electrolux-Europamanager Horst Winkler, die bisherigen Gehälter würden bis Ende 2007 in vollem Umfang weiterbezahlt und niemand werde schlechter gestellt als bisher. Ebenso wie bei den drei anderen Dienstleistungs-GmbHs gehe es darum, die Kosten auf ein wettbewerbsfähiges Niveau zu senken. Falls dies nicht gelinge, seien Arbeitsplätze in Gefahr, weil man sich dann externer Dienstleister bedienen werde, so Winkler. Der IG Metall warf Electrolux massive Beeinflussung der Rothenburger Urabstimmung vor. Ein Distriparts-Mitarbeiter sei "von linientreuen Gewerkschaftern zur Wahlurne begleitet worden, wo er unter Aufsicht den Wahlzettel ausfüllen musste", beschrieb ein Sprecher. Einer Frau habe die IG Metall ohne Angabe von Gründen die Abstimmung verweigert, einer ihrer Kollegen sei nicht auf der Wählerliste registriert gewesen, obwohl er seit Jahren der IG Metall angehört. In der Lokalzeitung Fränkischer Anzeiger erklärten 60 Distriparts-Mitarbeiter ihrem Betriebsrat, von ihm "die Nase voll" zu haben. Wer nicht konform gehe, werde von Betriebsräten diffamiert, gemobbt und als Lügner verunglimpft, hieß es.

Hinter den Kulissen des 1100-Beschäftigte zählenden AEG-Werkes gärt es schon länger. Viele Mitarbeiter sorgen sich mit Blick auf Nürnberg um ihre Arbeitsplätze und plädieren, anders als die IG Metall, für einen moderaten Verhandlungskurs mit dem eigenen Management. Denn anders als beim Nürnberger Werk sei in Rothenburg noch kein Todesurteil gesprochen. Hier habe man noch etwas zu verlieren.

Von Uwe Ritzer

Miele-Chef kritisiert Electrolux

„AEG hätte als Premium-Marke eine Chance gehabt“ / Gütersloher erwarten Umsatzschub

Hamburg (Reuters) – Der Gütersloher Hausgerätehersteller Miele hat den schwedischen Konkurrenten Electrolux wegen dessen Plänen zur Schließung des Nürnberger AEG-Werks heftig kritisiert. „In unseren Augen ist es Unsinn, die Wertschöpfung in Deutschland völlig herunterzufahren“, sagte Firmenchef Markus Miele im Club Hamburger Wirtschaftsjournalisten. Electrolux habe AEG zu stark auf das Billigsegment ausgerichtet und damit der Preisschlacht ausgesetzt. Die Schweden hätten die Chance vertan, AEG zu einer Marke zu machen, die im oberen Preissegment eine Überlebenschance gehabt hätte. „Man muss sich immer die Umstände einer Verlagerung genau anschauen und darf da-

bei nicht nur die günstigeren Arbeitskosten in Osteuropa oder Asien sehen“.

Miele hat 2004/2005 insgesamt 135 Millionen Euro investiert, 99 Millionen davon in Deutschland. Miele sei für hochpreisige Hausgeräte mit hoher Lebensdauer bekannt. Deshalb fielen die höheren Personalkosten in Deutschland weniger ins Gewicht, sagte der Firmenchef.

Electrolux will das AEG-Werk in Nürnberg schließen und die Produktion nach Polen und Italien verlagern. Dagegen streiken die gut 1700 Beschäftigten. Sie wollen höhere Abfindungen, Qualifizierungsmaßnahmen und eine Beschäftigungsgesellschaft durchsetzen. Gewerkschaft und Electrolux hatten ihre Verhandlungen um die geplante Schließung

am Mittwoch abgebrochen und auf Donnerstag kommender Woche vertagt.

Für das Geschäftsjahr 2005/2006 stellte Markus Miele wegen der anziehenden Nachfrage in Deutschland ein deutliches Umsatzplus in Aussicht. „Bis Ende Juni werden wir mit Sicherheit das Umsatzwachstum von 5,2 Prozent des vergangenen Geschäftsjahres noch übertreffen“, sagte er. In dem Ende Juni abgelaufenen Geschäftsjahr hatte Miele ein Umsatzplus von 5,2 Prozent auf 2,3 Milliarden Euro verbucht. Zum Gewinn macht das Familienunternehmen keine Angaben. Miele sagte aber, das Unternehmen habe noch kein Geschäftsjahr mit negativen Zahlen abgeschlossen und könne Investitionen aus eigenen Mitteln finanzieren.

Grass unterstützt AEG-Belegschaft

Die seit drei Wochen streikenden Beschäftigten des Nürnberger AEG-Werkes erfahren prominente Unterstützung. Angeführt von Literatur-Nobelpreisträger Günter Grass erklärten sich einige Dutzend Politiker, Wissenschaftler und Kulturschaffende mit ihnen solidarisch, darunter Ex-SPD-Chef Hans-Jochen Vogel und die Regisseure Hans W. Geißendorfer und Hark Bohm. Sie fordern den Erhalt des Hausgerätewerkes. Unterdessen traf sich Bayerns IG Metall-Chef Werner Neugebauer am Freitag mit Electrolux-Manager Walter Koch zu einem geheimen Vier-Augen-Gespräch. Dabei ging es um die strittige Frage, ob die Beschäftigten der AEG-Dienstleistungsgesellschaften weiter nach dem Metall- oder dem für sie ungünstigeren Groß- und Außenhandels-Tarifvertrag bezahlt werden. Ein Ergebnis des Treffens verlautete nicht. Bei der Urabstimmung im Ersatzteillager Rothenburg o.d. Tauber sprachen sich zwar 77,7 Prozent für einen Streik aus. Dazu wird es aber vorerst nicht kommen. Die nächsten Verhandlungen am Donnerstag sollen abgewartet werden. *Uwe Ritzer*

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 14.02.2006, Ausgabe Deutschland, S. 26 / Ressort: Wirtschaft

Verfahrene Situation im Nürnberger Werk

IG Metall sagt AEG-Verhandlungen ab

Proteste gegen Äußerungen von Electroluxchef Stråberg / Vorzeitige Schließung denkbar

Nürnberg - Im Konflikt um das Nürnberger AEG-Werk ist die Situation völlig festgefahren. Die IG Metall hat am Montag die Verhandlungen mit dem AEG-Mutterkonzern Electrolux auf unbestimmte Zeit abgebrochen. Dieser will die umstrittene Fabrikschließung von Ende 2007 auf dieses Jahr vorziehen.

Fast vier Wochen nach Beginn des Streiks wollten Vertreter von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite am kommenden Donnerstag erneut über einen Sozialtarifvertrag für die 1700 Beschäftigten verhandeln. Der IG Metall-Verhandlungsführer und bayerische Bezirksleiter Werner Neugebauer lässt diesen Termin jedoch nach Äußerungen von Electrolux-Chef Hans Stråberg platzen, der der Gewerkschaft eine Mitschuld an der Schließung der AEG-Hausgeräteproduktion in Nürnberg gab. Neugebauer kritisiert zudem, sein Gegenüber am Verhandlungstisch, AEG-Geschäftsführer Dieter Lange, sei nicht mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet. "Er muss sich wegen jeder Kleinigkeit bei seinen Vorgesetzten rückversichern". So sei Lange außerstande, das Angebot von Electrolux über einen Sozialtarifvertrag in einem Gesamtvolumen von gut 100 Millionen Euro nachhaltig zu erhöhen. Das sei aber Voraussetzung für die weiteren Gespräche, so Neugebauer.

Die Gewerkschaft fordert Abfindungen und Qualifizierungsangebote im vierfachen Volumen. Solange sich das Management da nicht bewege, werde man nicht weiterverhandeln, sagte Neugebauer zur SZ. Wann sich beide Seiten wieder treffen, ist völlig unklar. Der für Europa zuständige Electrolux-Produktionsvorstand Horst Winkler kritisierte die Absage als schlechten Stil. "Wieder einmal blockiert die Gewerkschaft den Prozess, bei dem eigentlich die Mitarbeiter endlich eine klare Perspektive bekommen sollten", erklärte er. Das Unternehmen bleibe jederzeit verhandlungsbereit.

Ihr erklärt Hauptziel, nämlich die Werksschließung über einen Sozialtarifvertrag so teuer zu machen, dass Electrolux doch noch ganz darauf verzichtet, kann die Gewerkschaft seit dem Wochenende endgültig begraben. Konzernchef Hans Stråberg hatte in einem Interview mit der Welt am Sonntag den Schließungsbeschluss bekräftigt. Schuld an der Misere sei die IG Metall, die vor zwei Jahren eine Arbeitszeitverlängerung und eine damit verbundene Verbesserung der Kostensituation in der Fabrik kategorisch abgelehnt habe, sagte Stråberg. Wäre dies nicht der Fall gewesen, "würden wir jetzt AEG in Nürnberg nicht schließen." Neugebauer quittierte diese und andere Aussagen Stråbergs in dem Interview mit dem Satz: "Der lügt, dass die Balken krachen." Eine "schwedische Kinderei mit der man uns nicht erschrecken kann" nannte er die Ankündigung von Electrolux, das Nürnberger Werk bereits in diesem Jahr zu schließen.

Winkler begründete dies mit dem anhaltenden Streik. Deshalb würden bestimmte Teilstücke früher als geplant von Nürnberg in das neue polnische Werk und eine italienische Fabrik verlagert, wo man die Kapazitäten entsprechend hochschrauben werde. Diese Aufträge würden in Nürnberg nach einem Streikende fehlen. Die IG Metall behauptet, dass eine solche Verlagerung aus fertigungstechnischen Gründen nicht möglich sei. Im übrigen sollten auch nach dem bisher gültigen Schließungsplan bis Ende 2006 mehr als 1000 Beschäftigte in Nürnberg entlassen werden. Ende 2007 wären nach bisherigem Stand nur noch gut 120 Mitarbeiter mit der Abwicklung der Fabrik beschäftigt.

Ungeachtet der verhärteten Fronten um das Werk, sollen die Gespräche über die künftige tarifliche Eingruppierung der Mitarbeiter bei den AEG-Dienstleistungsgesellschaften am Donnerstag fortgesetzt werden. Dabei scheint es Annäherungen zwischen IG Metall und Management zu geben. Was Neugebauer darauf zurückführt, "dass auf Seiten von Electrolux jemand mit den notwendigen Kompetenzen am Tisch sitzt." Der Streik im zentralen Ersatzteillager in Rothenburg, der am Montag hätte beginnen sollen, sei deshalb bis auf weiteres ausgesetzt worden. (Firmen des Tages)

Von Uwe Ritzer

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 20.02.2006, Ausgabe Deutschland, S. 18 / Ressort: Wirtschaft

Im Blickpunkt

Unverblümmt und schnörkellos

Horst Winkler soll nun bei AEG den Sozialtarifvertrag verhandeln

Dass er vor unangenehmen Situationen kneifen würde, kann man Horst Winkler (Foto: dpa) nicht vorwerfen. Im Gegensatz zu vielen Verantwortlichen in der Spurze des schwedischen Electrolux-Konzerns stellte sich der 49-jährige Niedersachse den Beschäftigten des Nürnberger AEG-Werkes schon bevor die Schließung feststand.

Winkler war es auch, der den 1700 Arbeitnehmern das endgültige Aus der Fabrik verkünden musste. Er kam sechs Worte weit, dann flogen ihm Sitzkissen und Feuerzeuge um die Ohren. Von diesem Montag an wird der für die europäischen Produktionsstätten von Electrolux verantwortliche Winkler federführend die Verhandlungen über den Sozialtarifvertrag für die Nürnberger Belegschaft führen. Er löst dabei AEG-Chef Dieter Lange ab, der ein hilfloses Bild abgegeben hatte.

Horst Winkler selbst schoss in der öffentlichen Auseinandersetzung bereits die eine oder andere Breitseite auf die IG Metall ab. Dass deren Verhandlungsführer Werner Neugebauer nun trotzdem davon spricht, endlich nicht mehr "ein Schmiedlein, sondern einen Schmied" als Gegenüber zu haben, hat mit gegenseitigem Grundrespekt zu tun. Beide gelten in ihrer Aussprache als klar, unverblümmt, schnörkellos und direkt. Ob dies allein die seit Wochen festgefahrenen Verhandlungen in Gang bringen wird, ist allerding fraglich. Bislang zeigt sich Winkler nicht gewillt, das von der Gewerkschaft geforderte bessere Angebot vorzulegen. Electrolux bietet einen Sozialtarifvertrag von 100 Millionen Euro, die IG Metall fordert das Vierfache.

Für Horst Winkler ist es die erste große Bewährungsprobe als Produktionsvorstand und damit Chef von 18 000 Beschäftigten in 22 europäischen Electroluxwerken. Erst seit einem Jahr steht der Familienvater und Halbmarathonläufer in schwedischen Diensten. Nach Maschinenbaustudium und Promotion in Hannover war Daimler-Benz in Mannheim Winklers erste berufliche Station. Er begann als Ingenieur in der Produktionsplanung, wechselte nach fünf Jahren in die Stuttgarter Zentrale und wurde 1990 zum Werkleiter in Kassel berufen. Acht Jahre später wechselte Winkler zu Airbus, wo er zunächst die Führung der Fabrik in Stade und später die sämtlicher deutscher Airbus-Werke übernahm.

Nach kurzem Zwischenstopp als Geschäftsführer beim Münchner Bremsenspezialisten Knorr ging er zu Electrolux.

Nun steht Horst Winkler unter enormem Druck. Angesichts massiver streikbedingter Absatzeinbrüche und Lieferschwierigkeiten muss Winkler an einem schnellen Ende des AEG-Arbeitskampfes gelegen sein. Doch sein Spielraum ist begrenzt: Maximal 240 Millionen Euro darf die Nürnberger Werkschließung kosten, inklusive Verlagerungs- und Sachkosten. Winkler sagt, ihm gehe "wirklich nah, was in Nürnberg abläuft." Selbst aus einer Arbeiterfamilie stammend, könne er sich in die AEG-Beschäftigten hineinversetzen. Andererseits habe er als Manager "die Pflicht, sich diesem Problem zu stellen und "unseren Standpunkt zu erklären und zu vertreten." Ob er es aber auch lösen wird, werden die kommenden Wochen zeigen.

Uwe Ritzer

Über Nacht haben sie neue Buttons gepresst. Der Dezimalbruch 0,77 ist darauf glatt durchgestrichen und darunter steht: „Hans, wir haben sehr viel Zeit.“ Adressat dieser Botschaft, die er vermutlich nie persönlich zu Gesicht bekommen wird, ist Hans Straberg, Chef der schwedischen AEG-Mutter Electrolux. 0,77 Monatsgehälter pro Beschäftigungsjahr hat der Konzern den 1700 Beschäftigten des seit fünf Wochen streikten Nürnberger AEG-Werkes angeboten, was diesen entschieden zu wenig ist. Sie fordern fast das Vierfache.

Der Anstecker trifft die Stimmung auf „Deutschlands inzwischen bekanntester Straße“ (Nürnbergs IG Metall-Vize Jürgen Wechsler) vor dem AEG-Werk. Nachdem die Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag für die Beschäftigten der Hausgerätefabrik einmal mehr ergebnislos abgebrochen wurden, herrscht unter den Streikenden an den Feuertonnen rings um das Werk ei-

Jeden Tag Spektakel

PR-Agentur füttert Streikende bei AEG mit Ideen

ne Mischung aus Entschlossenheit und Fatalismus nach dem Motto: Wir kämpfen weiter, weil wir ohnehin nichts zu verlieren haben. Spätestens Ende 2007 will Electrolux das Werk schließen.

„Ich habe in meiner Laufbahn noch nie bei Verhandlungen eine so schlimm verfahrene Situation erlebt,“ sagt Bayerns IG Metall-Chef Werner Neugebauer. Beide Seiten haben sich tief in ihren Schützengräben vergraben und bewerfen sich mit dem Vorwurf, der jeweils andere verhindere mit seinem Starrsinn einen vernünftigen Kompromiss. Dies ist auch der Grund, warum die IG Metall nun doch einem lange abgelehnten Vorschlag von Ministerpräsident Edmund Stoiber folgt und einen neutralen

Vermittler verlangt. AEG-Betriebsratschef Harald Dix bestätigte der SZ, dass es „mit einer Person bereits konkrete Kontakte gibt und diese auch bereit wäre.“ Den Namen nannte er nicht „sonst ist derjenige sofort verbrannt“, fürchtet Neugebauer. Das Profil sei aber klar: „Es muss jemand mit Erfahrung in solch schwierigen Dingen sein, der sich in das Denken beider Seiten gut einfühlen kann.“

Während hinter den Kulissen die Bemühungen laufen, den zerrissenen Gesprächsfaden neu zu knüpfen, erleben die Streikenden vor dem AEG-Werk ihren Arbeitskampf weiter als großen Event. Befeuert von den Vorschlägen einer eigens engagierten PR-Agentur bie-

tet die Streikleitung jeden Tag ein neues Spektakel. Mal kommen Polit-Promis, dann wieder reisen Solidaritätsdelegationen von außerhalb an. Auch gestern kamen Hunderte aus halb Deutschland, unter ihnen der frühere IG-Metall-Chef Franz Steinkühler. Scharf kritisierte der 68-Jährige, dass wegen einiger an der Vogelgrippe verendeter Schwäne von Notstand die Rede sei, nicht aber angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen. Steinkühler äußerte den Verdacht, „dass in dieser Republik die Maßstäbe nicht mehr stimmen.“

AEG-Betriebsratschef Dix unterfütterte dies mit einer Zahl. Vorige Woche, sagte er, hätten die Electrolux-Hauptaktionäre, die zwei Brüder Wallenberg, eine Gewinnausschüttung von 235 Millionen Euro kassiert. Das ist gut doppelt so viel, wie Electrolux an Abfindungen und Qualifizierungskosten für die 1700 Nürnberger Beschäftigten ausgeben will.

Uwe Ritter

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 01.03.2006, Ausgabe Deutschland, S. 19 / Ressort: Wirtschaft

Nach zähem Ringen zwischen Electrolux und IG Metall

Streit um Nürnberger AEG-Werk beigelegt

Gut dotierter Sozialtarifvertrag für 1700 Mitarbeiter / Früherer bayerischer Wirtschaftsminister Otto Wiesheu als Vermittler erfolgreich

Nürnberg - Das monatelange, verbissene Ringen um die Zukunft des Nürnberger AEG-Hausgerätewerk ist zu Ende: IG Metall und Konzernführung haben sich auf einen Sozialtarifvertrag für die rund 1700 Mitarbeiter des vor der Schließung stehenden Standortes geeinigt. Das Ergebnis fand ein geteiltes Echo.

Während sich das Management des Mutterkonzerns Electrolux und die Verhandlungsführer auf Arbeitnehmerseite erleichtert über den Kompromiss zeigten, gab es kritische Stimmen, vor allem in dem seit 40 Tagen bestreikten Nürnberger Hausgerätewerk.

Nach Angaben der IG Metall handelt es sich bei dem nach einer 14-stündigen Nachsitzung am Dienstagfrüh vereinbarten Entschädigungspaket für die 1700 Nürnberger AEG-Beschäftigten um den höchsten bislang in Deutschland vereinbarten Sozialtarifvertrag. IG Metall-Verhandlungsführer Werner Neugebauer sprach wörtlich vom "besten Sozialtarifvertrag, der je abgeschlossen worden ist." Das Resultat könne sich "bundesweit sehen lassen", befand auch Nürnbergs IG Metall-Vize Jürgen Wechsler.

Das Gesamtvolumen des unter Vermittlung des Bahn-Vorstandsmitglieds und früheren bayerischen Wirtschaftsminister Otto Wiesheu ausgehandelten Sozialtarifvertrages liegt nach Angaben von Horst Winkler, dem Chefunterhändler des AEG-Mutterkonzerns Electrolux, bei 150 Millionen Euro. Gewerkschafter sprechen hingegen von mehr als 200 Millionen Euro. Ihre Hauptforderung, die Fabrik doch noch zu erhalten, setzte die Arbeitnehmerseite nicht durch. Wie geplant, wird bis Ende 2007 die Produktion von Waschmaschinen, Geschirrspülern und Wäschetrocknern schrittweise von Nürnberg nach Polen verlagert. Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber sagte, der AEG-Konflikt zeige "die Kehrseite der Globalisierung".

Als Wechsler die Eckpunkte der Vereinbarung den Nürnberger Streikenden erläuterte, erntete er neben Beifall viele Pfiffe und Buh-Rufe. Die IG Metall geht dennoch davon aus, dass der Kompromiss bei der Urabstimmung am Donnerstag und Freitag die erforderliche Zustimmung von 25 Prozent ihrer Mitglieder bei AEG erhält. Daraufhin würden die Beschäftigten nach über sechswöchigem Arbeitskampf voraussichtlich am Montag wieder an die Bänder zurückkehren.

Electrolux-Europachef Johan Bygge sprach von einem "sehr guten Paket." Er beklagte zugleich, dass es in Deutschland gemessen an anderen Ländern sehr teuer sei, Standorte zu schließen. Verhandlungsführer Winkler sagte, das Unternehmen sei mit seinen Zugeständnissen "bis an die Schmerzgrenze gegangen". Der Sozialtarifvertrag sei ein taugliches Instrument, um den Betroffenen, die nun in Vierteljahresblöcken entlassen würden, den Übergang in eine neue berufliche Existenz zu erleichtern.

Konkret sind in dem Sozialtarifvertrag Abfindungen in einer Größenordnung von 1,8 Monatsgehältern pro Beschäftigungsjahr enthalten. Eine Deckelung, wie von Electrolux bis zuletzt gefordert, gibt es nicht. Nach Angaben Winklers wird jeder Betroffene im Durchschnitt 90 000 Euro erhalten. Electrolux hatte ursprünglich 0,7 Gehälter pro Zugehörigkeitsjahr angeboten, die IG Metall hatte drei Monatslöhne verlangt.

Zweiter wesentlicher Bestandteil des Sozialtarifvertrages ist eine Beschäftigungsgesellschaft mit einjähriger Laufzeit. Wenn jemand dieses Qualifizierungsangebot nicht oder nicht die vollen zwölf Monate in Anspruch nimmt, sollen die dadurch eingesparten Kosten auf die verbleibenden Mitarbeiter umgelegt werden. Dadurch könne man besonders schwierigen Fällen über das Jahr hinaus Unterstützung gewähren, sagte Wechsler. Drittens wurde eine Vorruhestandsregelung vereinbart. Wer 53 Jahre oder älter ist, soll bis zum 63. Lebensjahr zwischen 79 und 85 Prozent seines bisherigen Nettolohnes erhalten.

Das ausgehandelte Gesamtpaket geht über den Sozialtarifvertrag für die Nürnberger Fabrikarbeiter hinaus. Demnach wird es für die vier deutschen Dienstleistungsgesellschaften (Logistik, Vertrieb, Ersatzteile und Kundendienst) von Electrolux/AEG einen eigenen Haustarifvertrag geben, der sich nach den Tarifen der Metallbranche richten wird. Electrolux wollte ursprünglich die niedrigeren Tarife des Groß- und Außenhandels anwenden. Im Gegenzug stimmte die Gewerkschaft einer Anhebung der Wochenarbeitszeit von 35 auf 37 bis 38,5 Wochenstunden zu.

Für die Dienstleister und für den zweiten deutschen Produktionsstandort Rothenburg ob der Tauber, wo 1300 Beschäftigte Einbauherde produzieren, gab Electrolux eine Beschäftigungs- und Standortgarantie bis Ende 2009 ab. (Thema des Tages, Personalien, Bayern)

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 01.03.2006, Ausgabe Deutschland, S. 20 / Ressort: Wirtschaft

Wirtschaftsminister am Katzentisch

Mit dem Verhandlungserfolg bei AEG hat der bayerische Ex-Minister Otto Wiesheu seinen Nachfolger Erwin Huber vorgeführt

Wenn hartgesottene IG-Metaller voll des Lobes sind über einen CSU-Mann, dann muss etwas Außergewöhnliches passiert sein. So wohl geschehen in der Nacht zum Dienstag in einem Hotel unweit des Münchner Flughafens, als im monatelangen und zuletzt scheinbar hoffnungslos verfahrenen AEG-Konflikt überraschend schnell ein Kompromiss erzielt wurde. Möglich gemacht hat den Erfolg Otto Wiesheu, seit Ende 2005 Mitglied im Vorstand der Deutschen Bahn AG und zuvor zwölf Jahre lang bayerischer Wirtschaftsminister. Keiner der beiden Seiten habe der knorrig und brummige Hobbylandwirt Wiesheu etwas geschenkt, sagten hernach erkennbar beeindruckte Gewerkschafter. Der Ex-Minister sei ebenso kompetent wie entschlossen und fair vorgegangen.

Vermutlich sind in dieser Nacht viele deutliche Worte gefallen, denn an denen hat es der 61-Jährige nie fehlen lassen. Legendär sind seine Verbalgefechte mit dem nicht minder hemdsärmeligen und ruppigen bayerischen IG-Metall-Chef Werner Neugebauer. Wenn beide Herren sich anbrüllten, was häufig vorkam, wackelten die Wände und beider Referenten duckten sich vorsorglich weg. Der zum Minister aufgestiegene Bauernbulle aus Zolling im oberbayerischen Landkreis Freising und der rote Arbeitersohn aus Schweinfurt standen zwar immer auf unterschiedlichen Seiten; beider Verhältnis allerdings hat Handschlagqualität. So manchen Arbeitsplatz retteten Wiesheu und Neugebauer auf diese Art und Weise.

So war es kein Wunder, dass Neugebauer und die bayerischen Metallarbeitgeber sich vergangene Woche auf Wiesheu als Vermittler einigten und Electrolux angesichts dessen quasi einverstanden sein musste. Ursprünglich wollte die Gewerkschaft im AEG-Konflikt überhaupt keinen Moderator, bis sie einsehen musste, dass es ohne nicht mehr ging. Wiesheu stürzte sich in das Amt, gleich nachdem Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber in einem Telefonat mit Bahnchef Hartmut Mehdorn um diesbezügliche kurzzeitige Freistellung des für Marketing und politische Beziehungen zuständigen Bahn-Vorstandes gebeten hatte.

Überhaupt hat Edmund Stoiber in Sachen AEG in den vergangenen Wochen viel telefoniert. Nachdem einmal der Gesprächsfaden zwischen den Tarifparteien vollends gerissen war, rief Stoiber beim Electrolux-Hauptaktionär Wallenberg an. Der kommandierte Vorstandschef Hans Straberg umgehend nach München, wo neben Stoiber auch IG-Metaller Neugebauer und die anderen Streikführer warteten. Man kam wieder ins Gespräch. Am Katzentisch saß an diesem Abend Erwin Huber, seit Wiesheus Wechsel zur Bahn dessen Nachfolger als bayerischer Wirtschaftsminister. Im AEG-Konflikt spielte der Niederbayer, der sich vor Stoibers Berliner Pirouette Hoffnungen auf die Nachfolge als Ministerpräsident gemacht hatte, keine Rolle.

Vielmehr sorgte Huber für massiven Unmut, als er - kaum im Amt - zur AEG nach Nürnberg fuhr, sich von Managern und Betriebsräten erklären ließ, was er vorher schon in der Zeitung hätte lesen können, und anschließend den um ihre Arbeitsplätze bangenden AEG-Beschäftigten riet, sie sollten Ruhe geben und sich klaglos in ihr Schicksal fügen. Derart neoliberalen Anwendungen, die den Beifall vieler Wirtschaftsexperten finden, ist man in Bayern vom Wirtschaftsminister nicht gewohnt. Nach der auch in der eigenen Partei verheerenden Resonanz auf den Auftritt in Nürnberg spielte Huber fortan bei einem der spektakulärsten Arbeitskämpfe Bayerns keine Rolle mehr; Stoiber selbst soll ihn aus dem Verkehr gezogen haben.

Mit seinem Vermittlungserfolg hat Otto Wiesheu Nachfolger Huber nun erst recht vorgeführt. Selbst Stoiber lobte Wiesheu über Gebühr, was allein deshalb schon bemerkenswert ist, weil beide manchen wirtschaftspolitischen Strauß ausfochten, als sie noch an einem Kabinettsstisch saßen. Erwin Huber aber wollte zum AEG-Kompromiss auf Nachfrage nichts sagen. Er wird wissen, warum.

Von Uwe Ritzer

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 04.03.2006, Ausgabe Deutschland, S. 23 / Ressort: Wirtschaft

Themen der Woche

Tarifvertrag statt Sozialplan

Von Sibylle Haas

Das Drama der vergangenen Monate bei AEG in Nürnberg wäre vor kurzem noch undenkbar gewesen. Niemand wäre auf die Idee gekommen, dass Gewerkschaften direkt mit Konzernchefs bei Werkschließungen den Sozialplan für die Mitarbeiter verhandeln, noch viel weniger hätte man in diesem Falle Streiks akzeptiert. Eigentlich ist es die Aufgabe von Betriebsräten und Geschäftsleitungen, Sozialpläne auszuarbeiten, die bei Werkschließungen die Nachteile für die Beschäftigten mildern.

Zum Streik dürfen Betriebsräte nicht aufrufen. Dafür steht das Betriebsverfassungsgesetz, das auf Konsens und Betriebsfrieden ausgerichtet ist. Das System hat sich in Jahrzehnten bewährt. Zwar steigt die Rolle der Betriebsräte inzwischen auch in Lohnfragen - etwa bei betrieblichen Bündnissen -, doch bringt die Betriebsverfassung weiterhin insofern Ruhe in die Betriebe, als der eigentliche Streit um Arbeitsbedingungen, vor allem um die Höhe der Löhne, zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden stattfindet. Die Betriebsverfassung gibt den Beschäftigten in den Betrieben mehr Mitwirkungsrechte, wenn es um ihre direkten Belange geht. So können konstruktive, auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnittene Lösungen erarbeitet werden. Zugleich hilft die Betriebsverfassung, den Einfluss der Gewerkschaften in den Betrieben zu begrenzen. Damit bleiben die Unternehmen von Politik und Machtgerangel relativ verschont. In Frankreich und in Italien ist das anders. Dort haben die Gewerkschaften deutlich mehr Zugriff auf die Firmen, weil es die betriebliche Interessenvertretung der Mitarbeiter nach deutschem Vorbild nicht gibt. Die Folge davon ist, dass in den Ländern viel häufiger gestreikt wird als in Deutschland, mit all den negativen Folgen für die Volkswirtschaft und mit dennoch vergleichsweise kleinen Erfolgen für die Beschäftigten.

Unruhe in der Belegschaft

Die Betriebsverfassung ist ohne Zweifel ein positiver Faktor für den sozialen Frieden in Deutschland. Dies könnte sich bald ändern. Wenn das AEG-Modell Schule macht, werden künftig mehr Streitigkeiten als bisher unmittelbar in den Betrieben ausgefochten. Das birgt eine große Gefahr. Es bringt Unruhe in die Belegschaft. So genannte Sozialtarifverträge, wie sie bei der AEG und anderen Firmen abgeschlossen werden sollen, bringen zudem das ganze System in eine Schieflage. Zum einen deshalb, weil die Vertragspartner eigentlich gar nicht zueinander passen, denn es verhandelt die Unternehmensleitung mit der Gewerkschaft und nicht mit dem Betriebsrat. Zum anderen aber, und das wiegt viel schwerer, weil Gewerkschaften direkten Zugriff auf die Entscheidungen von Unternehmen bekommen.

Der Streik bei der AEG wurde vordergründig um die Schließung des Werkes und dann um die Höhe der Abfindungen und um Maßnahmen zur Qualifizierung geführt. Das eigentliche Ziel der Gewerkschaft war es aber, sich einen Machtaufschwung zu erkämpfen. Gewerkschaften müssen sich aber aus strategischen Entscheidungen von Firmenchefs heraushalten. Sie haben überdies eine Friedenspflicht, solange der Tarifvertrag läuft. Deshalb stellte die IG Metall bei der AEG kurzerhand zusätzliche Forderungen auf, die nicht im Tarifvertrag stehen, und brachte diese in einem Sozialtarifvertrag ein. Verhandelt wurde aber nichts anderes als ein Sozialplan - mit dem folgenschweren Unterschied, dass ein Streik möglich und der Streit öffentlich wurde. So konnten höhere Abfindungen herausgeholt werden, als es der Betriebsrat es vermocht hätte.

Hände weg von Deutschland

Das Signal ist schlecht. Werksverlagerungen werden teurer als bisher. Für ausländische Investoren heißt das: Hände weg von Deutschland. Künftig werden sanierungsreife Betriebe vielleicht keinen Geldgeber mehr finden, weil er befürchtet, im Fall des Scheiterns noch mehr Geld für Abfindungen zahlen zu müssen als bisher. Das Gleiche gilt für deutsche Investoren, die der AEG-Fall geradezu ins Ausland treibt. Auch für die Beschäftigten in Deutschland bedeutet der Fall AEG nicht nur Gutes. Sie bekommen hohe Abfindungen, wenn sich die Gewerkschaft für sie stark macht. Das wird bei großen Konzernen so sein, dann also, wenn der Fall - wie bei der AEG - die Öffentlichkeit aufregt und der Gewerkschaft deshalb neue Mitglieder zulaufen. Doch was passiert im Mittelstand? Im Zweifel werden sich die Beschäftigten kleinerer Betriebe mit weniger Geld begnügen müssen, weil sie für die Gewerkschaften uninteressant sind. Die Folge wäre, dass die Starken stärker und die Schwachen schwächer würden und der soziale Friede gestört wäre.

AEG ist kein Einzelfall: Für die Gewerkschaften ist es ein erklärtes Ziel, Standortentscheidungen künftig generell zum Gegenstand von Sozialtarifverträgen zu machen. Die IG Metall hat entsprechend bei Heidelberger Druck, Otis und Infineon reagiert. Beim Gelddrucker und Chipkartenhersteller Giesecke & Devrient versuchte auch Verdi im vorigen Jahr, einen Sozialtarifvertrag zu erstreiten. Die Tendenz ist klar - ebenso klar wie die Tatsache, dass Sozialtarifverträge Unterschiede in den Standortbedingungen nicht beseitigen können. Der Fall AEG hat das gezeigt.

Spannend ist, ob sich das Bundesarbeitsgericht der Meinung des Hessischen Landesarbeitsgerichts anschließen wird, das kürzlich Arbeitskämpfe für Sozial-tarifverträge bei Standortverlagerungen gebilligt hat. Nur: Wenn Arbeitsbedingungen letztlich vom politischen Kalkül einer Gewerkschaft abhängen, dient dies nicht dem sozialen Frieden.

Als Erfahrung gut

Die Verlagerung eines Unternehmens lässt sich nicht durch einen Streik stoppen – das zeigt der beendete Arbeitskampf bei AEG. Doch die Gewerkschaft kann den Preis einer Schließung hochtreiben. So müssen die Electrolux-Manager feststellen, dass der Kompromiss für sie nicht billig ausfällt: 150 Millionen Euro zahlt der Konzern insgesamt; pro Mitarbeiter sind es im Schnitt 90 000 Euro. Überdies hat das Image des Konzerns gelitten; der Name Electrolux steht in Zukunft nicht nur für Hausgeräte, sondern auch für eine Strategie der Werksverlagerung trotz schwarzer Zahlen.

Der Widerstand war aus der Sicht von Belegschaft und Gewerkschaft also partiell erfolgreich; ohne Streik wären die Zahlungen deutlich niedriger ausgefallen. Aus der Perspektive einiger Arbeitgeber gibt es Zweifel, ob sich die IG Metall zu Recht als Vertragspartner einge-

mischt hat. Schließlich sei der abgeschlossene Tarifvertrag im Kern ein Sozialplan, wofür allein der Betriebsrat zuständig sei, dem Aufrufe zum Arbeitskampf verboten sind. Die Trennung beider Sphären müsse gewahrt werden.

Diese Argumentation übersieht, dass sich die Sphären häufig überschneiden. Zahlreiche Unternehmen schließen mit Gewerkschaften Haistarifverträge ab, die ihnen oft mehr Freiheiten lassen als der Flächentarif. Und gerade in der Metallindustrie weichen viele Betriebe in schwierigen Zeiten vom Tarif ab; ein eigens geschaffenes und viel gelobtes Vertragswerk sichert diese Flexibilität bei gleichzeitiger Mitwirkung der IG Metall. Auch wenn es für die Unternehmer in diesem Fall unangenehm ist: Gewerkschaften sind keine Wesen aus fernen Sphären, um deren Verdrängung sich Firmenchefs bemühen sollten.

fex

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 10.03.2006, Ausgabe Deutschland, S. 21 / Ressort: Wirtschaft

Die Kosten des Sieges

Hat die IG Metall beim AEG-Streik die Sozialkassen geschröpft?

Sie arbeiten wieder, mehr schlecht als recht allerdings. "Große Lust hat keiner", sagt AEG-Betriebsratschef Harald Dix. "Die Leute machen nur Dienst nach Vorschrift." So hohe Stückzahlen an Waschmaschinen, Geschirrspülern und Wäschetrocknern wie früher werden wohl nie mehr von den Bändern laufen. Früher - das heißt vor dem Beschluss des Mutterkonzerns Electrolux, das Nürnberger Werk Ende 2007 zu schließen, und dem anschließenden sechseinhalbwöchigen Streik. 450 der 1700 Beschäftigten sind krank geschrieben, und Dix glaubt nicht, dass sich der hohe Krankenstand in absehbarer Zeit reduzieren und die Arbeitsmoral steigen wird. "Dementsprechend läuft die gesamte Produktion langsamer, und der Geräteausstoß ist deutlich geringer", sagt der Betriebsratschef.

Gut möglich, dass Electrolux vor diesem Hintergrund schneller als geplant die Produktion von Nürnberg nach Polen und Italien verlagern und das Werk dementsprechend früher schließen wird. Der vorige Woche vereinbarte Sozialtarifvertrag könnte das nicht verhindern. Man munkelt, bis zu 700 Mitarbeitern werde bereits zur Jahresmitte gekündigt. Kommenden Dienstag werden Arbeitnehmerseite und Management vor der Einigungsstelle über die Modalitäten der Stilllegung verhandeln.

Für Jörg Rohde setzt sich damit "der unverantwortliche Irrsinn der IG Metall" fort. Deren Umgang mit der Werkschließung und ihr harter Arbeitskampf kostet den Fiskus und die Sozialkassen viel Geld, kritisiert der FDP-Bundestagsabgeordnete aus Erlangen. Die Steuer- und Beitragsausfälle und durch den Ausstand verursachte Zusatzausgaben belaufen sich nach Rohdes Berechnungen bereits auf über fünf Millionen Euro.

Seine Zahlen, betont der FDP-Politiker, der im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales sitzt und früher Betriebsrat bei Siemens war, sind hart. "Sie beruhen auf Daten, die mir Electrolux zur Verfügung gestellt hat." Allein die Tatsache, dass der Krankenstand in dem AEG-Werk pünktlich zum Streikbeginn von 6 auf 44 Prozent hochgeschnellt sei und die Krankenkassen vom ersten Tag an Krankentagegeld hätten zahlen müssen, belaste die Kassen mit 1,3 Millionen Euro, sagt Rohde. Den Ausfall von Beiträgen zur Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung veranschlagt er auf fast drei Millionen Euro. Zudem sei ein Lohnsteuerausfall von rund 900 000 Euro zu beklagen. Falls der Krankenstand auf dem außerordentlich hohen Niveau bleibe, die Produktion tatsächlich schneller verlagert werde und die Beschäftigten dementsprechend ihre Arbeitsplätze verlieren, kämen auf Fiskus und Sozialkassen weitere Ausfälle und Kosten in Millionenhöhe zu. Rohde wirft der IG Metall vor, "auf Kosten der Allgemeinheit die Nürnberger Belegschaft gezielt instrumentalisiert zu haben, um ein Exempel für weitere Tarifverhandlungen zu statuieren und für sich Werbung im Hinblick auf neue Mitglieder und anstehende Betriebsratswahlen zu machen."

Dagegen sagt Harald Dix, ihm sei "völlig egal, wie viel dieser Streik gekostet hat, auch wenn es 30 Millionen Euro waren." Den Vorwurf, er und seine Kollegen hätten die Sozialkassen geschröpft, empfindet der Betriebsrat als Frechheit. "Diesen Vorwurf müsste man doch an Electrolux richten", sagt Dix und macht die Gegenrechnung auf. Electrolux sei für die Schließung und damit die Entlassung der 1700 meist ungelernten Beschäftigten verantwortlich. "Nicht die IG Metall, sondern der Konzern entlässt die Leute und macht sie zu Empfängern von Arbeitslosengeld," wehrt sich Dix. Und während jeder Beschäftigte seine Abfindung versteuern müsse, könne Electrolux die Schließungskosten, die vermutlich höher als die geplanten 240 Millionen Euro ausfallen werden, voll von der Steuer absetzen. Dix: "Dadurch entgeht dem Fiskus viel mehr Geld als durch unseren Streik".

Von Uwe Ritzer

Die Beschäftigten des Nürnberger AEG-Werkes haben nach ihrem Streik wieder die Arbeit aufgenommen. Die Debatte darüber, welche Konsequenzen aus dem Arbeitskampf gezogen werden müssen, speziell im fränkischen Wirtschaftsraum, stehen noch am Anfang. In der Nürnberger SZ-Redaktion trafen sich der regionale Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Stephan Doll, und CSU-Generalsekretär Markus Söder zum Streitgespräch.

SZ: Herr Doll, ist der AEG-Kompromiss angesichts des komfortablen Sozialtarifvertrages für die 1700 Beschäftigten ein Erfolg oder eine Niederlage, weil die Fabrik Ende 2007 geschlossen wird?

Doll: Tarifpolitisch ist er zweifellos ein Erfolg, denn noch nie in der Bundesrepublik wurde ein so hoher Sozialtarifvertrag abgeschlossen. Ein Skandal ist, dass die Beschäftigten ihre Abfindungen versteuern müssen, während Electrolux die Kosten voll von der Steuer absetzen kann. Damit wird der Konzern für die Schließung belohnt und die Arbeitnehmer werden dafür bestraft, dass sie ihre Jobs verlieren. Außerdem zeigt AEG, dass auf europäischer Ebene dringend etwas getan werden muss, damit nicht die Lohnspirale immer weiter nach unten gedreht wird und die EU nicht Arbeitsplatzverlagerungen in Niedriglohnländer direkt oder indirekt subventioniert.

Söder: Bei den Arbeitsplatzverlagerungen stimme ich zu. Ich finde es inakzeptabel, wenn Länder wie Tschechien oder die Slowakei ankündigen, ihre Unternehmenssteuern noch weiter zu senken, nur weil auch wir mit den Sätzen runtergehen wollen. Wir sind gegen Steuerdumping und dürfen nicht über die EU Arbeitsplatzverlagerungen mitfinanzieren. Was AEG angeht: Unter den gegebenen Umständen ist dies ein tragfähiger Kompromiss.

SZ: Herr Doll, Sie haben wiederholt von „Elenndschluchten“ gesprochen, die sich in Nürnberg auftun würden. Ist das nicht maßlos übertrieben?

Doll: Die haben wir doch schon längst, ganz ohne AEG...

Söder: ... Unsinn! Nürnberg hat keine Elenndschluchten, reden Sie diesen Standort doch nicht schlecht.

Doll: Mir ist klar, dass Sie das nicht gerne hören. Aber jeder zehnte Nürnberger, insgesamt über 50 000 Menschen, ist ein Hartz-IV-Fall. Armut wird inzwischen vererbt. Die Jugendlichen, die unter solchen Umständen aufwachsen, sind in der Schule schlechter, finden keine Ausbildungsplätze, haben weniger Chancen und landen selbst wieder in der Sozialhilfe. Wir haben im Stadtgebiet Fürth 12,2 Prozent Arbeitslosenquote und in Nürnberg 12,7. Das ist die höchste Quote aller bayerischen Städte. Manchen Viertern sieht man es bereits an. Erlangen steht etwas besser da, weil die Staatsregierung mit ihrer Clusterpolitik dort den Medizinstandort fördert.

Söder: Nürnberg steht im Standortwettbewerb deutscher Großstädte sehr weit vorn. Wir haben hier erfolgreich einen Strukturwandel bewältigt, bei dem sich andere extrem schwer tun. So konnten wir den Verlust an Arbeitsplätzen in der Produktion etwa zu 80 Prozent im Dienstleistungssektor kompensieren. Das ist eine sehr positive Quote. Der Vergleich mit Erlangen hinkt. Dort gibt es von Haus aus, allein schon dank Siemens, überproportional viele hochqualifizierte Arbeitsplätze. Ein Teil der Arbeitslosigkeit in Nürnberg liegt im Niedriglohnsektor. Das hat auch mit Zuwanderung und Sprachproblemen zu tun.

Jeder zehnte Nürnberger ist ein Hartz-IV-Fall. (Stephan Doll)

Doll: Ich wundere mich, Herr Söder. Die CSU hat den Slogan, näher am Menschen zu sein, aber Sie und Ihre Partei ignorieren die Armut von 50 000 Menschen in Nürnberg. Natürlich haben wir zusätzliche Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich und erleben einen Strukturwandel. Aber längst nicht jeder, der hier seinen Arbeitsplatz verliert, findet auch wieder einen. Die Staatsregierung hat versäumt, wie in Erlangen auch in Nürnberg die vorhandenen Kompetenzen zu fördern, nämlich in den Bereichen Verkehrs- und Energietechnik, zwei absoluten Zukunftsthemen.

SZ: Hat sich die Staatsregierung bei AEG richtig verhalten?

Doll: Ich mache mir Sorgen um 1700 Menschen und ihre Familien. Eine vernünftige Waschmaschine ist voll mit Elektronik, etwa in Sachen Energieeffizienz. Von den Arbeitnehmern kamen viele innovative Vorschläge, und sie haben enormes Entgegenkommen gezeigt. Die IG Metall wäre sogar mit dem Abbau von

SZ-Streitgespräch zwischen dem regionalen DGB-Chef und dem CSU-Generalsekretär

Nürnberg, die gespaltene Metropole

Stephan Doll und Markus Söder diskutieren über die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der AEG-Krise



Wochenlang stand der Streik bei AEG im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses – das Werk wird trotz aller Kritik geschlossen.

SZ-Collage: Ott/aktion press, ddp, AP, Reuters, dpa

schaftsreferent, hat als einer von wenigen CSUern gesagt, dass es eine Sauerei ist, ein profitables Werk zu schließen. Herr Söder hat sich das nicht getraut.

Söder: Meine Kritik kann jeder nachlesen. Lassen Sie mal Ihre gewerkschaftliche Klassenkampf rhetorik weg. Das Ergebnis zählt, nicht starke Sprüche. Der ganze Betroffenheitstourismus bei AEG hat wenig bewirkt. Ich bezweifle, ob sich die Gewerkschaft einen Gefallen getan hat, Lafontaine einzuladen, der Enteignungen und Verstaatlichungen gefordert hat. Die konkreten Lösungen sind Ergebnis des Einsatzwillens der Belegschaft und von Bayerns IG-Metall-Chef Neubauer, der Einwirkung von Ministerpräsident Stoiber auf die Hauptaktionäre von Electrolux sowie der Vermittler Otto Wiesheus. Es bleibt die Herausforderung, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und wettbewerbsfähiger zu werden. Das Thema Arbeitslosigkeit ist das Adrenalin der großen Koalition. Doch die Politik schafft das nicht alleine. Herr Doll, Sie verweigern sich der Realität. Auch die Gewerkschaften müssen sich dem internationalen Wettbewerb stellen.

Doll: Andere Länder, wie Italien oder Österreich, haben im Gegensatz zu Deutschland eine Verlagerungssteuer für Unternehmen eingeführt.

Söder: Vor allem hat Österreich eine höhere Flexibilität am Arbeitsmarkt, indem man den Kündigungsschutz weitgehend dereguliert und die Steuern vor allem für den Mittelstand gesenkt hat. Auch wir brauchen mehr solche Flexibilität und Lösungen auf dem Niedriglohnsektor. Das geht nicht nur die große Koalition etwas an, sondern auch die Tarifparteien. Stattdessen aber lässt Verdi die Leute im Schnee stecken, nur weil man nicht 18 Minuten mehr am Tag arbeiten will. Das ist zutiefst unverantwortlich.

Doll: Das war nun CSU-Rhetorik pur! Es geht nicht um 18 Minuten mehr, abgesehen davon, dass 18 Minuten aufs Jahr gerechnet zwei Wochen Mehrarbeit ergeben. Die Kollegen von Verdi kämpfen um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Die Länder wollen ihre Finanzprobleme auf Kosten der Beschäftigten austragen.

SZ: Herr Doll, Waschmaschinen bestehen aus einer Trommel, die ein Elektromotor dreht. Das kann man überall zusammenziehen. Grundig wurde einst zum Verhängnis, dass man Fernsehgeräte anderswo billiger bauen kann als hier. Haben die Gewerkschaften zu lange tatenlos zugeschaut, weil sie in beiden Unternehmen einen sehr hohen Organisationsgrad hatten, und nun weinen Sie Krokodilstränen?

Doll: Ich mache mir Sorgen um 1700 Menschen und ihre Familien. Eine vernünftige Waschmaschine ist voll mit Elektronik, etwa in Sachen Energieeffizienz. Von den Arbeitnehmern kamen viele innovative Vorschläge, und sie haben enormes Entgegenkommen gezeigt. Die IG Metall wäre sogar mit dem Abbau von

750 Stellen einverstanden gewesen, wenn dadurch die restlichen 1000 gerettet werden wären. Fakt ist aber, dass die AEG-Gewinne Electrolux nicht gereicht haben. Die wollten verlängern, um billiger zu produzieren. Man tut so, als sei Globalisierung von Gott gegeben, als müsste man es der Wirtschaft hineinreinschieben, dann kommen vorne Arbeitsplätze raus. Die Tatsachen sind anders. Solchen Prozessen muss man politisch gegensteuern. Ich will nicht konkurrenzfähig sein im Drehen der Lohnschraube nach unten, bis wir mit Kinderarbeit in China konkurrenziert können.

Söder: Österreich hat keine Kinderarbeit, Dänemark und Finnland auch nicht. Trotzdem sind sie erfolgreicher.

Daran müssen wir uns orientieren, nicht an fernen Billiglohnländern. In den letzten 15 Jahren sind wir im europäischen Vergleich schwächer geworden. Es ist bedrückend, wenn Mittelständler in Südbayern sagen, wir gehen lieber nach Österreich, nur 20 Kilometer weiter, aber in ein flexibleres, wirtschaftsfreundlicheres Umfeld.

SZ: Was braucht der Wirtschaftsraum Nürnberg?

Söder: Seit Edmund Stoiber Ministerpräsident wurde, sind rund zwei Milliarden Euro allein an Strukturförderung in den fränkischen Ballungsraum geflossen. Damit wurde die High-Tech-Offensive unterstützt, der Ausbau von Hoch-

schulen, Flughafen oder Messe, aber auch Marketingmaßnahmen – allesamt Leuchtturmprojekte. Es ist ein gutes Zeichen, dass manche in München schon auf Nürnberg deuten und aufmerksam beobachten, was hier alles passiert.

SZ: Ist die Anerkennung als europäische Metropolregion für die Region eine Riesenchance oder ein Papiertiger?

Doll: Sie kann eine Chance sein, wenn sie Kompetenzen stärkt, nämlich Verkehrs- und Energietechnik. Leuchttürme leuchten eben nicht alles aus. Gradmesser muss sein, was an zusätzlicher Beschäftigung rauskommt. Die Staatsregierung hat einiges gemacht. Aber, Herr Söder, es gibt keine saubere Kontrolle, was die zwei Milliarden Euro vom Land Bayern tatsächlich der Region an neuen Arbeitsplätzen gebracht haben. Und was die Hochschulen angeht: Viele neue Lehrstühle wurden geschaffen, aber zum Beispiel keiner für das Kompetenzfeld Energie.

SZ: Hat die Staatsregierung das Thema Metropolregion Nürnberg verschlafen?

Söder: Nein, absolut nicht. Aber in München, das auch Metropolregion ist, herrscht ein anderes Selbstverständnis. Dort ist die Technische Universität längst eng vernetzt mit allen Fachhochschulen der Region. Der Flughafen Augsburg wirbt mit der Bezeichnung Flughafen München-West. Auch in Franken hat sich vieles entwickelt. Das Thema Metropolregion ist eine große Chance, wenn wir uns auf gemeinsame Projekte und Themen einigen. Dabei gilt aber auch: Ohne die Staatsregierung hat Nürnberg keine Chance, in Berlin oder Brüssel Zahlbares durchzusetzen.

Doll: Natürlich haben Staatsregierung und CSU das Thema verschlafen. Sie haben einen Antrag der SPD-Fraktion im Landtag dazu abgelehnt. Die Staatsregierung verfolgte zu lange die Philosophie, es gibt „Bayern 1“, das ist München, und der Rest hängt irgendwie dran.

Söder: Wer hat denn die Metropolregion beschlossen und durchgesetzt? Die SPD setzt in Bayern nix durch...

Doll: Sie mussten doch zum Jagen getragen werden! Die Verdienste gebühren Nürnbergs Wirtschaftsreferent Fleck und vor allem Oberbürgermeister Ulrich Maly, die von Ort zu Ort gingen und für die Metropolregion warben. Ich weiß, das hört die CSU aufgrund ihrer schlechten Umfragewerte in Nürnberg nicht gern.

SZ: Wäre es nicht sinnvoll, den Raum Nürnberg künftig stärker als Einheit zu propagieren? In München leben 1,5 Millionen Menschen, hier sind es 1,2 Millionen, die aber von vier Rathäusern aus regiert werden?

Söder: Die Staatsregierung geht längst von einem Raum aus. Das sieht

man etwa daran, dass das neue Forschungszentrum für neue Werkstoffe in Fürth eingerichtet wurde. So sollte ein bewusster Akzent für die Stadt gesetzt werden, der aber der ganzen Region nutzt. Nürnberg ist mit dem Staatstheater und dem neuen Museum gezielt als fränkische Kulturmetspole gefördert worden, und auch der S-Bahn-Ausbau hilft dem gesamten Großraum.

SZ: Mit Michael Glos als Minister und Dagmar Wöhrl als Staatssekretärin sind die beiden Chefposten des Wirtschaftsministeriums in fränkischer CSU-Hand. Wie sind Ihre Erwartungen?

Doll: Bis jetzt nehme ich den Herrn Glos als Wirtschaftsminister nicht wahr. Ich erwarte von Politik, dass sie Rahmenbedingungen setzt. Auch CSUer beklagen, wenn 80 Prozent Steuern die Arbeitnehmer zahlen und nur 20 Prozent die Arbeitgeber und die Vermögenden. Das kann nicht sein.

Söder: Glos und Wöhrl machen einen guten Job und werden viel für Franken herausholen. Natürlich hat Wirtschaftspolitik heute weniger Möglichkeiten als vor der Globalisierung. Aber sie kann investieren und Leitplanken am Arbeitsmarkt aufstellen. Ohne Veränderungsbereitschaft bei den Tarifparteien geht es jedoch nicht. Ich kritisere Arbeitgeber, die sich nicht mit den Möglichkeiten in Deutschland auseinander setzen, sondern einfach weggehen. Und bei manchen Gewerkschaftsfunktionären fehlt die Bereitschaft, ökonomische Realitäten zur Kenntnis zu nehmen. Globalisierung ist nicht gottgegeben, sondern von Menschen gemacht.

SZ: Wo wird der Ballungsraum Nürnberg in zehn Jahren stehen?

Doll: Ich fürchte, dass zwischen einigen Leuchttürmen Elenndschluchten klapfen werden und wir amerikanische Verhältnisse erhalten. Wie in New Orleans, wo nicht nur die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter klapft, sondern auch die Infrastruktur auseinanderbricht. Um das zu verhindern, müssen die Arbeitnehmer beteiligt werden.

Söder: Nürnberg gehört zur Spitze deutscher und europäischer Großstädte. Nürnberg ist ein starker Name, und auch als Industrielegende wird die Stadt weiter leben. Allen Veränderungen zum Trotz – wir dürfen uns viel mehr Selbstbewusstsein leisten.

Moderation: Olaf Przybilla, Uwe Ritter, Peter Schmitt



STEPHAN DOLL

Stephan Doll amtiert seit 2004 als mittelfränkischer Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). 1964 in Nürnberg geboren, absolvierte er ab 1980 bei der Stadtsparkasse Nürnberg eine Ausbildung zum Bankkaufmann. Frühzeitig begann sein gewerkschaftliches Engagement in der damals noch eigenständigen ÖTV. Doll wurde Jugendvertreter und Personalratsmitglied bei der Stadtsparkasse, ehe er 1991 als Jugendsekretär hauptberuflich zum DGB wechselte. Ab Mai 1999 fungierte der Vater dreier Kinder als Vorsitzender des Kreisjugendringes Nürnberg-Stadt. Aus dieser Zeit kennen er und Söder sich. Im zurückliegenden AEG-Konflikt trat Doll als einer der schärfsten Kritiker des Mutterkonzerns Electrolux und der herrschenden Politik in Erscheinung.



MARKUS SÖDER

Das zuletzt so umkämpfte Nürnberger AEG-Werk liegt im Stimmkreis des Landtagsabgeordneten Markus Söder. Seit 1994 sitzt der promovierte Jurist für die CSU im Maximilianeum, ebenso lange ist er CSU-Kreisvorsitzender in Nürnberg-West. Seit 2003 amtiert er zudem als Generalsekretär der Partei und gilt als enger Vertrauter von CSU-Chef und Ministerpräsident Edmund Stoiber. Markus Söder, Jahrgang 1967, gehört damit zu Nürnbergs profiliertesten Politikern. Nach einem Jurastudium in Erlangen volontierte er 1992/93 beim Bayerischen Rundfunk und arbeitete dort anschließend bis zu seiner Wahl in den Landtag als Fernsehredakteur. Von 1995 bis 2003 war er Landesvorsitzender der Jungen Union. Söder ist verheiratet und Vater dreier Kinder.

SZ: Wäre es nicht sinnvoll, den Raum Nürnberg künftig stärker als Einheit zu propagieren? In München leben 1,5 Millionen Menschen, hier sind es 1,2 Millionen, die aber von vier Rathäusern aus regiert werden?

Söder: Die Staatsregierung geht längst von einem Raum aus. Das sieht

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 28.07.2006, Ausgabe Deutschland, S. 20 / Ressort: Wirtschaft

Die große Wut

Martin Scholz hat drei Jahrzehnte lang bei AEG in Nürnberg die Knochen hingehalten - jetzt muss er gehen

Eine Frage, ein Zitat - wenige Worte reichen, um irgendwo im Innersten von Martin Scholz von einer Sekunde auf die andere einen Hebel umzulegen. Der 48-jährige Familienvater mit dem kleinen Vorstadthäuschen, der bis eben so bedächtig formuliert hat, redet plötzlich, als wären seine Worte Fäuste zum Zuschlagen. "Das soll bei denen alles noch mehr runtergehen, die sollen vom Handel boykottiert werden, untergehen sollen sie, ich kaufe jedenfalls nur noch Geräte von der Konkurrenz."

Vielleicht spürt Martin Scholz die Verblüffung über den unerwarteten Ausbruch, so schiebt er fast entschuldigend nach: "Vor zwei Jahren habe ich noch nicht so radikal gedacht." Damals wurde das Nürnberger AEG-Hausgerätewerk auch noch nicht abgewickelt, und der Arbeitsplatz, auf dem dieser nette Mensch aus Nürnberg-Reichelsdorf seit 1974 sein Geld verdient, schien ungefährdet.

Bis 2005 der schwedische Mutterkonzern Electrolux ankündigte, die Hälfte seiner Werke in Hochlohnländern zu schließen und die Produktion vor allem nach Osteuropa zu verlagern. Bald war klar, dass die Waschmaschinen-, Geschirrspüler- und Wäschetrocknerfabrik in Nürnberg mit polnischer Niedriglohnfertigung nicht würde konkurrieren können. Die betroffenen 1700 Arbeitnehmer streckten sich dennoch, boten Lohnverzicht und Mehrarbeit an. Nicht genug, sagte das Management. Kaum war die Schließung verkündet, streikten die AEGler im Januar und Februar 2006 eiskalte 40 Wintertage lang für einen möglichst großzügigen Sozialtarifvertrag.

Auch Martin Scholz, der Sachbearbeiter aus der Logistik-Abteilung, drehte als Streikposten seine Runden und wärmte sich an den Feuertonnen. Weil er kein Mitglied der IG Metall ist, erhielt er in diesen sechs Streikwochen keinen Euro. Es ist keine antrainierte Gewerkschaftslogik, wenn er loschimpft beim Hinweis auf die Argumentation der Konzernführung. Umsatz und Gewinn von Electrolux lägen hinter den Erwartungen, der Konzern verliere Marktanteile, hat Vorstandschef Hans Straberg dieser Tage geklagt, der AEG-Streik habe "einen größeren Rückschlag verursacht als erwartet". Eine "Mordswut auf Straberg und Konsorten" habe er, sagt Scholz.

Schließlich hatte er in dem AEG-Werk seine Ausbildung absolviert und fast sein ganzes bisheriges Berufsleben verbracht. "Eine sichere Firma, da kann nichts passieren, das ist ein halber Beamtenjob" habe er gedacht, sagt Scholz. Doch dann rollte die Globalisierung über ihn und seine Kollegen hinweg. "Arbeitslosigkeit war nie ein Thema für mich, schließlich lief die Produktion auf Hochtouren." Ein Trugschluss.

Jetzt muss er gehen, vermutlich als einer der Vorletzten zum 31. März 2007. Bis dahin organisiert er weiter die Versorgung von Kundendienstlern mit Ersatzteilen. "Man macht seine Arbeit, aber man macht sie lustlos", sagt Scholz und schiebt nach: "Das geht hier allen so." Viele kommen selten oder gar nicht mehr; der Krankenstand liegt seit Monaten um die 30 Prozent. Um die Motivation zu erhöhen, schenkt AEG jedem dauerhaft Gesunden zum Abschied eine Waschmaschine. "Die können sie sich sonst wo hinsticken", sagt Scholz.

Rechnen bis zur Rente

Auf den üblichen Kärnten-Sommerurlaub verzichtet die Familie dieses Jahr und spart auch sonst, wo es geht. Wenigstens hat die 17-jährige Tochter gerade eine Lehrstelle als Friseurin gefunden, nach 40 Bewerbungen. Ihre 14-jährige Schwester geht noch zur Schule. Die Mutter plant, neben der Hausfrauenaktivität ihren Job als Tagesmutter auszudehnen. Martin Scholz selbst durchkämmt die Stellenanzeigen in den Zeitungen und im Internet, aber: "Wer stellt schon einen fast 50-Jährigen ein?" Wegziehen aus Nürnberg wolle er nicht, bis zu 50 Kilometer Fahrt zur Arbeit wären aber kein Problem, sagt er.

Er rechnet damit, künftig weniger zu verdienen als die brutto 3500 Euro, die ihm AEG zuletzt dreizehnmal pro Jahr überwiesen hat. Findet er nichts, wechselt er für maximal ein Jahr in eine Beschäftigungsgesellschaft. So regelt es der Sozialtarifvertrag, ebenso die Abfindung in Höhe von 1,8 Monatsgehältern pro Jahr Betriebszugehörigkeit. 3500 Euro mal 1,8 mal 27 Jahre macht unterm Strich 170 100 Euro Bruttoabfindung. Abzüglich Steuern bleiben Martin Scholz deutlich über 100 000 Euro. Damit liegt er im oberen Bereich. "Ich bin zufrieden", sagt er, "dafür haben wir auch gestreikt." Viele jüngere Kollegen, solche mit kleinen Kindern und Schulden auf Haus oder Wohnung, erhalten viel weniger.

Kaufmann und Betriebswirt Scholz hat schon mal gerechnet: Die Abfindung, der Zuverdienst der Ehefrau, Versicherungen, das bisschen Ersparne - mit bescheidenem Lebensstil könnte es gerade so bis zur Rente reichen. Über kurz oder lang muss ein neues Auto her. Es soll wieder ein Saab werden: "Auch wenn das ein Schwede ist."

AEG

Das Nürnberger AEG-Hausgerätewerk wird bis Ende 2007 in Etappen geschlossen. Dabei werden von den zuletzt 1700 Arbeitnehmern 1600 entlassen. 70 Beschäftigte in der Entwicklungsabteilung und 30 weitere in den Bereichen Arbeitsplanung und -organisation kommen in den Genuss einer Standort- und Beschäftigungsgarantie bis Ende 2009. 440 Beschäftigte haben die Fabrik bislang verlassen. Der Stellenabbau wird auch in den kommenden Monaten schrittweise vorangetrieben, ehe am 31. März 2007 mit 600 Mitarbeitern die letzte und größte Gruppe gehen wird. Bis dahin sollen noch Waschmaschinen und Geschirrspüler produziert werden. Übrig bleiben ab 1. April 50 Personen für Restarbeiten, ehe am 31. Dezember 2007 endgültig die Lichter in dem Werk ausgehen werden. Der nach einem harten Arbeitskampf vergangenen Winter vereinbarte Sozialtarifvertrag hat ein Volumen von rund 200 Millionen Euro.

Von Uwe Ritzer

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 31.07.2006, Ausgabe Deutschland, S. 19 / Ressort: Wirtschaft

Leiharbeiter kommen Electrolux teuer

Produktionsengpässe sorgen für Spannungen bei AEG / Bundesagentur für Arbeit verweigert Kurzarbeitergeld

Zu Jahresbeginn noch Kulisse eines harten Arbeitskampfes, herrscht in dem zur Schließung anstehenden Nürnberger AEG-Hausgerätewerk nun völlige Ruhe. Vier Wochen lang stehen alle Bänder still: Betriebsurlaub. Hinter den Kulissen jedoch brodelt es. Denn während die AEG und ihr schwedischer Mutterkonzern Electrolux im Vorgriff auf die Werksschließung Ende 2007 bereits 1400 Beschäftigten gekündigt haben, stellt das Unternehmen gleichzeitig in großem Umfang Leiharbeiter ein. Ein Umstand, der nicht nur von Betriebsrat und IG Metall heftig kritisiert wird, sondern auch zu einem Konflikt zwischen dem Konzern und der Bundesagentur für Arbeit (BA) geführt hat.

"Ich bin schon sehr lange dabei, aber so ein Fall ist mir noch nie begegnet," sagt Peter Wülk, Chef der Nürnberger Arbeitsagentur. Während zum Stichtag 31. Juli 440 Beschäftigte auf entsprechende Kündigungen hin die Fabrik verlassen haben und Ende August die nächsten 30 folgen werden, holte sich Electrolux/AEG 120 Zeitarbeitskräfte ins Werk. Bis zu 200 sollen es nach Angaben eines Unternehmenssprechers noch werden. Damit gleiche man Produktionsengpässe aus, die dadurch entstünden, dass der Krankenstand seit Bekanntgabe der Schließung bei anhaltend hohen 30 Prozent liegt. Der stellvertretende AEG-Aufsichtsratsvorsitzende und Nürnberger IG Metall-Vize Jürgen Wechsler spricht von "bodenloser Arroganz und Sauerei" und nennt ganz andere Gründe. Der Konzern brauche dringend Waschmaschinen und Geschirrspüler aus Nürnberg, weil der Anlauf in jener polnischen Fabrik, wo diese Geräte künftig produziert werden sollen, nicht funktioniere. "Dort gibt es massive Schwierigkeiten in den Produktionsabläufen und die Qualität ist vielfach fehlerhaft", sagt Wechsler.

Der Ersatz angestammter Kräfte durch Leiharbeiter sorgte nicht nur für Spannungen an den Montagebändern. Auch die Bundesagentur für Arbeit stellte sich quer und weigerte sich für jene Entlassenen, die von der AEG in eine Beschäftigungsgesellschaft überwechseln, das anfallende Tarif-Kurzarbeitergeld zu übernehmen. Dabei beruft sich die BA nicht nur auf ihre Verantwortung für die Beiträge ihrer Versicherten, sondern vor allem auf den Paragraphen 216 b des Sozialgesetzbuches III. Dieser regelt, dass Transfer-Kurzarbeitergeld nur bezahlt wird, wenn ein "unvermeidbarer Arbeitsausfall" vorliege. "Davon kann aber keine Rede sein, wenn eine Firma gleichzeitig Leiharbeiter anstellt", sagt der Nürnberger Agenturchef Wülk. Also muss Electrolux/AEG zähneknirschend dieses Kurzarbeitergeld nun für ebenso viele Entlassene übernehmen, wie sie umgekehrt Leiharbeiter einstellt.

Durchschnittlich fallen nach Angaben von Wülk pro Person 920 Euro monatlich an. Macht bei 120 Beschäftigten 110 400 Euro pro Monat. Der Electrolux-Sprecher sagte, das sei "trotzdem für das Unternehmen die günstigste Variante." Tatsächlich erweist sich jedoch die Werksschließung für den Konzern weit teurer als erwartet. Zu einem am Ende eines 40-tägigen Streiks ausgehandelten, bundesweit beispiellos üppigen Sozialtarifvertrages addieren sich enorme Ausfallkosten, die durch den hohen Krankenstand hervorgerufen werden. Dem Image haben die Werksschließung und der Streik obendrein geschadet; seither gilt der Konzern als Negativbeispiel für rücksichtslose Globalisierung. Während die Konkurrenz auch im Vorgriff auf die Mehrwertsteuererhöhung zulegt, hat Electrolux/AEG Marktanteile verloren, wie Vorstandschef Hans Straberg einräumen musste. Hinter vorgehaltener Hand heißt es, die Werksschließung samt der damit verbundenen Produktionsverlagerung nach Polen summieren sich inzwischen auf weit mehr als die veranschlagten 230 Millionen Euro.

Von Uwe Ritzer

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 31.07.2006, Ausgabe Deutschland, S. 19

Ressort: Ressort: Wirtschaft

Dokumentnummer: A27545814

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://bib-nuernberg.genios.de/document/SZ_705960ac0c938262fd6f6ae721bb5cadda6e52ce

Alle Rechte vorbehalten: (c) Sueddeutscher Verlag GmbH, Muenchen

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 05.11.2007, Ausgabe Deutschland, Bayern, München, S. 21 / Ressort: Wirtschaft

Das Image ist angekratzt

Nach Schließung des AEG-Werks hat Electrolux Marktanteile verloren

Nürnberg - Manchmal wiederholt sich die Geschichte: Vor drei Wochen erklärte der weltweit zweitgrößte Hausgerätekonzern Electrolux, seine Herdfabrik in Spennymoore stehe auf dem Prüfstand. Seither bangen in der nordostenglischen Kleinstadt 500 Arbeiter um ihre Arbeitsplätze. Die Manager aus Schweden wollen bis Jahresende mitteilen, wie es weitergeht. Jürgen Wechsler sagt, er brauche nicht viel Phantasie, um die Entscheidung vorherzusagen: "Die werden kurz vor Weihnachten die Schließung verkünden", sagt der Chef der Nürnberger IG Metall. "Da läuft genau dasselbe zynische Spiel wie vor zwei Jahren bei uns."

Es war der 12. Dezember 2005, als die Electrolux-Konzernspitze in Stockholm ein Kapitel deutscher Industriegeschichte beendete: Spätestens Ende 2007 werde das mehr als 90 Jahre alte Stammwerk von AEG in Nürnberg geschlossen, hieß es. Die Geschirrspüler, Waschmaschinen und Wäschetrockner werde man künftig billiger in Polen montieren lassen. Als noch am selben Tag ein Electrolux-Manager die Entscheidung vor den 1700 betroffenen Mitarbeitern rechtfertigen wollte, jagten sie ihn wütend davon. Wie den englischen Kollegen hatte man ihnen gesagt, ihre Fabrik stehe auf dem Prüfstand, weil sie zu wenig profitabel sei.

Die letzte Waschmaschine

Die AEG-Fabrik in Nürnberg ist inzwischen geschlossen. Nach einem spektakulären Arbeitskampf rollte im März die letzte Waschmaschine vom Band. Generiert von der öffentlichen Kritik und dem hohen Krankenstand, sperrte Electrolux das Werk früher zu als geplant. Dank der guten Konjunktur haben die meisten der qualifizierten Ex-Mitarbeiter eine neue Arbeit gefunden. Ein Großteil wird von einer Qualifizierungsgesellschaft geschult, der Rest ist arbeitslos.

Aber Electrolux hat die Folgen der Werksschließung noch nicht überwunden. Der Preis geht weit über den Sozialtarifvertrag mit seinen mehr als 250 Millionen Euro hinaus, den sich die Arbeitnehmer im sechswöchigen Streik erkämpft haben. Nicht zum ersten Mal musste Konzernchef Hans Straberg vor kurzem einräumen, man leide wohl noch länger an den Nachwirkungen des Nürnberger Arbeitskampfes.

Während Konkurrenten satte Zuwächse melden, hat das Image gelitten und AEG hat Marktanteile verloren, weshalb der Konzern zuletzt eine aufwendige Kampagne über die ruhmreiche AEG-Markengeschichte schaltete. Für 2008 ist ein weiterer PR-Feldzug geplant, er soll dafür sorgen, dass AEG mit technologischer Kompetenz beim Energie- und Wassersparen in Verbindung gebracht wird. Denn viele Kunden trauen offenbar der Qualität von AEG made in Poland nicht. So musste Electrolux im Sommer eine Rückholaktion für 18 000 Geschirrspüler starten. Es bestand eine akute Brandgefahr, weil Kabelteile fehlerhaft waren. Für den Konzern ist das in Ordnung: Rückrufaktionen seien "nicht ungewöhnlich und werden von den Verbrauchern akzeptiert", sagt ein AEG-Sprecher. Das sieht der ehemalige Nürnberger AEG-Betriebsratschef Harald Dix anders: "Solche Pannen hatten wir prophezeit. Aber das ist eben der Preis, den Electrolux dafür bezahlt, dass man über Jahrzehnte aufgebaute Kompetenz in Nürnberg zerschlagen hat und lieber auf Billigproduktion setzt."

Film über "Streikblues"

Und auch in Nürnberg ist der Konzern um einen Neustart bemüht. Insgesamt beschäftigt Electrolux in Deutschland noch 2362 Mitarbeiter, die meisten davon in einer gut ausgelasteten, profitablen Fabrik für Herde und Kochmulden in Rothenburg ob der Tauber. Mit nach wie vor 700 Beschäftigten, die nicht zum abgewickelten Werk gehörten, sondern zu den sieben Service-Gesellschaften, ist Nürnberg der zweitgrößte deutsche Standort. Sie arbeiten im alten AEG-Gelände und sollen künftig im "Electrolux-Haus" zusammengefasst werden, der Deutschland-Zentrale des Konzerns.

Dafür wird eines der alten AEG-Gebäude umgebaut. Electrolux hat das 160 000 Quadratmeter große Areal an die Berliner Immobilienfirma MIB verkauft, die einen Teil der verschachtelten, ausgestorbenen Hallen abreißen und den Rest zu einer Art Gewerbepark umbauen will.

Der bayerische IG-Metall-Chef Werner Neugebauer spricht dem AEG-Kampf rückblickend dennoch Symbolwirkung zu. "Da wurde ein klares Zeichen gegen den um sich greifenden Neoliberalismus in Deutschland gesetzt." Das inspiriert nun auch einige Filmschaffende. Ein Kölner Drehbuchautor und ein Produzent wollen aus dem Nürnberger Geschehen einen Kinostoff machen. Absolventen der Münchner Filmhochschule waren schneller. Ihr Kurzfilm trägt den Titel "Streikblues".

Von Uwe Ritzer

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 18.02.2008, Ausgabe Bayern, München, S. 50 / Ressort: Bayern

IG Metall Nürnberg wählt neuen Chef

Deutlicher Wahlerfolg für Jürgen Wechsler

Nürnberg - Am Ende ging es harmonisch zu. Mit Dankesworten und Applaus hat die Nürnberger IG Metall Gerd Lobodda, der 24 Jahre lang ihr Chef war, in den Ruhestand verabschiedet. Die freundlichen Worte täuschten darüber hinweg, dass viele Gewerkschafter froh waren, unter die Ära Lobodda endlich einen Schlussstrich zu ziehen. Intern war er nach allerhand Querelen schon seit längerem entmachtet. Spätestens seit dem spektakulären Kampf um das Nürnberger AEG-Hausgerätewerk Anfang 2006 hat in der Nürnberger IG Metall Jürgen Wechsler, 51, das Sagen. Folgerichtig kürten ihn die Delegierten mit für die Nürnberger IG Metall ungewöhnlich hohen 92,9 Prozent der Stimmen nun auch offiziell zum Lobodda-Nachfolger.

Im Gegensatz zu Lobodda gilt Wechsler als Vertrauter von IG Metall-Chef Berthold Huber und des bayerischen Bezirksleiters Werner Neugebauer. Bereits im November hatte er Lobodda im IG Metall-Bundesvorstand beerbt. Nicht wenige Nürnberger Gewerkschafter verbinden mit ihm die Hoffnung auf ein Wiedererstarken ihrer Organisation. Vor allem bedingt durch den Wegfall Tausender Industriearbeitsplätze musste die Metallgewerkschaft im fränkischen Ballungsraum drastische Einbußen verkraften. Seit 1974 sank die Mitgliederzahl von etwa 50 000 auf knapp unter 30 000. "Seit Juli 2007 verzeichnen wir erstmals wieder einen Zuwachs", sagt Wechsler. Vor allem bei jungen Mitgliedern legt man zu. 2146 der 5590 neu aufgenommenen Mitglieder 2007 waren jünger als 27 Jahre, deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt. Wechsler sieht im Zuwachs auch ein Signal, "dass sich die gesellschaftliche Stimmung wegbewegt vom Neoliberalismus und hin zu den Themen Gerechtigkeit und Sozialstaat." Vor allem aber erwarten sich viele IG Metaller von Wechsler eine klare Linie. Lobodda, der Mitbegründer der linken Wahlalternative WASG, galt in den letzten Jahren als unberechenbar. Wechsler setzt demgegenüber klar auf die Strategie einer möglichst tiefen Verankerung der IG Metall in den Betrieben, um aus einer Position der Stärke und Kampagnenfähigkeit heraus agieren zu können.

Jürgen Wechsler wurde in einer Arbeiterfamilie groß. Seine Mutter schufte im Akkord in einer Lederfabrik, während der Vater als Fernfahrer unterwegs war. Sohn Jürgen lernte Mechaniker in der Trafo-Union und arbeitete im Großanlagenbau bei Siemens. 1982 wurde Wechsler Sekretär und zehn Jahre später 2. Bevollmächtigter der IG Metall Nürnberg. Bundesweit auf sich aufmerksam machte er bei der AEG-Auseinandersetzung, bei der am Ende ein üppiger Sozialtarifvertrag für die Betroffenen heraustrat.

Um Geld zu sparen, wird Wechsler vorerst mit Siemens-Betriebsrat Gerald Eberwein lediglich ein ehrenamtlicher 2. Bevollmächtigter zur Seite stehen. Zur Jahresmitte soll zudem eine Kooperation mit den IGM-Verwaltungsstellen Fürth und Erlangen geschlossen werden, die eine gemeinsame Jugend- und Bildungsarbeit vorsieht. Parallel dazu startet die Nürnberger IG Metall in Kürze eine Kampagne mit dem Ziel, Leiharbeitern dieselben Löhne wie regulären Arbeitnehmern zu erkämpfen.

Uwe Ritzer

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 08.02.2008, Ausgabe Deutschland, Bayern, München, S. 26 / Ressort: Wirtschaft

Texten für die Solidarität

Gewerkschaften greifen für Kampagnen wie bei AEG oder Nokia auch gerne auf Profis zurück - doch das allein reicht nicht

München - Die Mülltonne leuchtet rot vor dem Haupttor des Nokia-

Werks in Bochum, den Deckel weit aufgerissen. Der schlichte weiße Schriftzug "Mach mit" fordert auf, Nokia-Handys an Ort und Stelle in ihr zu versenken. Die Werbekampagne des finnischen Handy-Herstellers ("connecting people") ist auf den Seiten der Tonne in eine klare Botschaft umgemünzt: "Nokia - verarsching people". Kreativität, die der Wut und Verzweiflung der Belegschaft entsprungen ist oder den Diensten einer professionellen Agentur?

"Wenn Menschen streiken oder gegen etwas protestieren, wie bei Nokia, muss man bei der Vermarktung sehr sensibel vorgehen. Da hilft keine Hau-den-Lukas-Mentalität", sagt Renate Remter, Geschäftsführerin der Werbeagentur Odeon Zwo. Sie hat schon einige Male Gewerkschaften professionell beraten - allerdings hauptsächlich im Rahmen von Image- und Werbekampagnen. Im Jahr 2006 wurde die Agentur dann erstmals von der IG Metall im Streikfall zu Rate gezogen. Die Gewerkschaft wollte den Konflikt um die geplante Schließung des AEG-Hausgerätewerks in Nürnberg durch den schwedischen Electrolux-Konzern deutschlandweit kommunizieren.

Wichtig sind die Menschen

In Bezug auf die zu dieser Zeit groß angelegte "Du bist Deutschland"-Kampagne der Bundesregierung zur Stärkung des deutschen Selbstbewusstseins, wurde der Streik unter das Motto "AEG ist Deutschland" gestellt. Allerdings sträubt sich Agenturchefin Remter, in Bezug auf ihren damaligen Auftrag von einer Kampagne zu sprechen: "Wir haben lediglich Vorschläge für Formulierungen gegeben. Die AEG-Belegschaft hat selbst entschieden, was sie sich auf die Banner schreiben will." Auch der freie Journalist Rolf Famulla war während des AEG-Streiks für die IG Metall im Einsatz. Gemeinsam mit einem Kollegen unterstützte er die Gewerkschaft bei der klassischen Pressearbeit vor Ort. So gab er täglich eine Streikzeitung heraus und diente als Ansprechpartner für die Journalisten. "Die Belegschaft artikulierte ihren Protest mit unglaublicher Phantasie", erinnert er sich. "Es wurde gebastelt, gezeichnet - da waren echte Künstler am Werk. Diese Motivation bewirkte eine solche Solidarität in der Bevölkerung, da spielte die professionelle Beratung eigentlich keine wesentliche Rolle."

Große Gewerkschaften in Deutschland wie IG Metall und Verdi greifen nach eigenen Angaben schon lange auf die Unterstützung von Werbe- und Kommunikationsagenturen zurück. Allerdings betont eine IG-Metall-Sprecherin, dass sich seit dem vergangenen Jahr eine eigene Abteilung der Entwicklung von Kampagnen widmet. "Dabei geht es um Projekte zu speziellen Themen wie zum Beispiel Leiharbeit. Und natürlich auch um die Mitgliederwerbung", sagt sie. Agenturen setzt die IG Metall nur punktuell ein und zwar bei außergewöhnlichen Ereignissen wie beispielsweise vor zwei Jahren bei AEG. "Die Agenturen unterstützten uns dabei, unsere Forderungen und Positionen gestalterisch umzusetzen, zum Beispiel Plakate und Materialien zu layouten", so die Sprecherin.

Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi dagegen schätzt die regelmäßige Zusammenarbeit mit externen Werbe- und Kommunikationsprofis. 2007 hat Verdi mit großem Budgetaufwand unter anderem eine Plakatkampagne gegen die Sparpolitik im Öffentlichen Dienst gestartet. "In einer konfliktgeladenen Auseinandersetzung wie bei der Tarifverhandlung im öffentlichen Dienst kommt es auf eine deutliche Ansprache gegenüber der Öffentlichkeit an. Da helfen uns die Agenturen, zentrale Botschaften werbewirksam auf den Punkt zu bringen", sagt ein Verdi-Sprecher.

Bis in die Nacht im Zelt

Trotz der Beratung durch externe Profis - das wohl wichtigste in einer Ausnahmesituation, wie sie damals die AEG- und momentan die Nokia-Belegschaft erlebt, ist die Arbeit der Menschen vor Ort. Das weiß Harald Dix nur zu gut. Er war bereits im AEG-Streik als Streikführer im Einsatz und wurde von der IG Metall nun auch vor das Nokia-Werkstor in Bochum geholt. Er leistet eine besondere, aber sehr effiziente Form der Öffentlichkeitsarbeit: Seit über einer Woche fährt er jeden Morgen um 8 Uhr zur IG-Metall-Verwaltungsstelle in Bochum, schnappt sich Buttons, Aufkleber und Flugblätter und macht sich auf den Weg zum Nokia-Werk. Dort angekommen steht er bis in die Nacht im Solidaritäts-Zelt und empfängt beim Schichtwechsel die Nokia-Mitarbeiter zum gemeinsamen Austausch. Zudem begrüßt er Solidaritätsbesuch und koordiniert Frage-Antwort-Runden zwischen Belegschaft und Schulkindern, die auf das Werksgelände kommen. Versorgt werden Dix und seine Kollegen von der Bochumer Bevölkerung. Die Menschen bringen Essen, Trinken und Holz für die Feuerstellen.

Dabei betont Dix, dass seine Arbeit nichts Besonderes ist. Für ihn sind die Mitarbeiter der IG Metall Bochum sowie der Nokia-Betriebsrat und die IG-Metall-Vertrauensleute ausschlaggebend. "Die haben die Großkundgebung mit 20 000

Menschen organisiert. Außerdem planen sie gerade eine Fackelkette rund um das Werk, Besuche bei VfL- und BVB-Heimspielen und ein Solidaritätskonzert - vielleicht mit Herbert Grönemeyer", erklärt Dix. Auch eine Homepage wurde eingerichtet, von der man No Nokia-Logos und Solidaritäts-Klingeltöne runterladen kann. Geht es nach Dix, bedarf es keiner externen Unterstützung. "Wir machen momentan alles selber und das klappt sehr gut." Außerdem blickt er nicht ganz so positiv auf die "AEG ist Deutschland"-Kampagne vor zwei Jahren zurück. "Die Mitarbeiter haben den Slogan zwar auf den Bannern mitgetragen, aber im Grunde war er einigen zu nationalistisch." Die rote Mülltonne vor dem Werkstor war übrigens über Nacht plötzlich da. Das zumindest behauptet Dix. Er ist sich sicher, dass die Nokia-Mitarbeiter sie aufgestellt haben.

Von Kirsten Ludowig

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 23.02.2008, Ausgabe Deutschland, Bayern, München, S. 27 / Ressort: Wirtschaft

Déjà-vu bei AEG

Electrolux will in Europa weitere Stellen streichen - in Nürnberg geht bei den verbliebenen Mitarbeitern wieder die Angst um

Nürnberg - Zwei Jahre nach dem verlorenen Kampf um das AEG-Hausgerätewerk macht sich unter den verbliebenen Beschäftigten von Electrolux in Nürnberg abermals Angst vor dem Verlust zahlreicher Arbeitsplätze breit. Verantwortlich dafür sind drastische Einbrüche auf dem deutschen Markt und Konzernpläne, europaweit 400 Stellen abzubauen. Eine Betriebsversammlung brachte den Beschäftigten keine Klarheit. Allerdings sandten sie von dort eine Botschaft an das Management des schwedischen Hausgerätekonzerns. "Gegen einen erneuten Arbeitsplatzabbau in Deutschland und speziell in Nürnberg wird es härtesten Widerstand geben", droht Jürgen Wechsler, Chef der Nürnberger IG Metall.

Zügiger Abbau

Ein Konzernsprecher erklärte, es sei noch völlig offen, an welchen Standorten in Europa die 400 Stellen abgebaut werden. "Das gilt auch für die Frage, ob Deutschland und Nürnberg davon überhaupt betroffen sind", sagte er. Es gebe jedoch das erklärte Interesse der Stockholmer Konzernzentrale, die Kappungen zügig umzusetzen. Wann erste Entscheidungen fallen, sei noch nicht absehbar. Jürgen Wechsler, der nicht nur Nürnberger IG-Metall-Chef ist, sondern auch Aufsichtsratsmitglied der deutschen Electrolux-Holding, geht fest davon aus, "dass der Konzern in Deutschland und auch in Nürnberg als größten Standort im Inland Personal abbauen will. Das Einzige, was man noch nicht weiß, sind die Größenordnungen."

Die 400 Stellen, deren europaweiten Abbau Electrolux Anfang Februar angekündigt hatte, sollen in Verwaltung, Vertrieb, Kundendienst und Logistik wegrationalisiert werden. Damit würden dort etwa zehn Prozent der Arbeitsplätze wegfallen. Grund hierfür ist, dass sich der Konzern eine straffere Organisationsstruktur in Europa verpasst hat. Prozesse seien "synchronisiert und zentralisiert worden", sagte der Sprecher.

Dass die Nürnberger Deutschlandzentrale mit ihren insgesamt mehr als 800 Beschäftigten, von denen abzüglich der Außendienstler etwa 700 ständig vor Ort arbeiten, bei einem etwaigen Personalabbau ungeschoren davonkommen wird, glaubt vor Ort niemand. Auch wenn die Arbeitnehmer darauf verweisen, dass sie "stark ausgelastet sind und ihre Arbeitszeitkonten vor lauter Überstunden überquellen", wie Wechsler sagt. Zumal man unausweichlich auf neue tarifliche Auseinandersetzungen zusteuer. Ende 2008 laufen Haustarifverträge für die vor zwei Jahren in einzelne GmbHs zerstückelten, ehemaligen AEG-Bereiche Vertrieb, Service, Logistik und Dienstleistung aus. Verschärfend kommt hinzu, dass der Konzern offenkundig noch schwer an den Folgen des Arbeitskampfes von Anfang 2006 leidet. Damals verlagerte Electrolux die AEG-Produktion von Wäschetrocknern, Geschirrspülern und Waschmaschinen nach Polen. 1700 Arbeitsplätze gingen dadurch in Nürnberg verloren. Die große öffentliche Aufmerksamkeit, welcher der letztlich mit einem großzügigen Sozialtarifvertrag beendete Streik ausgelöst hat, wirkt noch immer nach.

Nach Informationen aus Konzernkreisen ist der Anteil aller Electrolux-Marken am Deutschlandgeschäft mit sogenannter "weißer Ware" bis Ende vergangenen Jahres vom Volumen her um mehr als ein Drittel auf gut zehn Prozent gesunken. Dies sei umso problematischer, weil der heimische Markt im vergangenen Jahr insgesamt um drei Prozent gewachsen sei, hieß es. Letzteres dementierte der Konzernsprecher allerdings und sprach von einem Rückgang des Gesamtmarktes um 6,6 Prozent, vor allem infolge der Mehrwertsteuererhöhung.

Für die Arbeitnehmerseite ist die Entwicklung jedoch ein ernstes Alarmsignal. Sie fordert vehement eine Korrektur der Markenstrategie. Seit dem Aus für das Nürnberger Werk tritt der Konzern auch in Deutschland zunehmend als Electrolux auf und weniger mit dem Traditionsnamen AEG. Häufig werden beide Namen zu Electrolux-AEG kombiniert. "Dieses Doppel-Branding wirkt sich verheerend aus", kritisiert Metallgewerkschafter und Aufsichtsrat Wechsler. Aus Konzernkreisen hieß es weiter, man habe auch Probleme, was die Qualität und die Lieferfähigkeit angeht. Auch die Hoffnung, durch Preissenkungen Marktanteile zurückzuerobern, habe sich nicht erfüllt. Interne Umfragen unter der Belegschaft zeugen dem Vernehmen nach zudem von hoher Unzufriedenheit. Vor allem die Bezahlung und die nach Ansicht vieler Beschäftigter unzureichenden Weiterbildungsmöglichkeiten seien kritisiert worden.

Von Uwe Ritzer

Süddeutsche Zeitung

Süddeutsche Zeitung, 09.08.2008, Ausgabe Deutschland, Bayern, München, S. 36 / Ressort: Report

Theater des Lebens

Mahmut Bayrak hat für AEG Spülmaschinen montiert, bis das Werk geschlossen wurde. Jetzt schreibt er seine Erlebnisse auf, um sie später auf die Bühne zu bringen

Nürnberg - Der Chor der Arbeiter zischt und brummt, er macht "plopp-plopp" und "klack-klack". Alle Geräusche fügen sich zu einem stimmigen Ganzen. Einer Waschmaschine. Die Monteure am imaginären Fließband fuchtern mit den Armen, ihre Hände drehen Schrauben und bauen Einzelteile ein, die es gar nicht gibt. Tatsächlich hat sich ihre Arbeit voriges Jahr in Luft aufgelöst. Nach einem spektakulären Arbeitskampf wurde das AEG-Hausgerätewerk in Nürnberg geschlossen, in dem sie mit 1700 Kollegen Waschmaschinen, Geschirrspüler und Wäschetrockner gebaut haben, manche mehr als ihr halbes Leben lang.

Auch Mahmut Bayrak steckt nur noch unsichtbare Geschirrkörbe zusammen und setzt sie in fiktive Spülmaschinen ein. Manchmal fasst sich Bayrak kurz an den Rücken, wo die realen 22 Jahre Arbeit schmerzen, die er jetzt nachspielen soll. Mit seinem schneeweißen Pagenkopf und dem Schnauzbart erinnert der Türke mit der markanten Brille an den Kinderbuchautor Janosch. Als Bayrak gehört hat, dass ehemalige AEG-Mitarbeiter gesucht werden, die ihre Erlebnisse aufschreiben und sie später gemeinsam mit professionellen Staatsschauspielern auf die Bühne bringen, hat er nicht lange überlegt. "Ich habe sofort entschieden, dass ich mitmache", sagt er.

"Wir haben bei AEG geweint und gelacht, warum nicht auch auf der Bühne?", fragt Tina Geißinger, 33 Jahre jung und Regisseurin am bayerischen Staatstheater in Nürnberg. Sie leitet ein Projekt, für das die Buchstabenkombination AEG neu definiert wurde: ArbeitsEndeGestern. Es gehe ihr ganz bestimmt nicht um Betroffenheitstheater. "Das wäre das Letzte, was gut wäre für dieses Thema und die beteiligten Leute", sagt die Frau mit der rotblonden Kurzhaarfrisur. Vielmehr wolle sie Fragen aufwerfen, die sich jeder stellen sollte: Wie wichtig ist Arbeit für den Menschen? Wie hoch ist ihr Stellenwert im Leben? Wie viel Identität stiftet sie? Wie fühlt sich, wer mit der Arbeit auch die gesellschaftliche Anerkennung verloren hat? "Wir wollen nicht nur zurückblicken, sondern auch zeigen, was jetzt ist", sagt Geißinger. In der Gegenwart ist Mahmut Bayrak 57 Jahre alt, gesundheitlich angeschlagen und seit der Schließung des AEG-Werkes vor mehr als einem Jahr arbeitslos.

Zufrieden und stolz

Arbeitslosigkeit auf deutschen Theaterbühnen zu thematisieren ist modisch. Renommierte Gegenwartsdramatiker wie Moritz Rinke oder Roland Schimmelpfennig nahmen sich ihrer an. "Wir wollten aber von Anfang an nicht über, sondern mit den von Arbeitslosigkeit Betroffenen arbeiten", sagt Geißinger. Menschen also, die nicht nur reflektieren, sondern eigenes Erleben mitbringen. Kann man wirklich an monotoner Fabrikarbeit hängen? Natürlich, sagen Mahmut Bayrak und seine Mitspieler. Ihrer Bühnenpantomime nach waren sie menschliche Zwischenglieder einer ansonsten automatisierten Produktionsmaschine.

Gerade weil ihre Arbeit so einfach war, hat der AEG-Mutterkonzern Electrolux sie nach Polen verlagert, wo die Arbeiter billiger sind als in Nürnberg. Aber ihnen habe die Arbeit etwas gegeben, sagen Bayrak und die anderen Theaterspieler. Viel hätten sie gelacht und miteinander geredet, während die Hände automatisch funktionierten. Außerdem sei die Bezahlung top gewesen. "Und man war zufrieden und stolz, wenn am Ende ein schönes Gerät herausgekommen ist", sagt Mahmut Bayrak. Der Probenraum des Staatstheaters in der grauen Lagerhalle C 3 ist Teil des alten Werksgeländes von Triumph-Adler. Wo heute in einem Gewerbepark viel kleinere Unternehmen Büros unterhalten und Bildungsträger Schulungsräume, wurden einst Schreibmaschinen hergestellt. Triumph-Adler gibt es in Nürnberg noch, genauso wie AEG. Aber beide sind nur mehr ein Schatten ihrer selbst.

Mahmut Bayrak erzählt von seinem ersten Arbeitstag bei AEG. 1985 war der, und er, der bis dahin in einer türkischen Bauverwaltung am Schreibtisch saß, hatte am Abend blutige Finger von der ungewohnten körperlichen Arbeit. "Aber was will man machen", sagt Bayrak. "Wir hatten Familie mit drei Kindern." Auch seine Frau Sekine hat bei AEG gearbeitet, länger sogar als er. Mahmut Bayrak hat sich durchgebissen. Er trat auch in die IG Metall ein, und seine Kollegen wählten ihn über viele Jahre immer wieder zu einem ihrer Vertrauensleute.

Natürlich stand auch er beim Arbeitskampf im kalten Winter 2006 an den Feuertronnen und riegelte das Werk mit ab. Als dessen Rettung fehlschlug, gehörte er zu denen, die in der Tarifkommission der Gewerkschaft den Sozialtarifvertrag berieten, der den 1700 Werksangehörigen zumindest großzügige Abfindungen garantierte.

Von alledem hat Mahmut Bayrak vieles erzählt und aufgeschrieben. Wie ein gutes Dutzend anderer Ex-AEG-Mitarbeiter auch, die sich bis zur Sommerpause einmal wöchentlich zur Schreibwerkstatt trafen. "Ich lerne jetzt Schriftsteller", sagt Bayrak und lacht schelmisch. Die Tübinger Schriftstellerin Sandra Hoffmann ("Liebesgut") leitete die Männer und Frauen an, die von sich und ihrem alten Leben schreiben. Einen dicken Aktenordner füllen die Texte, hinzu kommen aufgenommene Interviews mit anderen Betroffenen. Im Internettagebuch zum Theaterprojekt schreibt Tina Geißinger über einen jungen Mann, der

freudestrahlend gesagt habe, ihm habe nichts Besseres passieren können, als der Arbeitsplatzverlust und die Pleite bei AEG. Denn dadurch habe er gelernt, für sich selbst zu sorgen und habe sich selbstständig gemacht.

Er dürfte die Ausnahme sein. Viele verklären heute zweifellos ihr früheres Arbeitsleben bei AEG, viele sind im Leben danach noch nicht angekommen. Karl-Heinz Bieneck, zum Beispiel, ein Industriekaufmann, der seit seiner Entlassung nach 34 AEG-Jahren 130 vergebliche Bewerbungen geschrieben hat. Oder Siheyla Türk, 42, und ihre Freundin Eveline Paegle, 54. Früher arbeiteten sie in der Fertigungssteuerung, jetzt wundern sie sich über die euphorischen Zeitungsberichte über Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum, denn von alledem spüren sie nichts.

"Wir wollen den Leuten ein Forum bieten, ihre Geschichten zu erzählen", sagt Regisseurin Geißinger. "Das klingt sozialpädagogisch, ist aber künstlerisch gemeint." Zum Probennachmittag sind auch zwei Frauen gekommen, die noch bei der AEG-Mutter Electrolux arbeiten, die in Nürnberg nach wie vor ihre Deutschlandzentrale hat. Eine erzählt, sie habe geweint, als man die Buchstaben AEG achtlos und brutal von einer Fabrikhalle neben ihrem Bürofenster gerissen habe. Und zu Hause habe sie den Schriftzug "Electrolux" auf ihrer Spülmaschine demonstrativ mit Silberpapier überklebt. Solche Geschichten würde man keinem Dramaturgen glauben.

Von Uwe Ritzer



Der große Streik

1700 Mitarbeiter besetzen vor 20 Jahren
mitten im bitterkalten Winter
wochenlang das AEG-Hausgerätewerk,
um die Schließung zu verhindern.
Viele Menschen solidarisieren sich mit ihnen.
Sogar im Nürnberger Fußballstadion feiern
die Clubfans die Streikenden. Ein Blick zurück.



Von Uwe Ritter

Sie waren fein herausgeputzt, Männer und Frauen im gediegenen Business-Look. Fast ein wenig unsicher schlich sich das Gruppen in die Streikzelt, den einzigen einigermaßen warmen Ort an diesem bitterkalten Januertag an der Muggenhofer Straße in Nürnberg. Wer sein normales Berufsleben in der Niederlassung einer Versicherungsgesellschaft verbringt, fremdet naturgemäß mit kernigen Metallarbeitern in Arbeitsluft und Arbeitskampfmodus. Die allerden feierten die kleine Abordnung aus dem Versicherungsbüro lautstark, als diese ein Transparent entrollten, auf dem sie den Streikenden ihre Solidarität erklärten.

So ging das wochenlang im Januar und Februar 2006. Anwohner brachten Feuerholz und Kuchen vorbei, wildfremde Besucher warfen Geldscheine in Streikkassen. Ein Bäcker spendierte Hunderte Brötchen, Musiker gaben Durchhalte-Konzerte, Seelsorger hielten Gottesdienste ab. Im Nürnberger Fußballstadion feierten die Clubfans frenetisch eine Abordnung der Streikenden.

In winterlicher Eiseskälte tobte vor 20 Jahren im Nürnberger Westen sechs Wochen lang ein Arbeitskampf in einer Wirkmächtigkeit und Massivität, wie ihn die Bundesrepublik seit den Auseinandersetzungen um das Stahlwerk in Duisburg-Rheinhausen im Winter 1987/88 nicht mehr erlebt hatte. Und wie er sich in dieser Dimension und Wucht bis heute auch nirgendwo wiederholte.

Am 20. Januar 2006 legten 1750 Beschäftigte des Nürnberger AEG-Hausgerätewerks mit Schichtbeginn um 6 Uhr früh die Arbeit nieder. Statt Waschmaschinen, Geschirrspülern und Wäschetrocknern zu montieren, riegelten sie die Fabriktoile mit Ketten ab. Alle paar Meter standen rund um die Uhr Streikposten und wärmeten sich an Feuertronnen. Die Menschen kämpften gegen die vom schwedischen AEG-Mutterkonzern Electrolux beschlossene Schließung der Fabrik und den damit verbundenen Verlust ihrer Arbeitsplätze. In der öffentlichen Wahrnehmung ging es allerdings um mehr, je länger der Arbeitskampf dauerte.

Deutschland zählte fünf Millionen Arbeitslose und in der Bevölkerung wuchs selbst in gewerkschaftlicher Umtriebe unverdächtigen Kreise der Unmut über schrankenlose Globalisierung und Neoliberalismus. „Schaut nach Nürnberg, da könnet ihr sehen, wie ein neuer, rücksichtsloser Kapitalismus über Tausende von Menschen hinweggeht“, rief Berthold Hu-

ber, damals Vize, später Chef der Gewerkschaft IG Metall beim Streikauftakt vom improvisierten Podium herunter.

Die Aufmerksamkeit für den Arbeitskampf stieg Tag für Tag und erreichte bald auch das Ausland. 20 Jahre später fällt im Rückblick auf, dass sich selbst Arbeitgeberorganisationen zurückhaldet und bestens pflichtschuldig, keineswegs aber mit heißem Herzen auf die Seite von Electrolux schlugen. Auch viele konservative Politiker zeigten Sympathien für die Streikenden. Als zu rücksichtslos empfanden viele das Vorgehen der schwedischen Konzernspitze. „Die wollten mit dem Kopf durch die Wand“, erinnert sich Otto Wiesheu, 81. „Überzeugt geht es in solchen Fällen um die teilweise Verlagerung von Produktion und man kann über alles andere oder Kompensationen reden. Aber die wollten unbedingt den ganzen Standort schließen.“ Wiesheu, ehemaliger bayerischer Wirtschaftsminister von der CSU, war zum Zeitpunkt des Streiks Bahn-Vorstand. Er sollte in dem Konflikt als Vermittler noch eine entscheidende Rolle spielen.

Das Sterben des zweitgrößten Electrolux-Standorts in Europa und ältesten Hausgerätewerks der 1883 in Berlin gegründeten Traditionssmarke AEG begann knapp ein Jahr vor Streikbeginn. Da beschloss die Konzernspitze in Stockholm ganz allgemein, etwa ein gutes Dutzend Hausgerätefabriken aus Hoch- und Billiglohnländern zu verlagern. In Nürnberg rechnete man von Anfang an mit dem Schlimmsten, obwohl der Standort rentabel arbeitete. Um ihre Jobs in der Fabrik zwischen Fürther und Muggenhofer Straße zu sichern, boten die Beschäftigten weitreichende Zugeständnisse an.

Doch noch während angeblich „ergebnisoffene Verhandlungen“ liefen, ließ Electrolux in Polen bereits neue Werke hochziehen. Als die Order an die Nürnberger erging, dabei zu helfen und später auch Maschinen bei sich ab- und in Polen aufzubauen, hörte der Spaß für die Arbeitnehmer auf. Als ein Electrolux-Manager weniger Tage vor Weihnachten 2005 die Schließung für Ende 2007 ankündigte, kam er Teilnehmern zufolge exakt auf sechs Worte. Dann schrie und pfiffen ihn die Beschäftigten nieder, und warfen ihm Feuerzeuge und allerhand mehr um die Ohren.

Die Leute wollen und werden um ihre Existenz kämpfen, egal, was es sie kostet“, kündigte der AEG-Betriebsratsvorsitzende Harald Dix an.

Der war damals 44 Jahre alt und sein Werdegang glich dem vieler Kollegen in dem Werk: Nach der Schule Lehre als Werkzeugmacher bei der AEG und anschlie-



fend dort geblieben. Gemeinsam mit Jürgen Wechsler, damals Zweiter Bevollmächtigter der Nürnberger IG Metall, organisierte Dix den Protest, unterstützt von allem von Werner Neugebauer, dem bayerischen Bezirksleiter der Gewerkschaft. 96 Prozent der gewerkschaftlich organisierten AEGler votierten bei einer Urabstimmung für Streik. „Die Belegschaft hatte längst erkannt, dass es um ihre Existenz geht und sie im großen Stil ganz eng zusammenhalten muss“, sagt Dix 20 Jahre später. „Es beeindruckt mich bis heute, wie die Kolleginnen und Kollegen wochenlang alles selbstständig organisiert haben, von der Einteilung der Streikposten, bis zur Versorgung mit Essen.“ Auch Jürgen Wechsler ist vor allem der Zusammenhalt in Erinnerung geblieben. „Das begann schon Monate vor dem eigentlichen Streik. Die Leute sind kein einziges Mal eingeknickt oder standen auch nur kurz davor.“

Politisch streikten sie für den Erhalt der Fabrik, de facto ging es um einen für die Betroffenen möglichst üppigen Sozialtarifvertrag. Wenn schon Jobs gestrichen werden, dann sollten die Menschen wenigstens abgesichert werden. Viele der AEGler hatten ihr Berufsleben lang ausschließlich Hausgeräte montiert. Ihre Aussichten waren schlecht, denn die Arbeitslosigkeit war hoch und von Fachkräftemangel sprach niemand. Electrolux bot anfangs Abfindungen und andere soziale Abfederungen in einem Volumen von weniger als 100 Millionen Euro an. Am Ende wurde es deutlich mehr. Auf Drängen von Ministerpräsident Edmund Stoiber, der mehrfach persönlich bei Electrolux-Chef Hans Straberg und dem Großaktionär Wallenberg interveniert hatte, übernahm Otto Wiesheu die Rolle des Vermittlers. „Die Fronten waren auf beiden Seiten völlig verhärtet“, erinnert der sich im SZ-Gespräch. Wiesheu gelang es, sie aufzuweichen. „Er hat ganz stark dafür gesorgt, dass sich Electrolux

und Straberg bewegt haben“, sagt Jürgen Wechsler.

Am frühen Abend des Rosenmontags 2006 begann in einem Hotel bei München der Showdown. Eine Nacht später stand ein Kompromisspaket mit hohen Abfindungen, Vorruhestandsregelungen, Quali-

fizierungsmaßnahmen und einigen Sonderregelungen. Für die Streikenden und die IG Metall eine Niederlage und ein Sieg zugleich: Sie hatten zwar die Schließung nicht verhindert, aber der Abschluss gilt als einer der üppigsten Sozialtarifverträge. Electrolux kam der Arbeitskampf über



Treffpunkt AEG: Während der Streiks sprachen der Nürnberger IG Metall-Vize Jürgen Wechsler, der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Oskar Lafontaine und der Electrolux-Manager Horst Winkler. Otto Wiesheu, ehemaliger CSU-Wirtschaftsminister, sollte in dem Konflikt vermitteln (von oben). FOTOS: DANIEL KARMANN (3), ULRICH PERREY (BEIDE DPA)



den Sozialtarifvertrag hinaus teuer zu stehen. Wochenlang war der Verkauf Zigtausender, bereits produzierter AEG-Geräte durch den Streik blockiert. Vertrauen, Umsätze und Marktanteile gingen verloren. Am Ende schloss die Nürnberger Fabrik früher als geplant, derweil die Produktion in Polen noch nicht lief. So erwies sich das Vorgehen der Konzernspitze als Desaster.

Jürgen Wechsler stieg wenige Monate später als Nachfolger Neugebauer zum bayerischen IG-Metall-Chef auf. Harald Dix arbeitete fortan als Gewerkschaftssekretär, Otto Wiesheu ist im Ruhestand, Straberg nicht mehr im Amt. 20 Jahre nach dem Streik nennt sich das ehemalige Nürnberger Firmengelände „Auf AEG“ und ist ein quirliger Campus mit kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Büros und Lagerstätten.

Die Hausgeräte werden in Polen und Italien gefertigt. Für Electrolux arbeiten ein Sprecher zufolge noch 1500 Menschen in Deutschland, davon 900 in einem Kompetenzzentrum in Sachen Kochen in Rothenburg/Tauber. An der Fürther Straße in Nürnberg ist nach wie vor die Deutschland-Zentrale der Marke AEG samt Showroom angesiedelt, von Electrolux renoviert für fünf Millionen Euro. Außendienstler eingerichtet, arbeiten am Standort 600 Menschen für die AEG und Electrolux.



Der große Streik

1700 Mitarbeiter besetzen vor 20 Jahren
mitten im bitterkalten Winter
wochenlang das AEG-Hausgerätewerk,
um die Schließung zu verhindern.
Viele Menschen solidarisieren sich mit ihnen.
Sogar im Nürnberger Fußballstadion feiern
die Clubfans die Streikenden. Ein Blick zurück.



Treffpunkt AEG: Während der Streiks sprachen der Nürnberger IG Metall-Vize Jürgen Wechsler, der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Oskar Lafontaine und der Electrolux-Manager Horst Winkler.

Otto Wiesheu, ehemaliger CSU-Wirtschaftsminister, sollte in dem Konflikt vermitteln (von oben).

FOTOS: DANIEL KARMANN (3),
ULRICH PERREY (BEIDE DPA)



Sie waren fein herausgeputzt, Männer und Frauen im gediegenen Business-Look. Fast ein wenig unsicher schlich sich das Grüppchen ins Streikzelt, den einzigen einigermaßen warmen Ort an diesem bitterkalten Januartag an der Muggenhofer Straße in Nürnberg. Wer sein normales Berufsleben in der Niederlassung einer Versicherungsgesellschaft verbringt, fremdelt naturgemäß mit kernigen Metallarbeitern in Arbeitskluft und Arbeitskampfmodus. Die allerdings feierten die kleine Abordnung aus dem Versicherungsbüro lautstark, als diese ein Transparent entrollten, auf dem sie den Streikenden ihre Solidarität erklärten.

So ging das wochenlang im Januar und Februar 2006. Anwohner brachten Feuerholz und Kuchen vorbei, wildfremde Besucher warfen Geldscheine in Streikkassen. Ein Bäcker spendierte Hunderte Brötchen, Musiker gaben Durchhalte-Konzerte, Seelsorger hielten Gottesdienste ab. Im Nürnberger Fußballstadion feierten die Clubfans frenetisch eine Abordnung der Streikenden.

In winterlicher Eiseskälte tobte vor 20 Jahren im Nürnberger Westen sechs Wochen lang ein Arbeitskampf in einer Wirkmächtigkeit und Massivität, wie ihn die Bundesrepublik seit den Auseinandersetzungen um das Stahlwerk in Duisburg-Rheinhausen im Winter 1987/88 nicht mehr erlebt hatte. Und wie er sich in dieser Dimension und Wucht bis heute auch nirgendwo wiederholte.

Am 20. Januar 2006 legten 1750 Beschäftigte des Nürnberger AEG-Hausgerätewerkes mit Schichtbeginn um 6 Uhr früh die Arbeit nieder. Statt Waschmaschinen, Geschirrspüler und Wäschetrockner zu montieren, riegelten sie die Fabriktoile mit Ketten ab. Alle paar Meter standen rund um die Uhr Streikposten und wärmeten sich an Feuertönen. Die Menschen kämpften gegen die vom schwedischen AEG-Mutterkonzern Electrolux beschlossene Schließung der Fabrik und den damit verbundenen Verlust ihrer Arbeitsplätze. In der öffentlichen Wahrnehmung ging es allerdings um mehr, je länger der Arbeitskampf dauerte.

Deutschland zählte fünf Millionen Arbeitslose und in der Bevölkerung wuchs selbst in gewerkschaftlicher Umrübe unverdächtigen Kreise der Unmut über schrankenlose Globalisierung und Neoliberalismus. „Schaut nach Nürnberg, da könnt ihr sehen, wie ein neuer, rücksichtsloser Kapitalismus über Tausende von Menschen hinweggeht“, rief Berthold Hu-

ber, damals Vize, später Chef der Gewerkschaft IG Metall beim Streikauftakt vom improvisierten Podium herunter.

Die Aufmerksamkeit für den Arbeitskampf stieg Tag für Tag und erreichte bald auch das Ausland. 20 Jahre später fällt im Rückblick auf, dass sich selbst Arbeitgeberorganisationen zurückhaltend und bestenfalls pflichtschuldig, keineswegs aber mit heißem Herzen auf die Seite von Electrolux schlugen. Auch viele konservative Politiker zeigten Sympathien für die Streikenden. Als zu rücksichtslos empfanden viele das Vorgehen der schwedischen Konzernspitze. „Die wollten mit dem Kopf durch die Wand“, erinnert sich Otto Wiesheu, 81. „Üblicherweise geht es in solchen Fällen um die teilweise Verlagerung von Produktion und man kann über alles andere oder Kompensationen reden. Aber die wollten unbedingt den ganzen Standort schließen.“ Wiesheu, ehemaliger bayerischer Wirtschaftsminister von der CSU, war zum Zeitpunkt des Streiks Bahn-Vorstand. Er sollte in dem Konflikt als Vermittler noch eine entscheidende Rolle spielen.

Das Sterben des zweitgrößten Electrolux-Standorts in Europa und ältesten Hausgerätewerks der 1883 in Berlin gegründeten Traditionsmarke AEG begann knapp ein Jahr vor Streikbeginn. Da beschloss die Konzernspitze in Stockholm ganz allgemein, etwa ein gutes Dutzend Hausgerätefabriken aus Hoch- und Billiglohnländern zu verlagern. In Nürnberg rechnete man von Anfang an mit dem Schlimmsten, obwohl der Standort rentabel arbeitete. Um ihre Jobs in der Fabrik zwischen Fürther und Muggenhofer Straße zu sichern, boten die Beschäftigten weitreichende Zugeständnisse an.

Doch noch während angeblich „ergebnisoffene Verhandlungen“ liefen, ließ Electrolux in Polen bereits neue Werke hochziehen. Als die Order an die Nürnberger erging, dabei zu helfen und später auch Maschinen bei sich ab- und in Polen aufzubauen, hörte der Spaß für die Arbeitnehmer auf. Als ein Electrolux-Manager wenige Tage vor Weihnachten 2005 die Schließung für Ende 2007 ankündigte, kam er Teilnehmern zufolge exakt auf sechs Worte. Dann schrien und pfiffen ihn die Beschäftigten nieder, und warfen ihm Feuerzeuge und allerhand mehr um die Ohren. „Die Leute wollen und werden um ihre Existenz kämpfen, egal, was es sie kostet“, kündigte der AEG-Betriebsratsvorsitzende Harald Dix an.

Der war damals 44 Jahre alt und sein Werdegang glich dem vieler Kollegen in dem Werk: Nach der Schule Lehre als Werkzeugmacher bei der AEG und anschlie-



Der Streik (oben) am AEG-Hausgerätewerk in Nürnberg, der sich über Wochen hinzog, erlebte auch von unerwarteter Seite Solidarität, nämlich den Club-Fans (links).

Die Kälte ertrugen die Streikposten rundum die Uhr an Feuertönen (links oben).

FOTOS: DANIEL KARMANN/DPA (2), IMAGO (2)

den Sozialtarifvertrag hinaus teuer zu stehen. Wochenlang war der Verkauf Zigaretten, bereits produzierter AEG-Geräte durch den Streik blockiert. Vertrauen, Umsätze und Marktanteile gingen verloren. Am Ende schloss die Nürnberger Fabrik früher als geplant, derweil die Produktion in Polen noch nicht lief. So erwies sich das Vorgehen der Konzernspitze als Desaster.

Jürgen Wechsler stieg wenige Monate später als Nachfolger Neugebauers zum bayerischen IG-Metall-Chef auf, Harald Dix arbeitete fortan als Gewerkschaftsskretär, Otto Wiesheu ist im Ruhestand, Straberg nicht mehr im Amt. 20 Jahre nach dem Streik nennt sich das ehemalige Nürnberger Firmengelände „Auf AEG“ und ist ein quirliger Campus mit kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Büros und Lagerstätten.

Die Hausgeräte werden in Polen und Italien gefertigt. Für Electrolux arbeiten einem Sprecher zufolge noch 1500 Menschen in Deutschland, davon 900 in einem Kompetenzzentrum in Sachen Kochen in Rothenburg/Tauber. An der Fürther Straße in Nürnberg ist nach wie vor die Deutschland-Zentrale der Marke AEG samt Showroom angesiedelt, von Electrolux renoviert für fünf Millionen Euro. Außendienstler eingerechnet, arbeiten am Standort 600 Menschen für die AEG und Electrolux.

„Die Belegschaft hatte längst erkannt, dass es um ihre Existenz geht und um ihre Existenz geht.“

ßend dort geblieben. Gemeinsam mit Jürgen Wechsler, damals Zweiter Bevollmächtigter der Nürnberger IG Metall, organisierte Dix den Protest, unterstützt vor allem von Werner Neugebauer, dem bayerischen Bezirksleiter der Gewerkschaft. 96 Prozent der gewerkschaftlich organisierten AEGler votierten bei einer Urabstimmung für Streik. „Die Belegschaft hatte längst erkannt, dass es um ihre Existenz geht und sie im großen Stil ganz eng zusammenhalten muss“, sagt Dix 20 Jahre später. „Es beeindruckt mich bis heute, wie die Kolleginnen und Kollegen wochenlang alles selbstständig organisiert haben, von der Einteilung der Streikposten, bis zur Versorgung mit Essen.“ Auch Jürgen Wechsler ist vor allem der Zusammenhalt in Erinnerung geblieben. „Das begann schon Monate vor dem eigentlichen Streik. Die Leute sind kein einziges Mal eingeknickt oder standen auch nur kurz davor.“

Politisch streikten sie für den Erhalt der Fabrik, de facto ging es um einen für die Betroffenen möglichst üppigen Sozialtarifvertrag. Wenn schon Jobs gestrichen werden, dann sollten die Menschen wenigstens abgesichert werden. Viele der AEGler hatten ihr Berufsleben lang ausschließlich Hausgeräte montiert. Ihre Aussichten waren schlecht, denn die Arbeitslosigkeit war hoch und von Fachkräftemangel sprach niemand. Electrolux bot anfangs Abfindungen und andere soziale Abfederungen in einem Volumen von weniger als 100 Millionen Euro an. Am Ende wurde es deutlich mehr. Auf Drängen von Ministerpräsident Edmund Stoiber, der mehrfach persönlich bei Electrolux-Chef Hans Straberg und dem Großaktionär Wallenberg interveniert hatte, übernahm Otto Wiesheu die Rolle des Vermittlers. „Die Fronten waren auf beiden Seiten völlig verhärtet“, erinnert der sich im SZ-Gespräch. Wiesheu gelang es, sie aufzuweichen. „Er hat ganz stark dafür gesorgt, dass sich Electrolux